

Wochentlich 55 Pf., monatlich 1,60 Mk.
im voraus zahlbar. Postbezugs 4,20 Mk.
einmal. Belegpreis. Auslandsendungen
gemäß 6.— 12. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich
zweimal. Sonntags und Feiertags
einmal. Die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Vorb.“. Illustrierte Beilagen: „Welt
und Zeit“ und „Kinderfreunde“. Ferner
„Unterhaltung und Wissen“, „Frauen-
stimme“, „Lehrling“, „Witz in die
Bücherei“ und „Jugend-Vorb.“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Pönböf 202-207 Telegramm-Nr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 636 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten Währ. 66 Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3

Die einblättrige Sonntagsausgabe
40 Blätter. Restante eine 5.— Reichs-
mark. „Kleine Anzeigen“ des son-
ntagsheftigen Vorwärts (täglich zwei
Blätter) kosten 10 Pf., jedes weitere Wort
3 Pfennig. Einrückungsbefehl das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für
Ehevermittler Seite 40 Pfennig. Anzeigen-
entwurf im Hauptgebäude Linden-
straße 3, wochentlich von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Die Sachverständigenkonferenz.

Erste Geschäftsitzung Montag.

Paris, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Die Mitglieder des Sachverständigenkomitees, das die endgültige Festsetzung der Reparationszahlungen vorbereiten soll, sind im Gebäude der Bank von Frankreich zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Man hat die Frage des Vorsitzes und der Arbeitsmethoden behandelt und u. a. beschlossen, die Verhandlungen bis zu ihrem Abschluß geheim zu führen. Die Mitglieder des Komitees haben sich schriftlich zum absoluten Schweigen verpflichtet. Die Öffentlichkeit soll von ihren Beschlüssen erst erfahren, wenn eine Einigung erzielt ist.

Dieses Vorgehen hat das eine Gute für sich, daß die Arbeiten nicht durch Polemiken und Projektombinationen gestört werden. Die Frage ist nur, ob dagegen Geheimhaltung ausreichender Schutz ist. Es gibt in allen Ländern Blätter, die in Ermangelung authentischer Meldungen sich ihre Informationen erfinden und die Kontroverse wird um solche Kombinationen nicht minder heftig sein, als wenn es sich um amtliche oder halbamtliche Kommunikationen handeln würde. Auf der anderen Seite verhindert die Geheimnistrauererei jede wirksame Kontrolle. Die beteiligten Länder werden eines Tages mit den fertigen Beschlüssen überrascht werden, die sie anzunehmen oder abzulehnen haben.

Der Bankier hat dem Politiker das Heft aus der Hand genommen und die internationale Finanz entscheidet über die Geschicke der Völker.

Das Komitee, in dem 7 Länder und je zwei Haupt- und zwei Ersatzdelegierten vertreten sind, hat den Anfang eines kleinen Parlamentes. Das ist für die Arbeit nicht sehr vorteilhaft, denn es ist sehr viel schwerer, einige 20 Sachverständige, von denen jeder von dem Bewußtsein der eigenen Autorität durchdrungen ist, unter eine gemeinsame Formel zu vereinigen, als ein halbes Dutzend. Es scheint deshalb bereits ermögen zu werden, die Ersatzdelegierten nur „als stiller Beobachter“ zuzulassen, oder aber die Konferenz von Anfang an in mehrere Unterkommissionen aufzulösen. Ein Arbeitsprogramm ist bisher nicht aufgestellt worden, es dürften die ersten Sitzungen fast ausschließlich der gegenseitigen Information dienen. Mehrere Delegationen haben umfangreiche Essays angefertigt und besonders die Deutschen scheinen sehr fleißige und gründliche Vorarbeit geleistet zu haben. Die deutschen Delegierten haben mehrere Listen Denkschriften und sonstiges Material nach Paris mitgebracht.

Die vereinbarte volle Unabhängigkeit der Sachverständigen, die nicht an Instruktionen ihrer Regierungen gebunden sind, ist keineswegs buchstäblich zu nehmen. Die hauptsächlichsten Gläubigerländer haben ihre Mindestforderung seit langem formuliert und offiziell bekanntgegeben. Es ist wohl nicht anzunehmen, daß ihre Sachverständigen darüber einfach zur Tagesordnung übergehen werden. Sämtliche alliierte Regierungen verlangen von Deutschland die Aufbringung der von ihnen an die Vereinigten Staaten geschuldeten Summen, Frankreich und Belgien darüber hinaus noch einen Betrag für die Kosten des Wiederaufbaues.

Die deutsche Schuld wird also voraussichtlich in zwei Teile zerlegt werden, von denen der eine zur Dedung der interalliierten Schuld, der zweite als Entschädigung für die zerstörten Gebiete bestimmt sein wird. Der Gegenstandswert wird von den Sachverständigen auf etwa 19 Milliarden berechnet und dafür wäre eine Reduktion nur zu erwarten, wenn Amerika sich zu einem Nachlaß seiner Forderungen an die europäischen Schuldner bereit finden würde.

Nach der Stimmung in den Vereinigten Staaten ist damit, wenigstens für die nächsten Jahre, kaum zu rechnen. Frankreichs Kosten für den Wiederaufbau betragen etwa 16 Milliarden, die Belgiens sind zum größten Teil durch seine Priorität auf die früheren deutschen Zahlungen bereits gedeckt. Poincaré hat keineswegs die Gesamtheit der Wiederaufbaukosten reklamiert. Infolgedessen dürfte man bei der Festlegung der deutschen Kapitalschuld auf den Betrag von 30 bis 32 Milliarden kommen. Wie hoch in Zukunft die deutschen Zinssraten sein werden, hängt in erster Linie von der Dauer der Zahlungen und von der Höhe des Diskontsatzes für die eventuelle Frühzahlung ab. In Frankreich steht der Gedanke im Vordergrund durch Flüssigmachung einiger Milliarden Mark die letzten 20 bis 25 Annuitäten der alliierten Schuld an Amerika zurückzuzahlen und damit die Gesamtdauer der internationalen Finanzverpflichtungen auf 30 bis 35 Jahre zu verringern. Ob es möglich sein wird, hängt vor allem von den Dispositionen und der Leistungsfähigkeit der großen internationalen Geldplätze ab, auf denen die deutschen Obligationen untergebracht werden müssen.

Das Präsidium der Konferenz ist dem Amerikaner Owen Young angeboten worden. Sollte er ablehnen, dann wird voraussichtlich einem der beiden englischen Delegierten der Vorsitz angeboten.

Eine entscheidende Woche.

Reparationspolitik ohne Mehrheitsregierung?

Zehn Jahre sind seit dem Ende des Weltkrieges verfloßen, fünf, seitdem im Januar 1924 der Sachverständigenausschuß zur vorläufigen Regelung des Reparationsproblems zusammentrat. Morgen kommen, wieder in Paris, von neuem Sachverständige zusammen, diesmal, um Vorschläge über die endgültige Lösung des Reparationsproblems auszuarbeiten. Das Problem ist so vielfältig, die Interessen so entgegengesetzt, daß die Regierungen diesmal nicht erst den Versuch machten, es in direkten Verhandlungen zu entwirren. Und niemand fühlt sich noch Alexander genug, um den Knoten durch den Schwertstreich eines Ultimatums zu durchhauen. Vorher ist ein Ausschuss aus „unabhängigen Sachverständigen“ eingesetzt worden, der eine Empfehlung über die zukünftige Höhe, die Anzahl und die Art der finanziellen Realisierung der deutschen Reparationszahlungen vorlegen soll. Kommen die Sachverständigen zu einem gemeinschaftlichen, einstimmigen Ergebnis, so wird es die gleiche Autorität besitzen, wie das Resultat der Uebertagungen, die 1924 die Sachverständigen zur vorläufigen Reparationsregelung anstellten. Die Regierungen sind zwar formell frei, den Vorschlag des Ausschusses anzunehmen oder abzulehnen, und über die politischen Folgerungen der geplanten wirtschaftlichen Verständigung werden sie noch schwer miteinander ringen, aber hinter jedem einstimmigen Beschluß der Sachverständigen steht die öffentliche Meinung der Welt, die die endgültige Vereinigung des Weltkrieges will.

Zur Zeit des Zusammentritts der Sachverständigen sollte im Reich eine stabile Regierung einer festen Regierungskoalition geschaffen sein — das war der Sinn der Ankündigung einer „Untermauerung“ der Regierung Hermann Müller. Statt dessen haben wir jetzt — dank der Differenzen zwischen Zentrum und Volkspartei — eine beherrschende Regierung, deren parlamentarische Basis beärglich schmal ist als die Basis der ersten „provisorischen“ Regierung. Der Reichstag ist bis zum 18. Februar vertagt. Bis dahin ist Zeit zum Ueberlegen und zur Selbstkritik für die beiden Parteien, die durch ihren Streit um die Ministerpostensiege die feste Untermauerung der Reichsregierung verhindert haben. Zentrum und Deutsche Volkspartei werden sich einigen müssen, oder es muß nach dem Wiederauftreten des Reichstags sehr rasch zu einer offenen Krise kommen.

Es war schon schwierig genug, das erste Provisorium zu Stande zu bringen, und das Kabinett Müller mit Herrn von Guérard als Hochposten des Zentrums auf die Beine zu stellen! Das Verhalten des Zentrums hat bei der Regierungsbildung im Frühommer des vergangenen Jahres bis hart an die Krise des parlamentarischen Systems geführt. Die Beteuerungen in Ehren, daß lediglich die Errichtung einer stabilen Regierung das Ziel der Taktik des Zentrums sei — aber diese Taktik ist heute so unzweckmäßig und so gefährlich wie damals. Sie ist ein Ausdruck des allgemeinen Unbehagens im Zentrum. Ein Jahr Bürgerblockpolitik, das sich als schwere Belastungsprobe erwiesen hat, denn das Scheitern der Schulgesetze, die Einbuße an Stimmen und Mandaten bei den Wahlen, und schließlich die inneren Reibungen und Auseinandersetzungen — es ist genug, um zu reflektieren, daß das Zentrum sich in einem Winter des Mißvergnügens befindet. Politik aus Mißvergnügen ist aber noch immer schlechte Politik gewesen!

Das neue Provisorium kann nicht von langer Dauer sein. Die Verabschiedung des Etats und der Deckungsvorlagen erfordert eine festere Zusammenfassung, als sie nach dem Austritt des Zentrums aus der Regierung gegeben ist. Die parlamentarischen Vorgänge vor und nach dem Austritt des Herrn v. Guérard haben die Gefahren des gegenwärtigen Zustandes gezeigt. Das Parteistandsbeamtengesetz ist ge scheitert, zu Fall gebracht mit Hilfe eines Teiles der Zentrumsfraktion des Reichstags. Die Debatten über die Ausdehnung der Krisenfürsorge waren ein reiches Beispiel dafür, wie leicht es ist, sich sehr weit auseinander zu reden. In der Presse der christlichen Gewerkschaften zeigt sich schon unverhohlen die Absicht, die Verdrossenheit der Zentrumsarbeiter aus der Welt zu schaffen durch müßige Angriffe gegen die Sozialdemokratie, die an Massivität fast die Angriffe auf die Zentrumsführung aus der Zeit des Kampfes um Stegwald übertreffen. Da entlarvt man und prägt er an, und spricht im kommunistischen Stil von der Einheitsfront zwischen Sozialdemokratie, Kapital und Großunternehmern!

Theorien finden sich leicht, um die durch die ungeschickte Taktik des Mißvergnügens geschaffenen Verlegenheiten zu überbrücken. Die Zentrumspresse hat bereits den liberalsozialistischen Kulturkampfblock erfunden, der die wahre Ursache des Auseinandergehens des Zentrums aus der Regierung und des Mißerfolges der Verhandlungen sein soll. Ist dieser Block auch keine politische Realität — zum Unterschied von den Worten des Herrn Vorsitzenden der Zentrumsparlei

Barricaden in Bombay.

Nicht Religionskämpfe, sondern Hungerrevolten!

Bombay, 9. Februar.

Aus allen Ecken der Stadt werden Anruhen gemeldet. Die Stimmung der Bürger ist durch die Angst, der sie seit mehreren Wochen ausgeht, sowie durch das allgemeine gegenseitige Mißtrauen außerordentlich gedrückt. Die Plünderungen gehen weiter, Zusammenstöße erfolgen unaufhörlich, heute vormittag haben die Truppen an zwei Stellen geschossen, wodurch sechs Personen getötet und 40 Personen ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Schießereien gingen am Nachmittag wieder an. Bis jetzt sind 80 Leute festgenommen. Die Mehrzahl der heute Verletzten und Getöteten sind Hindus. Die Gesamtzahl der Toten wird mit 110 und die der Schwerverletzten mit 600 angegeben. Im Eingeborenenviertel ist jeder Geschäftsvorkehrer unterbanden.

Die Kämpfe haben sich auf den Norden von Bombay erweitert. Die britischen Behörden haben eine außerordentliche Verstärkung der Garnison veranlaßt. Ansammlungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen sind verboten. Von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens besteht das Verbot, die Straße zu betreten. Von Freitag zu Sonnabend m'ntag wurden weitere 39 Personen getötet, 190 verletzt.

Die englischen Nachrichtendienste, welche die blutigen Kämpfe in Bombay auf religiöse Zwistigkeiten zwischen Mohammedanern und Hindus zurückführen, verschweigen den wahren Charakter der erbitterten Straßenkämpfe in Bombay.

Der religiöse Fanatismus der beiden Konfessionen, der oft Zusammenstöße herbeiführt, hat mit den blutigen Revolten in Bombay so gut wie gar nichts zu tun. Vielmehr hat die Hungersnot, die unter den Massen der seit acht Monaten ausgeperrten Textilarbeiter Bombays herrscht, die Menschen zur Verzweiflung getrieben. Die verzweifelte Stimmung brach aus, als die Regierung auf Ersuchen der überwiegend europäischen Textilunternehmer die Panthams, einen als besonders brutal verschrienen

nordindischen Bergstamm, als Streikbrecher nach Bombay holte.

Daß die blutigen Zusammenstöße in Bombay auf ökonomischer Basis entstanden sind, geht schon daraus hervor, daß die ersten Kämpfe mit der Polizei im Fabrikviertel vorgefallen sind und daß seit zwei Tagen die erbittertsten Barricadenkämpfe sich fast ausschließlich in dem Grand Road-Viertel abspielen, dem Wohnsitz des Textilproletariats.

Es ist bemerkenswert, daß sogar schon die „Times“, die als konservatives Organ der jetzigen englischen Regierung nahesteht, die soziale und nationalrevolutionäre Bewegung in Indien als die eigentliche Ursache des Aufstandes bezeichnen.

Die Vierländerkonferenz beendet.

Amlicher Bericht über die Tagung.

London, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Die sozialistische Vierländerkonferenz hat am Sonnabend unter Vorsitz Ramsay MacDonalds ihre Sitzungen beendet. Nach Schluß der Verhandlungen wurde folgender Bericht ausgegeben:

„Die Delegierten der vier sozialistischen Parteien, die auf der Londoner Konferenz am 8. und 9. Februar 1929 vertreten waren, haben die gegenwärtige internationale Lage geprüft, namentlich die Probleme der Reparationen und der interalliierten Schulden, sowie die Frage der Rheinlandräumung. Sie haben in vollem Einvernehmen die Haltung vereinbart, die unter den gegenwärtigen Umständen einzunehmen ist, wobei sie von den allgemeinen Grundfragen ausgingen, die auf den Konferenzen in Frankfurt am Main (1922), Berlin und Hamburg (1923) und Luxemburg (1926) formuliert wurden.“

Am Sonntag nachmittag tagt das Bureau der Sozialistischen Internationale, um die am Montag beginnenden Verhandlungen der Exekutive vorzubereiten.

Dr. Raas — so kann er doch durch Agitation zu einem Vorurteil bei vielen Anhängern des Zentrums im Lande werden. Geht es nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags so weiter wie in diesen Tagen, so werden diese Anläufe zu agitatorischen Uebertreibungen ins Maßlose wachsen.

Dasselbe gilt für die Art und Weise, wie die Verhandlungen bisher geführt worden sind. Eins zieht das andere nach sich. Das Zentrum hat mit der Politik des Ultimatums angefangen, die Folgen für den Richtnahmefall sind eingetreten, und nun beginnt plötzlich eine Auseinandersetzung um den Sinn und Inhalt der Formulierungen. Der Antrag hat nun vier Stunden das Zentrum am Mittwoch gefordert hat, wie um die Bedeutung der Worte, die Herr Raas bei der Ueberreichung der Zentrumsforderungen dem Reichskanzler gegenüber gebraucht hat. Man ist jetzt bei der Erörterung der Schuldfrage angelangt. Das Zentrum schiebt die Schuld der Volkspartei zu und umgekehrt, und neuerdings soll ein Mißverständnis des Reichskanzlers die Schuld an der Zuspühung tragen: die „Germania“ erklärt, er habe die Bedeutung einer Bemerkung des Herrn Raas zu der Formulierung des Zentrumsultimatums „nicht richtig erfaßt“. In dem befristeten Ultimatum des Zentrums stand, daß unter der Voraussetzung der umgehenden Ernennung der neuen Zentrumsminister Herr Dr. Raas bereit sei, die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtags zu bitten, der Deutschen Volkspartei zwei Minister zuzugestehen“. Raas, so wird versichert, hat dem Reichskanzler erklärt, seine Bitte sei eine „politische Realität“. Man erfährt jetzt, die Worte des Herrn Raas hätten den Sinn haben sollen, daß bei der Annahme des Zentrumsultimatums das Zugeständnis von zwei Ministerposten für die Volkspartei durch die Zentrumsfraktion des Landtags sicher sei, und die „Germania“ fügt hinzu, der Reichskanzler habe wissen müssen, was der Sinn des dunklen Wortes von der politischen Realität gewesen sei! Frage des gesunden Menschenverstandes: warum hat Herr Raas dem Reichskanzler gegenüber nicht klar und deutlich gesprochen, sondern in vieldeutig dunkler Wendung? Warum hat er, wenn er ein positives Angebot machen wollte, nicht positive Worte gebraucht?

Will man eine Verständigung, so kann man nicht Methoden anwenden, die den Eindruck hervorrufen, daß sie nur der Befassung eines politischen Mißbienen dienen sollen. Es gibt einen Grad der Feinheit, der schließlich nicht mehr Bewunderung, sondern nur noch Achselzucken hervorruft. Soll die neuerliche Interpretation der diplomatisch dunklen Worte des Zentrumsführers eine Hintertür öffnen, nachdem die Vordertür zugeworfen worden ist, so darf man diese Auslegung nicht mit einer Polemik verbinden.

Die großen politischen Probleme, die in diesem Jahre gelöst werden müssen, sind so dringend, daß sie nicht hinter dem Schleier der Verhandlungen um die Ministerliste verschwinden können. Der Etat muß verabschiedet werden, das Defizit im Etat muß gedeckt werden. Das Arbeitsschutzgesetz muß verbessert und verabschiedet werden. Dazu kommen die reparationspolitischen Entscheidungen, die nach dem Abschluß der Arbeiten der Sachverständigen gefaßt werden müssen. Die Voraussetzung für die Erledigung dieser Probleme ist eine arbeitsfähige Regierung und ein arbeitsfähiges Parlament. Eine Regierung von einiger Stabilität ist in diesem Reichstag ohne das Zentrum ebensoviele möglich wie ohne die Sozialdemokratie. Würde das Zentrum außerhalb der Regierung bleiben, so würde so viel Sand in die parlamentarische Maschine geraten, daß an ein wirkliches Arbeiten kaum mehr zu denken wäre. Die letzten parlamentarischen Vorgänge geben zu denken!

Vor zehn Jahren.

Eine Gedächtnisfeier im Reichstag.

Der Erinnerung an die zehnjährige Wiederkehr der Eröffnung der deutschen Nationalversammlung in Weimar galt eine Feier, die gestern im Plenarsaal des Reichstages unter dem Vorsitz des Reichstagspräsidenten Paul Löbe vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, von der Vereinigung Republikanische Presse und dem Deutschen Republikanischen Reichsbund veranstaltet wurde. Wirkungsvolle musikalische Vorträge eines Quartetts der Städtischen Oper und der „Typographen“, unseres Arbeitergesangsvereins der Buchrunder und Schriftsetzer, leiteten nach dem Fahneneinmarsch die Kundgebung ein.

Reichsminister a. D. Genosse Dr. David Schilderts dominierte lebendigen Vortrag die Geschichte der Nationalversammlung. In Frankfurt, in der Paulskirche, hatte man vor der Eröffnung Festzüge gesehen und Bäckerschiffe gehört. In Weimar ging in einer Zeit des Jammers und der Not alles ohne repräsentative Veranstaltungen vor sich. Nüchtern realpolitische Stimmung herrschte. Die Lage von Volk und Staat bedingte solche Arbeit. Das hatte vor allem der unvergessliche Friedrich Ebert eingesehen. Bolschewistisches Chaos drohte, aber die Arbeiterschaft ermahnte sich als zuverlässige Stütze der demokratischen Ideen und war der Block, an dem der bolschewistische Ansturm zerprallte. Heute können wir sagen, daß die Weimarer Nationalversammlung nüchtern und praktisch, wie sie arbeitete, ein großes Werk vollbrachte, das alle Befreiungsproben von rechts und links siegreich überstand. Freuen wir uns darüber, aber versprechen wir gleichzeitig, am Gedenken und an der Festigung der Republik weiter zu arbeiten. Unser wackeres Reichsbanner ist uns da eine wertvolle Stütze. Wir schaffen die Zukunft, die sich aufbauen muß und wird auf dem großen Gedanken des Friedens, der Freiheit und der Gerechtigkeit.

Die Zentrumsabgeordnete Frau Ministerialrat Helene Weber sprach über die Aufgaben der Frauen in der demokratischen Republik. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Ernst Lemmer vertrat die republikanische Jugend. Er verlangte vom Reichstag mehr Staatsgeist und weniger Fraktionsgeist. Gegen die Feinde der Demokratie, die heute wieder laut schimpfen und damals am Aufbau nicht mitarbeiteten, zeigt am besten die Tat von Weimar. In wenigen Monaten wurde hier mehr gebaut, als Jahre kaiserlich abschlüsslicher Mißwirtschaft zerstört hatten.

Genosse Paul Löbe schloß die außerordentlich gut besuchte Kundgebung mit einem Hoch auf die deutsche Republik.

Der Polizeipräsident von Frankfurt. Der bisherige Polizeipräsident von Altona, Steinberg, ist zum Nachfolger des verstorbenen Polizeipräsidenten Zimmermann in Frankfurt a. M. ausersehen. Steinberg ist Sozialdemokrat und stammt aus der Gewerkschaftsbewegung. 1927 wurde er in die politische Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums als Regierungsrat berufen. Diesen Posten bekleidete er bis April 1928, wo er zum Polizeipräsidenten von Altona ernannt wurde.

Die Adligen im Auslandsdienst.

Strefemanns Amt unter kritischer Beleuchtung.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt setzte in Anwesenheit des Reichsaussenministers Dr. Strefemann in der Sonnabendmorgens die allgemeine Aussprache über die Beamtenverhältnisse im Auswärtigen Amt fort. Abg. Steintopf (Soz.) fragte wiederholt, ob wirklich infolge der im vorigen Jahr erfolgten Absetzung von 600 000 Mark eine Kürzung der Bezüge gerade der jüngeren Auslandsbeamten erfolgt sei und ob und in welchem Umfang eine solche Maßnahme rückgängig gemacht worden sei. Für den Attachénachwuchs herrsche das Feudalitätsprinzip vor. Die Adligen Herren hielten sich sowohl in der Arbeit, wie bei gesellschaftlichen Verpflichtungen von den bürgerlichen Konzeptionschulzen des Auswärtigen Amtes fern. Er frage, ob der Sprachenzuschuß von 400 Mark jetzt wirklich gestrichen sei, so daß auch dadurch schon die bemittelten Attachés einen großen Vorsprung bekämen. Die Bezahlung der Attachés müsse gleichmäßig werden; ein Unterschied zwischen Offizieren und anderen dürfe nicht gemacht werden.

Genossin Bohm-Schuch brachte die Bezeugung der Lehrer-Klassen an den Auslandsschulen zur Sprache und gab unter Anführung verschiedener Einzelfälle der Befürchtung Ausdruck, daß sozialistische Gesinnung und Gewerkschaftszugehörigkeit, wenn auch unausgesprochen, Ablehnungsgründe seien. Aus diesem Grunde sei eine große Rechtsunsicherheit dieser Stellen eingetreten, und solche Rechtsunsicherheit sei unerträglich.

Der Reichsaussenminister Dr. Strefemann betonte, daß dem Auswärtigen Amt heute andere und weit zahlreichere Aufgaben zugewiesen seien als früher. Das alte Reich habe wenig Verständnis für kulturelle Aufgaben im Ausland gehabt. Um so höher schätze er die Arbeit der Kulturbildung ein. Er verwahre sich auf das Entschiedenste dagegen, die Kulturbildung als Train im Auswärtigen Amt zu bezeichnen. Man dürfe auch nicht übersehen, daß die Vermehrung der Ausgaben auch dadurch hervorgerufen werde, daß heute weit mehr Staaten vorhanden seien als vor dem Kriege. Die Botschaft im kaiserlichen Oesterreich-Ungarn sei selbstverständlich viel billiger gewesen, als die Vertretungen in allen Nachfolgestaaten. Die Entwicklung in dieser Beziehung gehe weiter. Gegen eine Ueberprüfung seines Etats durch den Sparkommissar habe er nichts einzuwenden. Er wolle nur darauf hinweisen, daß die Berufsfreiheit des Personals seines Amtes durch die Verschiedenheit in der Bezahlung der Beamten in der Zentrale und dem Außendienst leigen müsse. Fast alle Beamten wünschten im Ausland tätig zu sein. Die Einberufung in die Zentrale werde gewissermaßen als Strafe angesehen. Seit 1926 sei die Zahl seiner Beamten um 99, die Zahl der Angestellten um

195 vermindert worden, trotzdem die vielen Verträge, die mit fremden Staaten geschlossen werden müssen, unendlich viel Arbeit erfordern, von der die Öffentlichkeit meistens gar nichts erfährt.

Gegen die Behauptung, bei Auswahl des Nachwuchses und dessen Ausbildung würde der Adel bevorzugt, müsse er sich entschieden verwahren. Nicht bis zwölf Attachés seien in den letzten Jahren einberufen worden. Über 400 Bewerbungen hätten vorgelegen. Ausgewählt seien unter seiner persönlichen Mitwirkung diejenigen worden, welche nach ihrem Lebenslauf, ihrer Bildung und Leistung die größte Gewähr für gute Arbeit geboten hätten. Heute seien von unseren Botschaften und Gesandtschaften 27 mit Bürgerlichen und 21 mit Adligen besetzt, wobei immer berücksichtigt werden müsse, daß das alte Personal aus den vergangenen Jahren mit übernommen werden mußte. Die Auffassung, daß die Auswahl der Auslandsvertreter nach Gesichtspunkten der Parteizugehörigkeit erfolge, sei durchaus falsch. Er versichere, daß er sich um die parteipolitische Zugehörigkeit der Kandidaten in keiner Weise kümmere.

Staatssekretär v. Schubert erklärte in Erwiderung auf mehrfache Anfragen, er habe niemals etwas von einer Trennung zwischen der diplomatischen und konsularischen Karriere gesagt. Eine solche sei auch in keiner Weise beabsichtigt.

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.) erklärte sich mit der Einsetzung des Sparkommissars einverstanden. In der bisherigen Debatte war von Sparen allerdings nicht viel zu merken. Die Redner hätten zwar an einer Stelle Sparmaßnahmen vorgeschlagen, an anderen aber wieder neue Forderungen gestellt. Er gebe zu, daß Beamte des Auswärtigen Amtes größere Repräsentationspflichten hätten als gleiche Beamte anderer Ressorts. Trotzdem wünsche er mögliche Zurückhaltung bei allen Repräsentationen. Gegenüber Ausführungen des Abgeordneten Sachsenberg müsse er betonen, daß die deutsche Delegation in Genf das geringste Maß an Repräsentation habe, das unter den Verhältnissen möglich sei. Die kleinsten Staaten gingen darin viel weiter als Deutschland. Bei den Attachés herrsche auch nach seiner Kenntnis noch immer starke adlige Klientelwirtschaft, wenn er auch zugebe, daß die Zustände jetzt erheblich besser geworden seien. Der Prozentatz der Adligen bei den Auslandsvertretungen sei immer noch weit höher, als der bevölkerungsmäßige Anteil. Von neun Botschaften seien sechs, von 16 Gesandten erster Klasse 9 adlig. Alle wichtigen Botschaften, mit Ausnahme von London und Ankara, seien in den Händen von Adligen. Wenn er auch zugebe, daß diese Verhältnisse zu einem Teil noch aus der Vergangenheit herrühren, so müsse das in Zukunft unbedingt anders werden.

Wer liegt in Nikolsko begraben?

Die vaterländische Geschichte und der Präsident des Landesfinanzamts.

In Nr. 65 teilten wir mit, daß ein Finanzbeamter bei der Prüfung für den mittleren Dienst die Frage beantwortet sollte: „Wer liegt in Nikolsko begraben?“ Der Prüfling wußte es nicht und zog sich damit den ernstlichen Groß des prüfenden Oberinspektors zu, der den Unwissenden schließlich darüber aufklärte, daß irgendein Prinz Sigismund von Hohenzollern dort begraben liegt, von dem weder Bild noch Hebenbuch meldet.

Die Angelegenheit ist bereits Gegenstand einer von der Republikanischen Beschwerdestelle erhobenen Beschwerde gewesen. Der Präsident des Landesfinanzamts Berlin, Herr Dr. Rufe, hat persönlich die Beschwerde beantwortet — und den hohenzollernfesten Examinator noll und ganz gedeckt. Sein Bescheid ist so charakteristisch, daß wir ihn im Wortlaut wiedergeben:

„Es ist zutreffend, daß die Prüfungsordnung für den einfachen mittleren Dienst eine ausdrückliche Vorschrift dahingehend, daß vaterländische Geschichte geprüft werden muß, nicht enthält. Eine derartige Vorschrift findet aber Erwähnung in dem Abschnitt, bei der Vorprüfung für den gehobenen mittleren Dienst, und da es sich nicht etwa um zwei Prüfungsordnungen, sondern um eine einheitliche Prüfungsordnung handelt, lag für den prüfenden Oberinspektor kein Widerspruch vor, die vaterländische Geschichte nicht als Prüfungsgegenstand anzusehen. Uebrigens ergibt sich eine Pflicht, diesen Prüfungsgegenstand nicht außer acht zu lassen, auch aus Ziffer 13 der Prüfungsordnung, wo gesagt ist, daß die Anforderungen der mündlichen Prüfung auf das Bildungsziel der Volksschule, wo vaterländische Geschichte gelehrt wird, abzustellen sind.“

Wie ich bereits in meinem Schreiben vom 2. Januar zum Ausdruck gebracht habe, liegt für mich keinerlei Anlaß zu der Annahme vor, daß die Prüfungen irgend welche politischen Tendenzen erkennen lassen. Solche werden ganz selbstverständlich in der von mir geleiteten Behörde nicht geduldet, und wie diesmal — nach der mir gegebenen Schilderung in einer ganz harmlosen Form — ältere Geschichte geprüft ist, so wird bei einer anderen Prüfung die der neuesten Zeit behandelt werden. Dr. Rufe.“

Dieser Bescheid ist eine offensichtliche Verhöhnung der Republik. Die Frage, ob für die Prüfung „Vaterländische Geschichte“ vorgeschrieben ist oder nicht, bildet einen relativ nebensächlichen Punkt. Unmöglich kann — so oder so — „Vaterländische Geschichte“ heutzutage dahin aufgeführt werden, daß hohenzollernische Genealogie getrieben wird und daß gar die Begräbnisstätten (!) ganz unbedeutender Sprossen dieses Hauses auswendig gelernt werden. Für einen republikanischen Finanzbeamten ist die Kenntnis des Begräbnisortes eines Prinzen Sigismund ebenso gleichgültig wie die Kenntnis des Friedhofs, auf dem die Großmutter des Herrn Finanzamtspräsidenten Dr. Rufe begraben liegt.

Wir erwarten, daß der Landesfinanzminister diesen hohenzollernbegeisterten Finanzamtspräsidenten Dr. Rufe in unzweideutiger Weise rektifiziert.

Der übliche Freispruch.

Wiederholte Beschimpfung der Republik — keine Beschimpfung.

Der wegen Beleidigung und Beschimpfung mehrfach vorbestrafter Herausgeber der „Mitteldeutschen Presse“ in Stahlfurt, der ehemalige Lehrer Hottenrott, war vom Schöffengericht Braunschweig vor einiger Zeit wegen Republikbeschimpfung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Hottenrott hatte, um sich zu brüsten, in seinem wöchentlichen Heftblatt einen provozierenden Schriftsatz von neuem abgedruckt, den er vor fünf Jahren in einer anderen Prozeßsache an den Staatsgerichtshof geschickt hatte.

Auf die Berufung des Angeklagten sprach die Große Strafkammer des Landgerichts Braunschweig jetzt Hottenrott frei, indem sie sich der Begründung des Verteidigers anschloß, daß in

einer Bemerkung, die der Staatsgerichtshof selber habe passieren lassen, nicht fünf Jahre später eine Beschimpfung der Republik gefunden werden könne. Ein jehesamer Gedankengang! Weil der Staatsgerichtshof vor fünf Jahren die Sache ad acta gesetzt hat, vielleicht, weil er es unter seiner Würde hielt, auf Herrn Hottenrotts Schimpfereien zu reagieren, ist die Beschimpfung für alle Zeiten immunisiert. Die Republikshou der Justiz reicht seitdem Blüten.

Deutscher Steuerwettbewerb.

Angesichts der Verhandlungen über das Steuervereinfachungsgesetz sind die Ergebnisse der großen Steuerstatistik des Jahres 1925 von ganz besonderer Bedeutung. Diese Ergebnisse zeigen, wie wir dem demokratischen Finanzdienst entnehmen, die ganze Zerrissenheit des deutschen Steuersystems. Heute noch besteht in Bayern eine Hausplatzsteuer, in Württemberg eine Gaststeuer, in Oldenburg eine Viehbestandssteuer, und in Braunschweig eine Wildbreitsteuer!

Noch kurioser aber sind, wie jetzt festgestellt worden ist, die Gemeindesteuern. So gibt es z. B. nach der Steuerstatistik in einigen Gegenden von Mecklenburg-Schwerin noch eine „Hausvorprungsteuer“, die als Zugsteuer für gewisse Befreiungen des Hauses gedacht ist. Es gibt weiter eine „Spinnsteuer“, durch die der gläserne Spinn besteuert werden soll, mit dessen Hilfe man die Vorübergehenden auf der Straße kontrollieren kann. Es gibt weiter in einigen Gegenden noch eine Begräbnissteuer, eine Fenstersteuer und sogar eine Spülflüssigkeitabgabe, die typisch für das deutsche Steuerchaos sind.

Offriedenspakt unterzeichnet.

Ohne Litauen.

Moskau, 9. Februar.

Im Volkskommissariat des Auswärtigen fand heute die Unterzeichnung des Protokolls statt, durch das der Kellogg-Pakt zwischen Sowjetrußland, Polen, Rumänien, Estland und Lettland vorzeitig in Kraft gesetzt wird.

Die Unterzeichnung wurde durch eine Rede der stellvertretenden Volkskommissars des Auswärtigen, Litwinow, eingeleitet, auf die der polnische Gesandte in Moskau, Batek, antwortete.

Die litauische Regierung läßt erklären, daß sie zur Unterzeichnung nicht eingeladen, ihr auch der Text offiziell nicht überreicht worden sei.

Kämpfe in Weißrußland.

Bauern gegen Kommunisten.

Warschau, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Wie aus Wilna gemeldet wird, ist es in den letzten Tagen in Minsk und umweit von Minsk zu schweren Kämpfen zwischen den Bauern und kommunistischen Behörden gekommen: im Grenzbezirk Witobitz kein Gerücht über den bevorstehenden Sturz der Kommunisten und den Einmarsch der Polen verbreitet, die von gegenrevolutionären Organisationen aufgegriffen und zur Aufhebung der Bevölkerung gegen die Sowjets ausgenutzt wurden. In mehreren Fällen wäre es dabei zu schweren Kämpfen gekommen. Das Haus des Sowjetvorsitzenden in dem Dorfe Dobregorg soll überfallen und demoliert, fünf Kommunisten getötet, 13 schwer verletzt worden sein.

Trotz ist nicht in Konstantinopel, vielmehr noch in Rußland, Khabel und Rakowski sollen nach Eudum in Kaukasien übergeführt worden sein, da sie unter dem sibirischen Klima sehr gelitten haben.

Eingeschnürte Kaufkraft.

Sozialdemokratische Kritik im agrarpolitischen Ausschuss.

Die Sozialdemokratie hat, nunmehr als Regierungspartei, entsprechend ihrer bereits vor einem Jahr als Oppositionspartei eingenommenen positiven Haltung, im Ausschuss für Durchführung des landwirtschaftlichen Reformprogramms erneut ihre Zustimmung zu den Grundzügen dieses Programms und den daraus sich ergebenden finanziellen Konsequenzen ausgesprochen.

In der letzten Sitzung des genannten Ausschusses übten die Sprecher der Fraktion, die Abgeordneten Peine, Berlin und Bergmann-Hamburg, scharfe Kritik an der Passivität und Ideenlosigkeit der agrarischen Kreise selbst, die immer noch in Föllen und Subventionen das Abwehrmittel sehen. Die sachlichen Ausführungen der Sozialdemokraten wurden von den Vertretern der anderen Parteien und der beteiligten Ministerien mit größter Aufmerksamkeit entgegengenommen.

Abg. Peine bezeichnete die Erwerbslosigkeit und die damit verbundene Einschränkung der Kaufkraft als einen Hauptgrund der mangelnden Nachfrage nach Fleisch, Butter, Eiern, Milch usw.

Wenn 2 Millionen Erwerbslose mit ihren Angehörigen pro Woche und pro Kopf nur ein Pfund Fleisch mehr als heute kaufen könnten, gäbe es kein Ueberangebot an Schlachttvieh mehr. Wir haben keine Ueberproduktion, sondern eine Unterkonsumtion.

Der Landwirt fordert: Kauft kein Fleisch und Vieh aus dem Ausland herein. Ruht nicht da der erwerbslose Arbeiter mit dem gleichen Recht verlangen: Kauft keine ausländischen Autos, keine Fordretter mehr, sondern die guten und ebenso billigen deutschen Wagen und Trecker?

Minister a. D. Schiele (Landbund) bestritt in einem Zuruf die Berechtigung dieser Gleichstellung!

Der Landwirtschaft, führte Peine weiter aus, fehlt es an Organisation und Initiative. Was soll man dazu sagen,

wenn an einem einzigen Tage planlos, ohne Bestellung, 700 Waggon Kartoffeln auf dem Berliner Markt erscheinen? Oder wenn die Kartoffeln für 2,20 bis 2,60 M. pro Zentner angeboten werden und im Kleinhandel schließlich 6 bis 8 M. kosten?

In der Geflügelzucht sehen die Aussteller statt auf Leistung viel mehr auf Form und Gefieder.

Hier und in tausend anderen Fragen sollten die berufenen Organisationen der Landwirtschaft ihre Mitglieder so beraten und diskutieren, wie es die Konsumgenossenschaften ihren Käufern gegenüber durchgeführt haben, anstatt die Bauern gegen den neuen Staat aufzumiegeln.

Abg. Bell (Z.) gab die Mängel in der Organisation der Landwirtschaft unumwunden zu. Positive Vorschläge zu einer Aenderung dieser Verhältnisse brachte er nicht vor.

Abg. Bergmann (Soz.) ging in längeren Ausführungen auf die Schwereigenschaften des Vieh- und Fleischabsatzes ein. Er forderte eine auf genauer zentraler Marktbeobachtung beruhende planmäßige Besichtigung der großen preisbildenden Viehmärkte. Eine Sprengung der dänischen Einfuhr müsse schon deshalb auf Schwierigkeiten stoßen, weil die Seefläche in den von der früheren Regierung geforderten Seegrenzschlachthäusern mindestens 40 Millionen Mark an Baukosten investiert hätten. Die Einfuhr von Auslandsvieh sei nach dem Material des Ministeriums selbst kaum höher als vor dem Kriege (84 gegenüber 84 Proz.).

Die verborgene Wahrheit.

Die Literatenbühne macht Sozialpolitik.

Aus der sozialdemokratischen Fraktion des Sächsischen Landtags wird uns geschrieben:

Am 19. der „Weltbühne“ vom Jahrgang 1928 wurde die Kinderausbeutung in der sächsischen Staats-Griffelsfabrik Steinach mit den schärfsten Eingekerkelten kritisiert und anschließend gesagt:

„Wie wissen nun alle, wer Kinder zugrunde richtet — der Freistaat Sachsen muß sich sagen lassen, daß er Kinder schamlos ausbeutet, wie es der schlimmste Kapitalist noch nicht über tun könnte. Die Abgeordneten werden schon einen Weg finden, um diese Wahrheit ihren Wählern zu verbergen.“

Unsere sächsische Landtagsfraktion griff sofort den Fall auf, um die Mißstände zu beseitigen, stellte aber überforderndweise fest, daß es im Freistaat Sachsen eine Staats-Griffelsfabrik nicht gibt. Steinach liegt überhaupt nicht in Sachsen.

Da die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht zu denen gehören, die „schon einen Weg finden, um diese Wahrheit zu verbergen“, so hat die Fraktion die „Weltbühne“, die keine Angelegenheit zu berücksichtigen.

Aber siehe da: die „Weltbühne“ weigerte sich, den einfachsten Weg zum Journalistischen Urstandspunkt nachzukommen und schlug sich aus. Wir vermuteten einen Briefunfall und wählten höflich ein zweites Mal.

Richts zu machen! Die Staats-Griffelsfabrik und die Kinderausbeutung blieben auf Sachsen sitzen. Nun sind viele sächsische Parteimitglieder auch Leser der „Weltbühne“ und fragten mit Recht, weshalb die Landtagsfraktion dem Standort von Steinach nicht steuere. Also erging ein dritter Brief an die „Weltbühne“, diesmal persönlich an Herrn v. Offeltz gerichtet.

Was erfolglos! Die „Weltbühne“ ist nicht zu bewegen, der Wahrheit die Ehre zu geben! Und auf das Pressegesetz haben wir verzichtet.“

Ungarn — Türkei — Arabien.

Die Bewaffnung der Wahabiten.

Amman, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Wie aus der Wüste kommende Reisende berichten, sind die wahlständigen Beduinensämme mit Waffen und Munition ungarische Herkunft ausgerüstet, die über die Türkei nach Arabien gelangt sind. Diese Fernlieferung der türkisch-ungarischen Annäherungshüter der als Mittelsmann, die bei allen Intrigen der Balkan- und Orientpolitik, Italien stets beständig von neuem die Tatsache einer faschistischen Einheitsfront, die nach einheitlicher Richtung zusammen arbeitet, um nach dem Vorbilde Rußlands die Stellung der alten Kolonialmächte durch eine Stärkung des asiatischen Nationalismus zu untergraben und um bei dieser Gelegenheit für sich im Trabzen fassen zu können.

Severing im Ministerium für die besetzten Gebiete. Reichsinnenminister Severing, der von dem Reichspräsidenten mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Ministeriums für die besetzten Gebiete beauftragt wurde, hat gestern sein Amt angetreten.

Titel und Orden.



Der bayerische Staat verleiht seinen Untertanen Titel.



Der Dresdener Hundezüchterverein verleiht an preisgedönte Hunde Orden.



Die bayerischen Titel werden durch Verfassungslage angefochten.



„Und so a Sauvieh, so a mißfiges, behält sei Orden!“

Pilsudskis Verfassungsreform.

Um die Militärherrschaft zu stabilisieren.

Warschau, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Anläßlich des 10jährigen Bestehens des polnischen Parlaments hielt der sozialistische Sejmarschall Daszynski eine Festrede, in der er kurz die Entwicklung des polnischen Parlamentarismus schilderte und mit Nachdruck erklärte, daß die parlamentarische Demokratie eine Lebensnotwendigkeit Polens darstelle. Die Debatte über die Verfassungsreform müsse frei von irgendwelchen Drohungen und auswärtsigem Druck sein.

Mit dem Beginn dieser Debatte ist allerdings erst im Herbst zu rechnen.

Der Verfassungsentwurf, den der Regierungsbund im Parlament eingebracht hat, bedeutet die Kampfanzeige des Pilsudskis lagers an alle übrigen Parteien; der Entwurf stellt gewissermaßen die Fortsetzung des Staatsstreiks Pilsudskis im Mai 1926 dar. Damals begnügte sich Pilsudski, die tatsächliche Staatsgewalt an sich zu reißen, er ließ aber die Institutionen, die bis Mai die Gewalt innehatten, vor allem das Parlament, in ihren Rechten. Nur, daß sie sie nicht ausüben konnten: seit halb drei Jahren herrscht die unbegrenzte Gewalt Pilsudskis und seiner Leute, die er an die Spitze des Landes und aller öffentlichen Einrichtungen gestellt hat, und das Parlament ist vollkommen kassiert. Selbstverständlich widerspricht dieser Zustand der geltenden demokratischen Verfassung, und oft genug hat es inzwischen scharfe Konflikte zwischen Exekutive und Legislative, offene Verstöße der Regierung gegen die Verfassung gegeben. Der Regierung war ihre diktatorische Stellung aus innen- und außenpolitischen Gründen um so bequemer, als sie diesen Zustand

hinter einer demokratisch-parlamentarischen Dekoration verbergen

konnte und überdies für sämtliche Mißstände (beispielsweise: ungenügende Beamtenentlohnung) in dem Sejm einen Blühleiter besaß. Im Parlament verließ jeder Protestveruch der zu schwachen Opposition ergebnislos und die Tätigkeit des Parlaments hatte keinerlei praktischen Wert; die vom Sejm beschlossenen Budgets wurden von der Regierung strupellos überschritten (1927—28 allein beim Kriegsministerium um 70 Millionen Zloty), die Rechnungsabschlüsse wurden dem Parlament nicht vorgelegt und drückt das Parlament einmal einem Minister sein Mißtrauen aus oder faßt einen Beschluß, so veröffentlicht die Regierung diese Beschlüsse einfach nicht im Geschäftsblatt, so daß sie nicht rechtskräftig werden! Sogar diese Mißbräute und gegen die Bergemäßung der demokratischen Verfassung auf außerparlamentarischem Boden anzukämpfen — dazu fehlt der Opposition die physische Kraft — das Militär ist nach wie vor die Hauptstütze der Regierung.

Um nun diesen Zustand zu legalisieren, ist der neue Verfassungsentwurf vom Regierungsbund vorgelegt worden. Pilsudski hat an der Ausarbeitung des Projekts persönlich teilgenommen. Wahrscheinlich paßt ihm das Dauerschachspiel mit dem Parlament schon lange nicht mehr. Er selbst würde sich vielleicht, erblicke er dadurch die künftige gesunde Entwicklung Polens, nicht scheuen, zum parlamentarisch-demokratischen System zurückzukehren.

Die „Pilsudskisten“ aber, mit denen Pilsudski die Macht geteilt hat, können ihre Zukunft nur durch einen Zustand sichern, der den „Legionären“ und „Pilsudskisten“ die tatsächliche Leitung des Landes in die Hand gegeben.

Die auf die höchsten Verwaltungsämter, in die Ausschüsse, in die Ausschüsse der Direktoren, in die höchsten militärischen Posten gebracht hat.

Auf welche Weise will nun der Verfassungsentwurf die Machtteilung der Legionäre sichern? Vor allem dadurch, daß er dem Staatspräsidenten nahezu die gesamte Staatsgewalt ausliefert: gesetzgeberische Initiative, Einspruchsrecht gegen Gesetze, die das Parlament beschließt, Ausführungsrecht gegen das Parlament, ja

sogar das Recht soll er bekommen, unter Umgehung der Gerichts Abgeordneten ihre Mandate zu entziehen; er soll ein Drittel des Senats ernennen und schließlich soll er Dekrete mit Gesetzeskraft erlassen können. Daß dem Parlament das Recht der Haushaltsprüfung übrigbleibt (die parlamentarischen Gesetzesbeschlüsse haben nur dann Aussicht, Rechtskraft zu erlangen, wenn sie der Regierung passen), ist unter diesen Umständen nur eine Formalität. In der Praxis soll der Staatspräsident nämlich so oft Reumwahlen ausüben und die oppositionellen Abgeordneten ihre Mandate verlustig erklären können, bis er ein passendes Parlament nach schichtlichem Ruck erhalt; die Opposition wird aus der logischen politischen Tätigkeit verdrängt werden.

Verlangt das Parlament den Rücktritt eines Ministers, so soll der Staatspräsident, wenn er nicht nachgeben will, das Parlament auflösen können. Die Wahl des Staatspräsidenten soll das Volk unter nur zwei Kandidaten treffen, von denen der eine vom zurücktretenden Staatspräsidenten oder dessen Stellvertreter (dem Ministerpräsidenten, bisher der Sejmpräsident), der andere vom Parlament ernannt wird. Das Volk wird nur unter zwei Kandidaten zu wählen haben, von denen beide Vertrauensleute des alten Regimes sein werden. Das Militär soll also ungehindert weiterregieren können, die Opposition dagegen für immer niedergedrückt werden!

Die polnische Linke hat stets auf dem Standpunkt gestanden, daß

nur ein demokratisches Polen existenzfähig

ist. Doppelt hart wird daher der Kampf um die neue Verfassung sein, zunächst in der parlamentarischen Debatte, unter Umständen aber auch außerhalb des Parlaments. Das Pilsudski-Lager irrt, wenn es glaubt, daß die polnischen Sozialisten und das demokratische Lager in Polen vor dem Kampf um die Demokratie die weiße Fahne hissen werden.

Der Pariser Riesenschwindel.

Gedächtnischwund eines wichtigen Zeugen.

Paris, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Auf die Serie der Verhaftungen im Stand der „Gazette du Franc“ scheint die Serie der Hastentlassungen zu folgen. Der Baron Chevilly wurde bereits aus freien Fuß gesetzt. Der Baron de Courville, der bei seinem hohen Alter infolge der Gefängnishaft an einer Herzschwäche leidet, die jeden Tag seinem Leben ein Ziel setzen kann, wurde ebenfalls entlassen. Der Untersuchungsrichter veranlaßte heute nachmittag einen früheren Buchdrucker der inzwischen eingegangenen Zeitung „Rumeur“ des verhafteten Direktors Anquetil, auszusagen, daß Anquetil tatsächlich vom Kaserbaumminister Henneff 150 000 Franken erhalten habe. Der Zeuge erklärte jedoch nur, Anquetil habe sich seinerzeit in Geldschwierigkeiten befunden, und plötzlich seien reiche Geldströme geflossen. Er wisse aber nicht, woher. Als Frau Hanau dieses berichtet wurde, forderte sie, mit dem Buchdrucker konfrontiert zu werden und rief: „Ich will ihm das Gedächtnis schon auffrischen.“

Entflohen und in der Schweiz eingebürgert.

Basel, 9. Februar.

Der Regierungsrat des Kantons Glarus beschloß, den in St. Gallen in Untersuchungshaft befindlichen Pariser Bankier Bocquousen, der von einem altglarner Geschlecht Bocquousen abstammt, als Glarner Bürger anzuerkennen, da die Erneuerung seines Bürgerrechts im Jahre 1925 rechtsgültig vollzogen war. Einem Auslieferungsbegehren Frankreichs wird nicht entsprochen werden. Sollte eine Klage aus Paris eingehen, so würde sie in der Schweiz zur Verhandlung gelangen.

Unsere Filmexpedition

Die zähe, zielbewusste Arbeit der Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Kommunalpolitik und der Wohlfahrtspflege im Filmbild festzuhalten, war der Zweck einer Aufnahmeexpedition, die durch ganz Deutschland führte. Berlin war der Ausgangspunkt.

Die Weltstadt mit ihrem Riesenvorkehr — Straßenbahn, Autobus, Untergrundbahn, Stadtbahn! Der sozialdemokratische Verkehrsstadtrat brachte alle Beförderungsmittel unter einen Hut und schuf den 20-Pfennig-Einheitsstarif. Im Film zu zeigen, wie dadurch den schaffenden Menschen der Großstadt der oft weite Weg zur Arbeit erleichtert und verbilligt wird, war der erste Gegenstand unserer Arbeit. Mutig stürzten wir uns in die brandenden Wogen; immer waren wir da, wo es Berlin gerade am eiligsten hatte. Tageslang stehen wir uns von den Verkehrsfluten hin und her tragen, bis alles eingelangt war, was dem Kurbelmann wichtig erschien.

Dann drückte man uns ein erstaunlich umfangreiches Adressenmaterial in die Hand: Empfehlungen an parteigenössliche Staats- und Kommunalbeamte, Vordräte, Bürgermeister und Stadträte, Senatoren und Beigeordnete in allen Ländern des Reiches. Mit einem Auto, das vor 25 Jahren seinen letzten Schönheitspreis erhalten haben mochte, rollten wir ab. Ringsherum war der Wagen mit Kisten von aufsehenerregendem Umfang behängt, in denen Jupiterlampen verstaut waren. Das gab dem Vehikel die „schmittige“ Form. Unter der in vielen kleinen Koffern verteilten Apparatur hatten sich die Teilnehmer der Expedition im Innern des Wagens verkrochen. Die vornehmste Unterhaltung während der Fahrt bestand darin, in jeder Kurve die schwankenden Gepäckstücke mit Händen und Füßen von sich zu halten. Ein sinnvolles Gesellschaftsspiel. Bald fandte man jedem vorüberfahrenden Eisenbahnzug neidische Blicke nach. Der Reihe nach gab es Außen dienst; das bedeutete, mit der Landkarte in der Hand neben dem Chauffeur sitzen und von Zeit zu Zeit an Wegkreuzungen auf die falsche Landstraße zu führen. Auch das war — besonders nachts und bei regnerischem Wetter — äußerst anregend. Als wir nach zwölfstündiger Fahrt in einem schlesischen Gebirgsstädtchen aus dem Wagen kletterten, um uns einige Stunden Betruhe zu gönnen, überfiel uns ein gelindes Grauen: viele Wochen sollten wir so auf der Landstraße verbringen

— durchs Riesengebirge in die Sächsische Schweiz, nach Thüringen, über Nürnberg und München durch das Allgäu zum Bodensee, durch den Schwarzwald an den Rhein, durch das rheinische Industriegebiet nach Hamburg, durch Schleswig-Holstein bis an die dänische Grenze und zurück durch die Lüneburger Heide — das war die Reiseroute, die vor uns lag. Würde unser Kalkenauto durchhalten? Das war unsere zweite bange Frage.

Der erste Arbeitstag

entschädigte für die Strapazen der Reise. Kaum hatten die Genossen die Ankunft der Filmleute erfahren, streckten sich uns überall hilfreiche Hände entgegen. Herrlicher Sonnenschein begünstigte die Aufnahmen in einem Erholungsheim für Proletarierkinder — von der Arbeiterwohlfahrt geschaffen. Die Jungen und Mädchen geleiten außer Rand und Band: „Wir werden gefilmt . . .!“ Einen hohlwangigen, mit tiefliegenden Augen fraze ich, ihm die Bonbontüte hinhaltend: Wo bist du her? — Aus Walsenburg! — Was ist dein Vater? — Grubenarbeiter. . . — Es galt noch das Innere des vorbildlichen Heimes festzuhalten. Während der Regisseur und Operateur die Aufnahmen drehen, haben die Beleuchtungstechniker die Lampen aufmontiert. Der Ruf „Licht!“ ertönt und ein begeistertes „Aah!“ kommt von allen Rinderkuppen, als hätten wir ihnen den schönsten Weihnachtsbaum angezündet. Der Raum erstrahlt in Liebertagsheile. Die Kinder sind die Schauspieler. Wir achten streng darauf, daß sie sich in gewohnter Weise in den Räumen bewegen, damit wir klare und ungefälschte Bilder vom Tun und Treiben in diesem Heim mit nach Hause bringen. „Licht aus!“ ist der Ruf, der anzeigt, daß die Arbeit beendet ist. Eine härtende Wahrheit aus der Mustertüde — inzwischen ist es Abend geworden, wir besteigen unseren Karren und fahren wieder durch die Nacht.

In allen Gegenden Deutschlands

trafen wir auf solche Heime für Arbeiterkinder. Die landschaftlich am schönsten gelegenen boten dem Kameraauge begreiflicherweise die dankbarsten Motive. So gab es reichliche Kurbelarbeit in der Sächsischen Schweiz im Schloß Sedlitz, im August-Bebel-Heim bei der Festung Königstein, im Schwarzwald, am Rhein, an der Nordseeküste, in der Lüneburger Heide — überall Luft, Licht, Sonne und Lebensfreude, überall wirten sozialistische Helfer im stillen und trachten, die Schäden, die der Krieg gerade dem proletarischen Nachwuchs zugefügt hat, auszumergen. Auch der arbeitenden Jugend gilt die Sorge der Sozialdemokratie. In muster-gültigen Jugendheimen und -herbergen, in behaglichen Behringshelmen — alle unter der Leitung geschulter und auf die Pflanze der Jugendlichen eingestellter Genossen — waren wir gern gesehene Gäste und trafen überall auf begeisterte Filmstars. Moderne Badeanstalten, vorbildliche Sportplätze, zum großen Teil aus eigenen Mitteln der Arbeiterschaft für die Jugend errichtet. Geradezu vernarrt war der Kurbelmann in das Bergstadion in

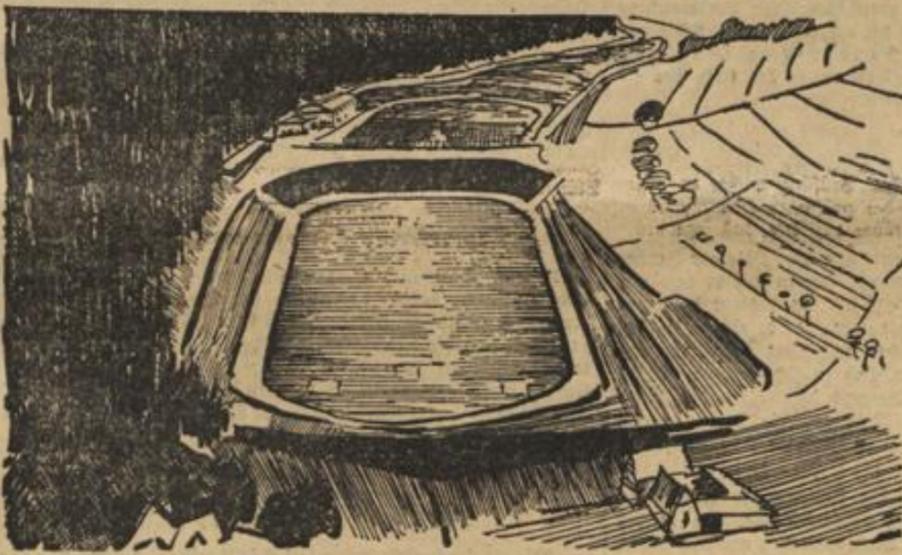


Ludwig-Frank-Heim bei Triberg im Schwarzwald

Nichelstadt im Odenwald, eine Anlage von erstaunlicher Großzügigkeit, durch die Initiative eines sozialdemokratischen Bürgermeisters dieser kleinsten Stadt geschaffen. In Celle hat sich die Arbeiterkassen ein großes, zweistöckiges Sportheim errichtet. Nach Feierabend und an Sonntagen, wochenlang oft bis in die späte Nacht hinein, stellen sich die Genossen, Bauhandwerker und andere freiwillig und ohne Entlohnung zur Arbeit, um ihr Haus zu bauen. Aber nicht nur auf proletarische Jugendpflege hatten wir unser Augenmerk zu richten, auch von der Wohlfahrtspflege an der erwachsenen Arbeiterschaft sollte die Kamera erzählen. Da waren neben Erholungs- und Altersheimen Alkoholenzlehungsheime und Lungenheilstätten. Daß sich die Sozialdemokraten auf die Bedingungen der modernen Wirtschaft verstehen, wissen wir längst. In einer alten Patrizierstadt hatten die Kaufmannsgenerationen die Möglichkeit und den Vorteil einer Hafenanlage bis auf den heutigen Tag übersehen oder die Kosten geschaut. Die Sozialdemokratie schuf diesen Hafen aus den Mitteln der produktiven Erwerbstätigenfürsorge.

Siedlungsbauten

stand als ein anderer wichtiger Hauptpunkt in dem Aufnahmeprogramm. Imposante Häuserblöcke in größeren Städten, von Arbeiterbauernschaften errichtet — in kleineren Orten mit sozialdemokratischer Verwaltung schmucke Siedlungshäuser. Eine Gemeinde mit nur 700 Einwohnern legte sich Neubauwohnungen und eine moderne Wasserleitung zu. Die Lösung des Wohnproblems läßt sich die Partei überall da, wo sie auch nur den geringsten Einfluß hat, sehr angeeignet sein. Schon um Gegenstände aufzuzeigen, sind wir auch an traurigen Bildern, beschämend für die „Sozialpolitik des Bürgertums“, nicht vorübergegangen. Baracken, durch die der Wind pfeift, alte, ausgediente Güterwagen, sind einem großen Industriewerk im Hannoverischen als Wohnungen für seine Arbeiter gut genug. Aber unter dem Einfluß der sozialistischen Gemeindeverwaltung ist in diesem selben Ort vor kurzem ein ansehnlicher Siedlungsblock mit modernen Kleinwohnungen entstanden. Man tat noch ein übriges und errichtete eine Schule, in der die Lehr- und Lernmittel frei sind. Besonders reizten den Filmoperateur die Siedlungen, die sich der Landschaft harmonisch angliedern und durch künstlerische Formen in der Anlage auffallen. Viele dieser Bilder beweisen, daß die Erbauer neben der Zweckmäßigkeit auch die Ge-



Das Bergstadion in Michelstadt

Der Aufruhr des schiefen Calm

Roman einer Revolution. Von Gezael Heermann Mostak

Drinne steht ein Scharren von Stühlen, darauf die Präsidentenglocke, dann eine tiefe, laute Stimme, die jemandem das Wort zu erteilen schien.

„Nanu!“ Der Stenograph legte das Ohr ans Schlüsselloch. „Der stellvertretende Vorsitzende leitet die Berasammlung an Stelle Dehstes. Also muß sich die Rede des Herrn von Gloß mit Dehstes Person befassen!“

Der Schreiber knöpfte der Vorsicht halber seine Weste wieder zu.

„Hören Sie? Gloß redet weiter. Gloß — gerade der schweigsame Gloß gegen Dehste . . .“

Drinne unterbrach eine aufgeregte zitternde Stimme den Redner. „Das ist Dehste!“ flüsterte der Lauscher.

Bernehmlich rief der stellvertretende Präsident den Abgeordneten Dehste zur Ordnung.

„Der Präsident selbst zur Ordnung gerufen! Noch nicht dagewesen! Was ist los?“

Gerade bei einem nochmaligen Zwischenruf Dehstes und einem zweiten Ordnungsruf des Präsidenten öffnete sich die Tür. Der erste Stenograph trat schweigend heraus, der zweite ging hinein, rasch die Türe überwerfend. Man hörte ein paar Worte des Abgeordneten von Gloß: „An der persönlichen Wichtigkeit des Bergrats Zinden ist ja auch nicht gezwweifelt worden. Aber seit acht Jahren herrscht nur eine Stimme gegen Herrn Zinden, der auf die unerhörteste Weise . . . also unmöglich, daß nach dem plötzlichen Wechsel des Richters und des Verteidigers alle Zeugen nur Gutes . . . Wahrheit . . .“ Die Tür wurde wieder geschlossen und verschluckte das Weitere.

„Was gibts drin?“ fragte der Schreiber den Eingetretenen.

Der öffnete das eine Fenster, das zur Saale hinausging; aber keine Kühle drang ein, nur stidiger Geruch fallenden Wassers. „Der Abgeordnete von Gloß wirft dem Richter, der die Verhandlung gegen den Bergrat Zinden führte, und dem Abgeordneten Dehste Zeugenbeeinflussung vor. Er spricht mit einer Sachkenntnis, als hätte er sein Leben lang das Bergwerkswesen studiert. Man ist allgemein erstaunt: ein Adblicher — und greift die Regierung an! Es hätte sicher schon einen Tumult gegeben, wenn's nicht so scheuklich heiß wäre.“

Aber den Redenden drin schien die Hitze nicht anzufechten. Seine Stimme kämpfte sich frei, sie wurde laut und hallend, manchmal verstand man einiges. „Bergmeister Koch ermordert . . . aber einseitlich und dennoch wahr . . . den armen Leuten . . . kein anderes Mittel als Selbsthilfe . . . Hunger . . . Stelette . . .“ Und dann rief Gloß laut in den Saal: „ . . . aber seit Einführung des Zinden-Kochschen Systems in den Gruben ist das durchsichtliche Alter der armen, gedrückten Bergleute in Anhalt-Bernburg von siebenundfünfzig Jahren auf siebenunddreißig ein Viertel heruntergegangen.“

Der Stenograph wischte sich den Schweiß von der Stirn. „Nicht wunderbar bei der Hitze!“ stöhnte er gefühllos.

Drinne jedoch schien man die Sache wichtiger zu nehmen. „Woher wollen Sie das wissen?“ hörte man Dehste laut rufen.

Papler knisterte. „Ich habe hier die Totenlisten . . .“

Das Geräusch einer Unruhe drang durch die Tür. Gloß sprach weiter: „Ohne Wissen des Justizministers nicht möglich . . . Akten einsehen . . . das Volk hat ein Anrecht darauf . . .“

Man hörte Trosegl's Stimme. Gloß erwiderte mit ruhiger Schärfe. Nach kurzer Zeit wurde die Tür von drinnen mit hartem Knack geöffnet. Trosegl trat schnell heraus und auf den Schreiber zu. Er war sehr blaß; seine Stirn wies keinen Schweißtropfen auf.

„Zu Ihrer Instruktion!“ sagte er leise und hastig. „Ein Abgeordneter verlangt Einsicht in gewisse Akten. Sie werden —“

„Wo liegen sie, Herr Baron?“ fragte der Schreiber rasch. „Ich bin in zehn Minuten —“

„Hierbleiben sollen Sie!“ herrschte Trosegl ihn an. „Die Akten hole ich selbst — aus bestimmten Gründen — Sie würden sie nicht finden. Also bitte, verfolgen Sie die Sitzung!“

Der Schreiber unterdrückte mühsam ein Kopfschütteln und ging in den Sitzungssaal.

Trosegl war sich unten in seinen wartenden Wagen. Nach kurzer Zeit beugte er sich zum Kutscher vor: „Fahren Sie nicht durch die Stadt. Den Schloßberg hinauf!“ Und als die schweigenden Säule die Steile mühsam überwunden hatten: „Nicht in den Hof fahren. Vorm Tor halten!“

Schon als der Wagen bremste, schritt Trosegl schnell an der salutierenden Wache vorüber, an der Seite des Schloßhofes im Mauerschatten entlang, durch ein kleines Pfortchen zu einem Altan, der den Blick ins sonnengittrnde Tal freigab. Dort, in einem Liegestuhl mit Sonnendach, fand er die Herzogin.

Sie sah scheu um sich. Niemand war zu entdecken außer ihr und Trosegl. „Nun?“ fragte sie leise, mit schmalen Lächeln.

„Bist du schon bei ihm gewesen?“ fragte er zurück.

„Noch nicht.“

„Warum nicht?“ fuhr er grob, unbeferrscht heraus.

Sie sah ihn heiter überlegen an. Sie liebte es, wenn er so bäuerisch war und derb. „Ich mag keine Politik in solcher Hitze“, sagte sie leichthin.

Er trat nahe an sie heran. Seine Hand krallte den Stuhl. „Du mußt zu ihm, sofort. Wir müssen schneller sein als der Landtag.“

„Als der Landtag? Läuft der Landtag fort?“

„Der verrückte Adbliche aus dem Harz, der Herr von Gloß, läuft Sturm. Gegen mich. Wegen der Untersuchung gegen den Bergrat Zinden. Vielleicht beschließt der Landtag in diesem Augenblick, mich unter Anklage zu stellen.“

„Dich unter Anklage stellen? Der Landtag?“ Sie lachte leise auf. „Was kann das dir schaden!“

Er stampfte mit dem Fuße auf. „Solange er nicht unterschrieben hat, mehr als du denkst. Alles steht auf dem Spiele. Ich bitte dich: Geh!“

Sie sah sein zuckendes Gesicht und stand lässig auf. „Hast du das Papier?“ fragte er.

Sie zog ein Schreiben aus dem Kleide, zeigte es ihm stumm und ging. (Fortsetzung folgt.)

Jeher der Kestheit im Auge befehen. Wochentag gegen wir so als moderne Jiguner umher. Für die Strapazen der vielen Nachfahrten in unbekanntem Gegend entschädigte uns die Gaffenschaft der Genossen. Jeder mußte, daß hier einmal der Kameramann im Dienste des Proletariats wirkte und jeder war bemüht, seinen Teil dazu beizutragen, daß diese Bilder gelangen.

Mit berechtigtem Stolz wurden wir immer wieder von den Genossen auf die großen und kleinen Erfolge ihrer unermüdblichen Arbeit für das Wohl der Allgemeinheit hingewiesen: Das schufen wir!

Hans Fuhrmann.

Benzineexplosion in der Wohnung. Verhängnisvoller Leichtsin.

Durch grobe Leichtfertigkeit wurde gestern Abend im Hause Swinemünder Straße 63 wieder eine schwere Benzineexplosion verursacht.

Au der im vierten Stockwerk gelegenen Wohnung des Polizeihauptwachmeisters Sch war die 17-jährige Tochter Dorotha in der Küche mit dem Reinigen eines Kleides beschäftigt. Das junge Mädchen benutzte zu diesem Zweck einen Liter Benzol, den sie in eine Waschkübel gab. An dem Küchentisch, auf dem eine brennende Petroleumlampe stand, sah sie um einige Jahre ältere Schwester, die in einem Buche las. Plötzlich erfolgte eine heftige Detonation. Die Benzolgas, die sich im Laufe der Zeit entwickelt hatten, hatten sich an der offenen Flamme der Lampe entzündet. Eine meterlange Stichflamme durchschlug den Raum. Durch den gewaltigen Luftdruck wurde die Tür mit dem Rahmen herausgerissen und auf den Flur geschleudert. Ein Teil der Seitenwand stürzte krachend zusammen. Dorotha Sch, die von der Stichflamme erfasst worden war, lag mit brennenden Kleidern auf dem Fußboden. Gestesgegenwärtig holte die Schwester, die wie durch ein Wunder unversehrt geblieben war, eine Decke herbei, um es gelang ihr, die Flammen zu ersticken. Die alarmierte Feuerwehr konnte das Feuer, das die Kücheneinrichtung erfasst hatte, nach kurzer Zeit löschen. Die verletzten Mädchen erhielten von Feuerwehrmännern die erste Hilfe.

Mit der Bekämpfung eines gefährlichen Brandes war die Feuerwehr gestern Nachmittag in der Johann-Georg-Straße 19 in Wilmsdorf beschäftigt. Dort waren in einem Lagerraum Theaterkuffeln in Brand geraten, und das Feuer drohte auf das darüberliegende Stockwerk überzugreifen. Unter großen Anstrengungen gelang es der Feuerwehr, die unter starker Qualmentwicklung sehr zu leiden hatte, den Brand durch starkes Wassergerben auf seiner Herd zu beschränken. Die Aufräumungsarbeiten dauerten mehrere Stunden.

Ein gefährlicher Autler. Er kann kein Auto stehen lassen.

Ein wilder Autochauffeur fuhr am Freitag Abend um 7 Uhr am Alexanderplatz einen 42 Jahre alten Kaufmann Franz Trand aus der Niederbarnimstr. 5 so heilig an, daß er eine Abszessbildung davontrug. Als der Bursche sah, was er angerichtet hatte, sprang er vom Führersitz des Privatwagens und versuchte sein Heil in der Flucht. Ein Schupwachmeister konnte ihn aber festnehmen. Der Ertrappte ist auf dem Polizeipräsidium schon sehr gut bekannt. Es ist ein 19 Jahre alter Franz Müller aus der Bibauer Straße. Am November v. J. erlitten er ebenfalls mit einem Mercedes in der Hand am Schalter eines Autos am Zoo. Die Kofferlerin glaubte an einen geplanten Heberfall und rief um Hilfe. Der Bursche wurde ergriffen und bestritt, einen Raub geplant zu haben. Er hatte die Waffe, wie festgestellt wurde, aus einem Auto in der Joachimsthaler Straße gestohlen und wollte sie an die Kofferlerin verkaufen. Müller ist schon öfter in einer Anstalt gewesen, aber immer wieder entlassen worden. Er kann zwar nicht fahren, aber auch kein Auto stehen lassen, das er ohne Aufsicht sieht. Den Privatwagen, den er gestohlen führte, holte er kurz vorher einem Kameradengänger vor dessen Wohnung gestohlen. Der Führer wollte verreisen. Sein Chauffeur war in die Wohnung hinaufgegangen, um Gepäck zu holen. Diesen Augenblick benutzte Müller, um mit dem Wagen zu verschwinden. Das ist der achte Wagen, den er gestohlen hat. Hoffentlich wird der gemeingefährliche Bursche nun einer Anstalt übergeben. Strafe würde bei ihm doch nichts nützen.

Umtausch des „König-Wilhelm-Turms“.

Ein von der Stadtverordnetenversammlung im Oktober 1928 gefasster Beschluß ersuchte den Magistrat, den im Grünwald auf dem Koroberg an der Havel stehenden Aussichtsturm künftig „Grünwaldturm“ zu nennen. Die Vermählung des Königs mit der Prinzessin Cecilie, die vor einigen Jahrzehnten diesen Turm errichtete, nannte ihn damals „König-Wilhelm-Turm“. Jetzt hat die Verwaltung der Stadt Berlin darüber zu bestimmen, ob jener Name beibehalten werden soll oder nicht. Der Magistrat will dem Erlaß der Stadtverordnetenversammlung folgen und hat die Umtauschung in „Grünwaldturm“ beschlossen.

Die Beisetzung Hünfelds.

Unter starker Anteilnahme ihm nobelstehender Bevölkerungsschichten fand gestern die Beisetzung des verstorbenen Oceanlegers von Hünfeld statt. Auf dem Westendfrankenhaus, von wo die Leiche nach dem Dom in der Nacht zum Sonnabend übergeführt war, wohin die schwarze und die schwarze preussische Fahne holmalt. Im Dom hielten die Flieger Hermann Raehl, Rißler, Laake und der aus Irland herübergekommene Oberst Frimaurice die Totenrede. Nach der kirchlichen Feier, an der Vertreter des Reichspräsidenten, der Regierung, der Kommunalbehörden und der Diplomatie teilnahmen, wurde der Sarg zum Giebliger Friedhof übergeführt und dort beigesetzt. Viele Kränze mit Schleifen in den Farben des Reiches und

Das Urteil gegen „Immertreu“

10 und 5 Monate Gefängnis für Leib und Las.

Das Schöffengericht verurteilte gestern Nachmittag den Angeklagten Leib wegen einfachen Landfriedensbruchs in Tateinheit mit Raubhandel zu 10 Monaten Gefängnis, den Angeklagten Las wegen einfachen Landfriedensbruchs zu 5 Monaten Gefängnis. Beiden Angeklagten wurde je ein Monat der Untersuchungshaft angerechnet. Die übrigen sieben Angeklagten wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen.

Nach der Urteilsverkündung wurde von Amtsgerichtsrat Sponer der Beschluß des Gerichts verlesen, daß der Angeklagte Las, der zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, aus der Haft zu entlassen sei und daß der Haftbefehl gegen ihn aufgehoben werde. Dagegen soll der Angeklagte Leib, der nach Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft noch neun Monate Strafe zu verbüßen hat, nur gegen Stellung einer Kaution von 500 Mark freigelassen werden. Darauf traten sofort nach der Sitzung die Vereinsfreunde von Leib zusammen und veranstalteten unter sich eine Sammlung, durch die sie sofort die Kautionssumme aufbrachten, die an der Gerichtskasse hinterlegt wurde, so daß Leib ebenfalls im Laufe des gestrigen Nachmittags auf freien Fuß gesetzt werden konnte. Die von dem Verteidiger Höhnes beantragte Aufhebung der Verteidigungskosten auf die Staatskasse und die Zustimmung einer Entschädigung für unschuldig erklarte Untersuchungshaft wurde vom Gericht abgelehnt. Aus der Verhandlung sei Höhnes nicht als unschuldig hervorgegangen, sondern er sei wie die übrigen mitterurteilten Angeklagten lediglich mangels ausreichenden Beweises freigesprochen worden. — In der

Urteilsbegründung führte Amtsgerichtsrat Sponer aus, es sei einmündig festgestellt, daß die Zimmereute sich nach der ersten Schlägerei Unterstützung erbitten hätten. Die Maurer seien nicht als harmlose Passanten herübergekommen, sondern zur Hilfeleistung. Zu gleicher Zeit aber seien in Autos und auf andere Weise in dem gegenüberliegenden Lokal von Konhut, in dem sich die „Immertreu“-Leute versammelt hatten, eine große Zahl von anderen Personen eingetroffen, so daß das Lokal gedrängt voll war. Das Erscheinen der Maurer war das Signal zum Überfall. Zwischen den beiden Vorfällen bestände ein Zusammenhang, was aus den Radreifen und der Aufforderung, den Ring anzurufen, hervorgehe. Auch der Überfall des Maurers, der von der Straßenbahn heruntergeholt wurde, sei als ein Anhängsel der anderen Vorgänge zu betrachten. Das Vorkommen eines Landfriedensbruchs sei damit erwiesen. Dagegen habe sich kein Anhalt dafür erbringen lassen, daß der Verein „Immertreu“ von vornherein geplant hat, Schulnies aus dem Justizlokal mit Gewalt herauszuholen, und daß die Teilnehmer der Expedition schon Waffen mitgebracht hätten. Durch die Verhandlung sei es nicht gelungen, die Tendenzen des Vereins „Immertreu“ einwandfrei festzustellen. Zweifellos bestände aber zwischen den Vereinen des Ringes eine Interessengemeinschaft. Zwischen den Leuten im Lokal und der Menschenmenge, die sich zusammengedrängt hatte, bestand eine Verbindung, und es bestand auch die Absicht, Gewalttätigkeiten zu verüben, denn es wurde geschossen, und es wurden Scheiben eingeschlagen. Damit lag zweifellos Landfriedensbruch vor.

Trankens, sowie in den Vereinsfarben des „Stahlhelm“ und anderer Verbände wurden niedergelegt. Zahlreich aufgeholene Polizei sorgte für die notwendigen Abperzungen, die ohne Reibungen durchgeführt werden konnten. Leider lag die Anwesenheit vieler rechtsradikaler Abordnungen die Trauerfeier für den toten Flieger, der sich durch seinen persönlichen Mut und seine freundschaftlichen Neben auch bei Andersdenkenden Sympathien zu gewinnen verstanden hatte, zum Teil in eine parteipolitische Veranstaltung um.

Rohlenzulage für Notleidende.

Ein von der Stadtverordnetenversammlung eingeleiteter Ausschuß zur Prüfung der Frage einer Erhöhung der Kohlenzulage für Erwerbslose und für Unterhaltungsempfänger hat beschlossen, der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluß zu empfehlen: Die Versammlung erlaube den Magistrat, in Anbetracht der ungewöhnlichen Kälte den bisherigen Kohlenempfängern eine Sonderzulage von Kohlen für den Monat Februar in der Höhe des erhaltenen monatlichen Quantum zu verabfolgen.

Eine unangebrachte Herabsetzung.

In der „Vossischen Zeitung“ vom Freitag hat ein sonst ernst zu nehmender Schriftsteller sich über den Berliner Osten ausgesprochen. Man liest dort mit Erstaunen Sätze wie: „Als zur Jannowbrücke etwa reichs das Berlin, das wir kennen und in dem wir leben. Dahinter beginnt eine fremde Stadt, es beginnt das, was der Bürger mit Grunda als Unterwelt bezeichnet.“ Der Mann scheint in seinem Berliner Leben noch nicht weit gekommen zu sein, denn sonst müßte er wissen, daß es sich hier um Stadtviertel des Ältesten Berlin handelt, die nach dem Plane des Oberbürgermeisters und der „Vossischen Zeitung“, die ihn in diesen Fragen besonders unterstützt, zur neuen Berliner City geschlagen werden sollen.

Wenn aber in der letzten Zeit der Umkreis des Schlesiens Bahnhofes durch die bedauernden Dezember-Vorgänge in der Dessenlichkeit als verrufen hingestellt wird, so wollen wir doch daran erinnern, daß die etwa 40 Gannovenervereine, die es in Berlin gibt, in allen Bezirken beheimatet sind. Sie haben ihre Feste und Vergnügungen im „feinsten“ Westen (sogar am Kurfürstendamm) ebenso wie im Osten und Norden. Im Interesse der Arbeiterbevölkerung, die in übergroßer Mehrheit im Berliner Osten wohnt und sich schwer kämpfend ehrlich durchschlägt, sind die Wendungen der „Vossischen“ entschieden zurückzuweisen. Die Verallgemeinerung, die auf die gesamte Arbeiterbevölkerung des Berliner Ostens die Bezeichnung „Unterwelt“ ausdehnt, zeugt nicht von politischem und sozialem Verantwortungsbewußtsein. Weiterhin sei aber auch darauf verwiesen, wie schwer es der Kommunalverwaltung auf diese Weise gemacht wird, in der Dessenlichkeit Anerkennung für ihre durchgreifende soziale Arbeit zu erringen. Gerade in diesen Stadtvierteln hat es doch die Bezirksverwaltung bereits durch Beschlagnahme zweifelhafter Quartiere für Wohnungszwecke, durch Verweigerung der Schankkonzessionen, wo sie offensichtlich der Völlerei und dem Verbrechen dienen würden, verstanden, in weitem Maße eine Befreiung des Bezirks von dunklen Erbsen zu erwirken!

Die Stadtverordneten haben ihre nächste Sitzung am Donnerstag um 16 Uhr. An der Spitze der wieder sehr reichlichen Tagesordnung steht die Fortsetzung der Debatte über die Fürsorgeerziehung.

Tragödien im Eis.

Die nordische Fischerei auf schwerste betroffen.

Am 31. Januar machten sich, wie der „Revaler Boten“ berichtet, vier Seeleute im Motorboot „Alba“ aus „Reval“ nach Brangelsholm auf. Unterwegs wurden sie auf dem Meere von einem starken Sturm überfallen, wobei das Boot von den Wellen in die Nähe von Kapserwiel abgetrieben wurde. Hier blieb es im Eise stecken. Zwei Mann der Besatzung starben infolge der Kälte, die beiden anderen versuchten, das feste Land zu erreichen. Einer von ihnen konnte in völlig erschöpftem Zustande von den östlichen Bewohnern und Grenzwachtern an Land befördert werden. Der zweite wurde mit einem Schlitten eingeholt, er starb jedoch bald darauf. Die „Alba“ hatte, wie bemerkt wird, den Hafen heimlich verlassen, nachdem ihr von der Hafenbehörde die Erlaubnis verweigert worden war.

Ein Fischer aus Raugern war auf das zugefrorene Meer hinausgegangen, um die Eisverhältnisse zu prüfen. Er kehrte nicht zurück, und die Nachforschungen sind vergeblich gewesen. Es ist deshalb anzunehmen, daß der Fischer in eine Eispalte geraten und ums Leben gekommen ist.

Der anhaltende scharfe Frost, der die dänischen Inseln völlig mit einem Eispanzer umgibt, wächst sich zu einer Katastrophe für die dänische Fischerei, der große Teile des Volkes angehören, aus. Gerade in dieser Zeit sollten die Fischer ihre Hauptverdienste haben, aber schon seit Wochen liegt die Fischerei der Inseln vollkommen still. Die Fischer haben überhaupt nichts zu tun, und die gefangenen Fischbestände sind längst verbraucht, so daß fast nicht ein einziger Fisch mehr im Handel zu haben ist. Nur in Nord- und Westjütland haben die Fischer noch Gelegenheit, aufs Meer hinauszufahren. Für alle Inselfischer bedeutet das Stillliegen eine Katastrophe, deren Ende überhaupt noch nicht abzusehen ist.

Der Familienmörder gesteht.

Wie die Landeskriminalpolizei Götting mittelst, hat der Massenmörder von Rahen, der 17-jährige Dienstknecht Miersch, am Sonnabend Nachmittag ein Geständnis abgelegt. Die Hauptschuld an der Mordtat schob er auf einen Mitsäter, den Landwirt Johann Sora aus Rahen, dessen völlige Unschuld aber inzwischen nachgewiesen worden ist. Bei Miersch wurden außer dem Fahrrad des Ermordeten und einem ledernen Geldbeutel mit Inhalt noch ein Trauring und drei Uhren gefunden.

GGG-Lagerhaus in Chemnitz eingestürzt.

In der Nacht zum Sonnabend entstand in der Fabrik der Großhandelsfirma deutscher Konsumvereine in Chemnitz ein Feuer. Aus einem Seitengebäude schlugen meterhohe Flammen. Noch ehe die Feuerwehr eingetroffen konnte, brannte das ganze Gebäude lichterloh. In der Fabrik lagerten Wirtschaftartikel, die in Stroh verpackt waren. Durch das leicht brennbare Verpackungsmaterial hatte das Feuer schnelle Nahrung gefunden. Die Feuerwehr griff mit vier Löschzügen ein, konnte aber nur die angrenzenden Gebäude schützen. Ein Gebäude ist vollständig niedergebrannt. Der Warenschaden beträgt über eine halbe Million Mark. Das Gebäude und Warenlager waren versichert. Ein kleinerer Schaden entstand in der neben dem Brandherd liegenden Kaffeeabrik der GGG. Die Ursache des Brandes ist noch ungeklärt.

Bettstellen-Ausnahmestage

Firma besteht seit 1886.

Bettfedern-Gustav Lustig

Prinzen-Str. ECKE Sebastian-Str. Wilmsdorfer Str. 138 an der Bismarck-Str.

Messing-Bettstelle 47. Kinder-Metall-Bettstelle 16.75. Anilade-Matratze.

Mit Zudeckermatratze, 13.75. Mit Zugfedermatratze, 17.75. Mit Zugfedermatratze, 20.

Deutschlands größtes Bettenhaus.

Bogenform, mit Zugfedermatratze, 90x190 47. eine Seite abklappbar, wald lackiert, 70x140 16.75 für Kinderbettstellen von 6.25 an für große Bettstellen, 2 Stübe, mit Kalkkissen von 13.25 an

Vom Preussischen Landfreistag.

Kommunale Verfassungsreform, Finanzausgleich.

Der Gesamtvorstand des Preussischen Landfreistages beschäftigte sich mit den schwebenden Problemen der Kreisverfassung. Fragen des Finanzausgleichs, des Volksschulsystems, des öffentlichen Gesundheitswesens und ähnliche finanzpolitische Fragen wurden einer eingehenden Besprechung unterzogen. Der Vorstand beschäftigte sich auch mit der Denkschrift des Preussischen Städtetages. Es wurde beschlossen, auf die in der Denkschrift enthaltenen Angriffe demnächst in einem Memorandum zu antworten. Der Vorstand des Landfreistages bedauert, daß durch die Ausführungen in der Denkschrift des Städtetages ein Ton in die Auseinandersetzungen über ernste Probleme der Kommunalpolitik hineingetragen ist, der dem Gedanken der Selbstverwaltung nicht förderlich sein kann.

Siedlungslustige, Vorsicht!

Wiederholt ist in der Presse warnend ausgeführt worden, daß beim Erwerb neu parzellierten Geländes zur Bebauung äußerste Vorsicht anzurufen ist. Die schweren Enttäuschungen und Schädigungen vieler Siedler machen es nötig, diese Warnung zu erneuern. Vom Rathaus aus wird jetzt wieder darauf hingewiesen, daß nicht selten für das von den Siedlern zu bebauende Gelände ein amtlicher Bebauungsplan noch gar nicht vorliegt. Niemand sollte Gelände kaufen, bevor beim zuständigen Bezirksamt eine endgültige Auskunft über die Bebauungsverhältnisse eingeholt worden ist. Nur dann kann der Siedler vor der unangenehmen Uebertaschung, keine Bauerlaubnis für das von ihm erworbene Gelände zu erhalten, bewahrt bleiben. Die geringe Mühe, die ihm aus der Auskunftseinholung entsteht, schützt ihn vor Schicksal.

Gegen die Verkehrsordnung.

Die Verkehrsordnung enthält auch Bestimmungen über den Straßenhandel. So ist in einer ganzen Reihe von Straßen der Handel verboten, bei anderen sind einschneidende Bestimmungen, die gewährt werden sollen, daß durch den Straßenhandel der Verkehr nicht beeinträchtigt wird. Dadurch ist aber den Händlern die Möglichkeit genommen worden, an guten Verkaufsplätzen ihre Waren feilzubieten. Die Neuheitenverkäufer des Reichsverbandes umfassen der Gewerbetreibenden nehmen in einer Protestaktion gegen die Behinderung des Straßenhandels Stellung. Der Weiße Saal im „Kolonnenhof“ war am Freitag stark besucht, in den Referaten und in der Diskussion kam die heftige Empörung gegen diese einschneidenden Bestimmungen zum Ausdruck. Insbesondere wenden sich die Neuheitenverkäufer dagegen, daß ihnen verboten wird, auf bahn-eigenem Gelände zu handeln und daß sie eine polizeiliche Genehmigung haben müssen, wenn sie auf Märkten handeln wollen. Bisher hat das Bezirksamt einen Standbillet ausgegeben und damit waren alle Verpflichtungen des Händlers erfüllt. Die Industrie- und Handelsvereine weisen darauf hin, daß eine große Zahl von Erfindungen erst durch die Erläuterung der Neuheitenverkäufer den Weg ins Publikum gefunden hat. Weiblich die Bestimmungen, so ist damit zu rechnen, daß einmal die Neuheitenverkäufer der Wohlhabenspflege anheimfallen und auch die Neuheitenindustrie einen bedeutend geringeren Absatz haben wird. In einer Entschleunigung wurde eine mildere Auslegung der Bestimmungen der Verkehrsordnung verlangt.

Werkkonzert des Chorus.

Die kleine Bühne der Germania-Festhalle, Chausseestraße, mit ihrer wohligen Szenerie stand unter freistimmigen Chorusaufgebot. Sie reichte kaum für die Fülle der anwesenden Musiker, Sänger und Sängerinnen, und die letzte Reihe des Männerchors, die auf erhöhtem Boden stand, sich fast ausschließlich aus Kindern zusammensetzte. Ein ungemein fröhlich-lebendiges Bild: vorne das Orchester, dahinter eine große Schar weißgekleideter Mädchen und dann die gesangliche männliche Verstärkung. Unter der Leitung ihres bewährten Führers Janot Kostin wurden liebe, alte Volkslieder „Mit Blümlein ausziehen“, „Antone“ a capella gesungen, dann folgte mit Orchesterbegleitung „roher Mut“ aus Preziosa und, statt des ursprünglich vorgesehenen „Straßburgliedes“, der Kirchenchor aus „Abraham“. Immer wieder freut man sich der gutdisziplinierten Sängerschaft, deren Leistungen von dem zahlreich erschienenen Publikum auch während der gewöhnlichen Konzerte bewundert wurden. Den Abschluß des gesanglichen Programmes bildete Strauß' „Künsterleben“, viele Teile unter den Chorwerken, die die Zuhörer zu nicht endemüdem Beifall hinstiftet. Die Solisten des Abends waren Eddy Fiedler, eine Pianistin von Rang, die Chopins Es-Dur-Colonne und Schumanns „Konzert-Rhapsodie“ mit sauberer Technik und gutem Vortrag zu Gehör brachte, und Grete Hansen, die in dem Mendelssohnschen „Vortage-Finale“ ein Kabinettstück kultivierter Gesangsart hat. Nach dem Konzert hielt ein Festball die Anwesenden noch lange in fröhlicher Stimmung bezaubern.

Trepow-Sternwarte.

Wie das Planetarium im Westen der Stadt, so sorgt die Trepow-Sternwarte im Osten für Verbreitung astronomischen Wissens, freilich in anderer Weise, so daß beide Einrichtungen sich gewissermaßen ergänzen. Im Planetarium werden unabhängig vom Wetter die gesamten Himmelserscheinungen und die Veränderungen, welche

Hunde, Katzen, Kaninchen.

Als Mitglied der „Grünen Woche“ versammelten sich in den Ausstellungshallen am Kaiserdamm eine Unmenge von Hunden, Katzen und Kaninchen.

Unter den Hunden fielen vor allen anderen die Vertreter der großen Rassen auf. So viele deutsche Doggen, Bernhardiner usw. sah man selten auf einmal. Diese stolzen Kerle haben die Eignung, ein ganzes Geschäft zu bewachen, für die Eigenwohnung und selbst für das Siedlungsheim mit den kleinen Zimmern und den winzigen Gärten kommen sie nicht in Betracht. Zudem muß ein Mensch, der sich eine deutsche Dogge hält, unbedingt mit Tieren umzugehen verstehen, denn sonst wird diese Hundehaltung zur lebensgefährlichen Spielerei. Natürlich waren auch alle anderen Hunderrassen, vom Schutzhund bis zum lebenden Spielzeug, vertreten. Unter ihnen waren sehr interessant, weil sie in der Großstadt selten gesehen werden, die Kaninchenkecker, die vornehmlich von Förstern gehalten werden. Ebenso waren die Chow-Chow, die, obwohl sie aus Magdeburg kamen, einen ganz erotischen Eindruck machten, und die Skye-Terrier recht eigenartige Erscheinungen. Die letzteren sahen mit ihrem drohenden Haarbehang

aus, als ob sie ein Kostentier anhängen und in Berlin Karneval feiern wollten. — Aus dem Katzengeheiß waren die ganz vornehmen, die sogenannten Edelkatzen, zur Ausstellung erschienen. Einige von ihnen sind das anbauende Bewunderterwerden schon gewöhnt, werden sie doch von Ausstellung zu Ausstellung geschickt. Auf diese Weise sollen sie dem Menschen die Augen für die Schönheit der Katzen öffnen. Hoffentlich gelingt es ihnen, auf ihren Propagandafahrten, die Liebe zur einfachen Katze zu fördern, denn das wäre nötig. Edelkatzen sind nämlich, soweit sie überhaupt verkauflich sind, ziemlich teuer, fordert man doch 50 M. und noch mehr für das Exemplar. — Dabei wurden große Wildkaninchen, über 10 Pfund schwer, als richtige Ruffiere für 16 M. das Stück verkauft. Die Kaninchenausstellung war überhaupt eine wahre Schenkwürdigkeit. Von jeder Rasse, mochte es sich nun um die bunten Japaner, die perlglänzenden Wasta oder die schneeweißen Riesen handeln, gab es Prachtexemplare zu sehen. Eine 67jährige altjüngstehende Frau erschien von weither mit einem Kinderwagen, um ihre 14 prächtigen Angorakaninchen nach der Ausstellung zu bringen. Sie hatte nichts als ihre Tiere, die sie redlich und mit Verständnis pflegte.

Für die Frauenfeierstunde

am Sonnabend, 16. Februar, 19 1/2 Uhr, in der Stadthalle, Klosterstraße, sind nach Karten zum Preise von 30 Pf. das Stück im Frauentheater, Lindenstr. 2, Hof 2 Treppen, Zimmer 33, zu haben

am Sternenhimmel im Laufe eines Monats, eines Jahres und auch mehrerer Jahre sich vollziehen, in naturgetreuer Nachbildung bald rascher, bald langsamer vorgeführt, in Trepow kann man, allerdings nur bei klarem Himmel, einige markante Erscheinungen selbst beobachten. Kürzlich zeigte das Riesenfernrohr den Besuchern den strahlenden Planeten Jupiter, auf dessen Scheibe deutliche Streifungen wahrzunehmen waren. Rechts von ihm — in Wirklichkeit links, da das Fernrohr die Bilder umkehrt — standen vier Lichtpunkte, die vier nächsten seiner neun Monde, die zum ersten Male vor fast 30 Jahren Galilei in dem damals eben erfundenen Fernrohr erblickte. Dieses „Sonnenystem im Kleinen“ galt ihm als eine überaus wichtige Bestätigung von der Wahrheit des kopernikanischen Weltsystems, für dessen Anerkennung er gekämpft und gelitten hat. Im Vortragsaal der Sternwarte sprach Frau Dr. von Schulze-Gäevernig über „Die Ursprünge unseres Weltbildes“. Sie führte die Hörer in fesselnder Weise von dem mythischen Denken über Erde und Welt zu den Anfängen der astronomischen Erkenntnis bei den Babyloniern, Ägyptern und Griechen.

Stala im Februar.

Ein gutes, künstlerisches Programm, aber ohne besondere Überraschungen. Con Colleaus vollführt allerlei Waghalsigkeiten auf dem Deckel und seinen Vorder- und Rückwärtsfalls den macht ihn sicher so schnell keiner nach. Barbara La Mar ist eine Kontorfonistin von hohem Rang. Mit spielerischer Grazie und Geschick dirigiert sie Kopf und Gliedmaßen, wohnt sie ihr gerade befeht. Drei marie Regier, die 3 C. D. des. streppen mit Virtuosität im grauen Cat und Hornbrille. Amas, der Mann mit dem Kartentrick, läßt hinter überdimensionalen Spielkarten seine Assistentin unentwegt den Platz wechseln. Schließlich läßt er sie durch Revolverlauf ganz verschwinden und hält an ihrer Stelle einen Korb in Händen. Dom Stajas wohlgepflegte schöne Stimme schwebt im höchsten Piano und ihre prächtigen Kostüme geben den würdigen Rahmen. Trotzdem hat diese an sich hochkünstlerische Leistung im großen Saal nicht den starken Erfolg, weil das Publikum eben mehr auf das lebendige, wechselnde Bild, als auf das Sehen, reagiert. Herbert und Schüller sind ein paar lustige Wandermusikanten, Fresco und Campo Ionioe Gespieler. Sidney Tracen und Bessie Han, ein Tanzpaar, dessen wohlgeschulter Beine leider weder Neues, noch Apartes zu sagen wissen. Herzerquickend in ihrer drohenden Biederkeit die 4 Bronnells, Cloms im Stile der Fratellinis.

Elite-Sänger. Das Februar-Programm der Elite-Sänger am Kottbuser Tor bringt als Einleitung ein Potpourri von Bernhard Croë, in dem die Sänger Gustav Kieß und Kurt Hohentels besonders gut hervortreten. Eugen Beders singt das Lied eines „Junggesellen“, das besonders bei den anwesenden Unbeweihrten lebhaften Beifall findet. Als „Schwarzwaldbädel“ spielt Hans Kne, als Gast „Emil Stein, das langende Unikum“, der Mann, der schäblich keine Knochen hat. Damit auch die liebe Schupo nicht zu kurz kommt, gibt der unermüdete Schorsch Ruffeli ein hübsch belächeltes Intermezzo „Hermittinchen“ von Max Neumann zum besten. Der zweite Teil des Abends bringt eine musikalische Einrichtung von Bernhard Croë „Das Volkliederbuch“, indem der Sprecher Max Neumann seine Zuhörer mit seinen Worten an Herz greift und für sich gewinnt. Schorsch Ruffeli als lässliche Lyze hat eine treffliche und gut gelungene Parodie „Wenn der weiße Hühner wieder blüht“. Als Abschluß folgte eine an Vermittlungen reiche Original-Burleske von Max Neumann, „Hermanns“ genannt, in der die Mitspieler ihr Bestes gaben. Alles in allem ein gut gelungener Abend!

Ein neues Bautrocknungsverfahren.

Bisher litt die Bautätigkeit, besonders während des Winters, durch das langsame Trocknen der Neubauten. Bei den Bauten vor dem Kriege mochte man diesem Umstand wenig Bedeutung bei. Man nannte die ersten Mieter in einem Neubau auch „Trockenwohner“, weil sie oftmals für einen vollständigen Wasserlaß während der ersten Monate die Wohnungen trocken wohnen. Heute, wo bei dem teuren Baugeld Zeitverlust auch Geldverlust bedeutet, kommt das neue Bautrocknungsverfahren in Anwendung. Das der Presse an einem Neubau des Kaiser-Wilhelm-Instituts in Dahlem von der „Debau“-Gesellschaft vorgeführt wurde. Während man sich sonst behelfsmäßig mit offen aufgestellten Kofstörben in den Neubauten begnügt, die wegen ihrer gesundheitsschädigenden Gefahren für die Bauarbeiter und wegen ihrer Feuergefährlichkeit verboten sein sollten, wird hier auf einem fahrbaren Herd, der vor dem Neubau aufgestellt nimmt, die Heißluft mittels gewaltiger Röhren in den Neubau hineingedrückt. Es genügt, daß man bei der technischen Konstruktion des Ofens darauf hinweist, daß sämtliche Kohlenoxydgase, die zu schweren Vergiftungen führen, aus der Heißluft entfernt werden. Lediglich ein leichter Schwefeldunst macht sich bemerkbar. Der abgeklärte Bau wird unter Ueberdruck gesetzt, so daß die heiße, kohlenstoffhaltige Luft durch das Mauerwerk nach außen getrieben wird. Hierbei verdunstet die das mechanisch anhaftende Wasser, verursacht das schnelle Abbinden des Mörtels und verdrängt das dadurch entstehende Wasser ebenfalls. Nach den Ausführungen des Dipl.-Ing. Bösch bei der praktischen Vorführung trocknet ein Neubau in vier bis acht Tagen vollständig aus. Die Bauten können also drei bis vier Monate früher als sonst bezogen werden, was die Kosten für die Austrocknung um ein Vielfaches aufwiegt.

Johann-Strauß-Konzert in der „Neuen Welt“. Vor vollem Hause dirigierte Johann Strauß aus Wien, ein näher Bekanntes der „Waltzkönige“, das Berliner Konzertorchester im großen Saal der „Neuen Welt“. Als Einleitung gelangte die Duvertüre zur Oper „Eine Nacht in Venedig“ zu Gehör, dann folgten liebe bekannte Melodien, Duvertüre zum „Alpsenerbaron“, „Geschichten aus dem Wiener Wald“, „Hibernians“ und „In der schönen blauen Donau“. Zum Schluß kam der „Radejitz-Marsch“. Ehemaliger Beifall dankte dem Dirigenten, der veranlaßt wurde, immer noch neu zu wiederholen. Am kommenden Mittwoch, dem 13. Februar, findet ein zweites großes Johann-Strauß-Dirigenten-Gastspiel im gleichen Saal der „Neuen Welt“ statt, es nennt sich „Wiener Operettenabend“. Anschließend daran kommt dann das übliche große Bodentier, das durch Belustigungen aller Art, Bräutereien usw. das Publikum in stimmungsvolle Hochstimmung versetzt.

Konsumgenossenschaftlicher Frauenlehrgang. Am Montag, dem 11. Februar, in der Aula des Leibniz-Gymnasiums, Berlin SO, Mariannenplatz 27/28, spricht Heinrich Peus, M. d. R., über „Gemeinwirtschaftliche Kapitalbildung“. Die Teilnahme am Kursus steht allen an der Genossenschaftsbewegung interessierten Frauen offen und ist völlig kostenfrei. Die Vorträge werden unweicht von musikalischen Darbietungen. Beginn der Veranstaltung 7 1/2 Uhr abends.

Machen Sie doch Ihre Lädre selbst!

Es macht Ihnen Freude, Sie sparen Geld, und Sie wissen, was Sie trinken, aber nur, wenn Sie die echten Reichel-Essenzen verwenden. So können Sie auch den köstlichen Likör für wenig Geld kennenlernen und probieren. Reichel-Essenzen sind in Drogerien und Apotheken zu haben, daselbst auch Dr. Reichels Rezeptbuchlein umsonst, wenn Sie zergriffen, kostenfrei durch Otto Reichel, Berlin SO, Eisenbahnstr. 4.



Knaben-Halbschuhe
bequeme Form, weiche Sohle, Gr. 36-40

Für Knaben:

- Rindbox - Knaben - Stiefel 8 90
- bequeme Form Gr. 36-40
- Boxcalt-Knaben-Stiefel 10 90
- schöne Ausführung Gr. 36-40
- Eleg. Lack-Halbschuhe 11 90
- moderne Form Gr. 36-40
- Boxcalt-Halbschuhe 12 50
- besonders gute Qualität Gr. 36-40
- Lack-Halbschuhe 14 50
- elegante Form Gr. 36-40

Eltern es naht

der Einsegnungstag Eurer Kinder

Reiser

- Damen-Strümpfe, seidene, besonders feinmaschig, mit Doppelsohle und Hochrücken, schwarz und alle Modifarben 1 25
- Damen-Strümpfe, Domburg-Feide und klein, Waschmode, weiche, elastische u. deucht, Qualität, m. l. 2 05
- Herren-Strümpfe, schwarz, weiche u. alle mod. Farb. u. 2 05
- Herren-Socken, in Seidenstoff, m. Doppelsohle, extra starke Qualität, schwarz, grau, mode 1 55
- Herren-Socken, künstliche Feide, mit Flor, plattiert, besonders halber, schwarz und farbig 1 40



Elegante
Lackschuhe
besonders gute Qualität, Gr. 36-40

- Für Backische:
- Boxcalt-Spangenschuhe 10 90
 - mit h. Lecher Kappe u. Troddelsohle, Gr. 36-40
 - Lack-Spangenschuhe 10 90
 - mit echtem Louis-XV.-Absatz, feuchte Form
 - Lack-Pumps die große Mode, zu allem passend, mit Louis-XV.-Absatz
 - Pumps-Spangenschuhe 12 50
 - mit weichen Gummisohle, m. Kommissarsohle

Das größte Schuh-Spezialhaus mit der größten Auswahl Berlins

Wochenprogramm des Berliner Rundfunks.

Sonntag, 10. Februar:

8.35: Stundenglockenspiel der Potsdamer Garnisonkirche. 9: Morgeneier. 11.30: Vormittagskonzert. 13.30: Die moderne Schachpartie. 14.30: Für den Landwirt. 15.30: Märchen. 16: Finnland im Winter. 16.30: Bühnensterne auf der Schallplatte. 17: Fremdsprachliche Vorträge. 18.30: Die Beziehungen zwischen Löhnen, Preisen und Konjunktur. 19.30: Das Wunder des Fernempfangs. 20: Abendunterhaltung. 21: Lieder. 21.30: Der Schriftsteller. Danach: Tanzmusik.

Deutschlandsender:

20: Unterhaltungsmusik.

Montag, 11. Februar:

13: Übertragung des Kölner Karnevals. 15.30: Masse und Persönlichkeit. 16: Die Jagd in ihrer Beziehung zu Tier- und Naturschutz. 16.30: Konzert. 17.30: Richard Huelsenbeck liest aus seiner Novelle „Afrika in Sicht“. 18.15: Sprachliche Plaudereien. 18.30: Englisch für Anfänger. 19: Neue Beamtenausschüsse in der Schutzpolizei. 19.30: Die Stellung der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt. 20: Sendespiele: „Rosenmontag“ von Otto Erich Hartleben. 21.15: Übertragung von der Redoute im Löwenbräukeller, München. Danach: Tanzmusik. 6.30: Nachtmusik.

Dienstag, 12. Februar:

12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. 13.30: Internationale Wasserballspiele. 16: Stunde mit Büchern. 16.30: Hugo Ball. 17: Unterhaltungsmusik. 18.30: Matthias Grünewald. 19: Die kontinentalen Fernsprechnetze der alten und neuen Welt. 19.30: Sozialpolitische Umschau. 20: „Pi-Pa-Po“, Fastnachtball in einem Berliner Atelier.

Mittwoch, 13. Februar:

15.30: Briefmarkensammlungen als Ausstellungsobjekt. 16: Neuezeitliche Staats- und Gesellschaftstheorien. 16.30: Jugendbühne. 17: Unterhaltungsmusik. 18.10: Das Geheimnis der Dräsen. 18.30: Volk und Recht. 19: Eldorado — die Heimat der Deutschen in Argentinien. 19.30: Die Rationalisierung des Wirtschaftslebens. 20: „Faust-Szenen“ für Solostimmen, Chor und Orchester von Robert Schumann. Anschließend: Tanzmusik.

Donnerstag, 14. Februar:

12.30: Die Viertelstunde für den Landwirt. 13.30: Die amerikanische Völkerstraße. 16: Die Weltanschauung großer Dichter. 16.30: Konzert. 17.30: Rezitationen. 18.30: Probleme der Weltwirtschaft. 19.30: Übertragung Oper am Platz der Republik: „Hofmanns Erzählungen“, Oper von Offenbach. Danach: Tanzmusik.

Freitag, 15. Februar:

15.30: Moderne Verkaufstragen. 16: Die Sportschau des Monats. 16.30: Lieder zur Laute. 17: Unterhaltungsmusik. 18.10: Fremdsprachliche Vorträge: Spanisch. 18.35: Logisches und magisches Denken. 19: Chemie des täglichen Lebens. 19.30: Der Beruf des evangelischen Geistlichen. 20: Mozart. 21: Günstige Berufsaussichten. 21.30: Literatur der Gegenwart.

Deutschlandsender:

21.30: Konzert.

Sonnabend, 16. Februar:

15.30: Von deutscher Kulturarbeit in China. 16: Medizinisch-hygienische Plauderei. 16.30: Hermann Stehr zum 65. Geburtstag. 17: Unterhaltungsmusik. 18.30: Krisenunterstützung und Wohlfahrtspflege. 19: Musik im heutigen Weltbild. 19.30: Die junge Generation. 20: Mit dem Mikro durch Berlin. 21: Übertragung Wellenbad Lenapark: Länderwasserballspiel. Danach: Tanzmusik.

Deutschlandsender:

20: Die Stunde des Landes. 21: Orchesterkonzert.

Königswusterhausen.

Sonntag, 10. Februar:

Ab 8.35: Übertragung aus Berlin. 15.30: Übertragung aus München. 16: Nationalhymnen der Völker. 16.30: Übertragung aus Berlin. 19: Schloßen und Schloster. 19.30: Ernst Bertram. Ab 20: Übertragung aus Berlin.

Freie Sozialistische Hochschule

Sonnabend, den 16. Februar, 19¹¹ Uhr, im Sitzungssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3

Vortrag der Genossin Wally Zepher:

„Wegweiser zum Sozialismus“.

Karten zum Preise von 50 Pfennig sind an folgenden Stellen zu haben: Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Arbeiterjugend Groß-Berlin, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen; Buchhandlung J. H. W. Dietz Nachf., Lindenstr. 2; Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65; Deutscher Holzarbeiter-Verband, Am Kölnischen Park 2; Verband der graphischen Hilfsarbeiter, Ritterstraße Ecke Luisenufer; Zigarrengeschäft Horsch, Engelufer 24-25; AIA-Ortskartell, Engelufer 24/25, Gewerkschaftshaus; Verlag des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker, Dreilindstr. 5; Zentralverband der Angestellten, Belle-Alliance-Str. 7.

Montag, 11. Februar:

16: Französisch (kulturkundlich-literarische Stunde). 16.30: Übertragung aus Berlin. 17.30: Rationelle Freizeitgestaltung. 18: Humor im Lied. 18.30: Englisch für Anfänger. 18.55: Henry Ford und die Landwirtschaft. 19.30: Werkmeisterlehrgang für Facharbeiter. Ab 20: Übertragung aus Berlin.

Dienstag, 12. Februar:

16: Jugendpsychologie und Bildungsarbeit. 16.30: Übertragung aus Leipzig. 17.30: Die wichtigsten Hausschädlinge und ihre Bekämpfung. 18: Moderne Hausmusik für Klavier. 18.30: Französisch für Anfänger. 19: Der Fernsprecher bis zum Weltkrieg. 19.25: Der deutsche Süden. Ab 20: Übertragung aus Berlin.

Mittwoch, 13. Februar:

16: Lektüre einer englischen Zeitung in Untersekunda. 16.30: Übertragung aus Hamburg. 17.30: Das Verhältnis von Sozial- und Wirtschaftspolitik. 18: Hermann Burte zum 50. Geburtstag. 18.30: Französisch für Fortgeschrittene. 18.55: Werkmeisterlehrgang für Facharbeiter. 19.20: Einführung in das Verständnis von Musik. Ab 20: Übertragung aus Berlin.

Donnerstag, 14. Februar:

16: Hygiene der Straßen für kranke Kinder. 16.30: Übertragung aus Berlin. 17.30: Die Zuständigkeit der Arbeitsgerichte. 18: Schweizer Dichter. 18.30: Spanisch für Fortgeschrittene. 18.55: Zeitgemäße Betrachtungen über die Förderung deutscher Moorkultur in Vergangenheit und Zukunft. Ab 19.30: Übertragung aus Berlin.

Freitag, 15. Februar:

16: Berufsberatung. 16.30: Übertragung aus Leipzig. 17.30: Der Transfer und seine Bedeutung. 18: Wie liest man philosophische Texte. 18.30: Englisch für Fortgeschrittene. 18.55: Werkmeisterlehrgang für Facharbeiter. 19.20: Wissenschaftlicher Vortrag für Aerzte. 20: Übertragung aus Berlin. 21: Von Taylor bis zu Hoover. 21.30: Deutschlandsender: Konzert. 22.45: Bildfunkversuche.

Sonnabend, 16. Februar:

16: Aus dem Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. 16.30: Übertragung aus Hamburg. 17.30: Die Zukunft der Wartungsbeamten. 18: Studienreise junger Arbeiter ins Ausland. 18.30: Spanisch für Anfänger. 18.55: Nordafrika. 19.20: Die musikalische Grundlage im Leben unserer Zeit. 20: Deutschlandsender: Stunde des Landes. 21: Konzert. Ab 22: Übertragung aus Berlin.

Hast Du irgendwo ein Laster, vergesse Kwiet'sche Pflaster
Jedoch achte dabei immer auf den Patentschutz „Schlimmer Finger“. Seit 80 Jahren käuflich in Apotheken à 45 Pf. Gutachten über Furunkel, Rheuma, Kniefleiden
gratis durch Hans Kwiet's Pflaster-Fabrik, Berlin, SW 6, Alexandrinenstraße 29a.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königsstraße Rosenthaler Str. Moritzplatz



In allen 4 Geschäften
ROSENTHAL-PORZELLAN
Allerverkauf für Berliner Warenhäuser

Glas Porzellan Steingut

EXTRA-PREISE Montag bis Mittwoch

Weiß Porzellan mit Fehlern

Speiseteller flach . . .	28 Pf.	tiefl . . .	38 Pf.
Dessertteller	18 Pf.	Terrine	1 95
Kartoffelschüssel	95 Pf.		
Sauciere	85 Pf.		
Salatieren	60 Pf. bis	1 25	
Beilageschale	38 Pf.		
Kompottschale 10 cm Durchmesser	18 Pf.		
Ovale Platten	65 Pf. bis	1 75	
Kaffeekannen	45 Pf. bis	95 Pf.	
Milchtöpfe	38 Pf. bis	75 Pf.	
Teekannen	55 Pf. bis	1 15	
Zuckerdose 10 Kuchenteller	30 Pf.		

Für Gastwirtschaften:
Tassen halbstark
Halbporzellan 22 Pf.

Steingut

„Margot“, Handmalerei

Schalentasse	65 Pf.
Kaffeekannen 1.45 bis 2.95	
Teekannen	1.70 1.95
Zuckerdosen	85, 95 Pf.
Milchtöpfe	70 bis 80 Pf.
Kuchenteller	1.45
Brotkorb	1.95
Butterdosen 75 Pf. mit Teller	1.60
Teller tief od. flach	42 Pf.
Dessertteller	32 Pf.
Kompotteller	25 Pf.
Platten oval	1.70 bis 2.95
Sauciere	2.15
Terrinen	4.30 6.45
Kartoffelschüssel mit Deckel	3.15
Salatschüsseln rund	60 b. 85 Pf.

Harsteingut

mit kleinen Fehlern

Speiseteller tief u. flach, weiß	18 Pf.
Dessertteller weiß	12 Pf.
Kompotteller weiß	8 Pf.
Speiseteller tief u. flach, bunt	24 Pf.
Dessertteller bunt	18 Pf.
Kompotteller bunt	12 Pf.
Saucieren weiß u. bunt	30 Pf.
Brotplatten vierckig, weiß u. bunt	12 Pf.

Waschgarnituren

Steingut, 5 Teile
mit Fehlern, weiß 2 95 mit Poltergold od. Glanzgold 9 75

Weinglasgarnitur „Erika“

mit gravierter Kante

Likörglas	55 Pf.	Portweinglas	58 Pf.
Rot- und Rheinweinglas	65 Pf.		
Römer	75 Pf.	Sektglas	85 Pf.
Bier- und Teebecher	50 Pf.		

Bleikristall „Sonnenschiff“

Kompotteller 14 1/2 cm Durchmesser . . .	2 75
Kristall-Römer farbig	3 75
Traubenspüler	5 25
Vase 24 cm Durchm. 6 75	Schale 31 cm Durchm. 8 75

Steingut

mit Fehlern

Salatschüsseln Satz 6 Stück, weiß	95 Pf.
Tafelservice weiß, 20 Teile f. 6 Personen	5.75
Gestelle für Sand, Seife und Soda, Feinsteingut	2.75
Milchkannen bunt, Satz 4 Stück	85 Pf.
Küchenservice 22 Teile, einfarbig	7.75
Wasserkannen sort., elfenbein u. bunt, verschied. Größen	75 Pf.
Waschschüsseln elfenbeinfarbig	1.45 2.35
Waschschüsseln mit	2.25
Waschgarnituren 3 Teile, Krug u. Schüssel, bunt	3.75 mit Gold 4.95
Eimer mit Einlage u. Bügel, elfenbein	4.25

Weingläser „Gerda“, gullochierte Kante

Rotweinglas	38 Pf.
Portweinglas	36 Pf.
Likörglas	32 Pf.

Glaswaren

Bierbecher steil, versch. Gr., unsort.	10 Pf.
Bierbecher matt Band	12 Pf.
Bierkrug optisch glatt, 2 Liter	85 Pf.
Käse- od. Butterglocke geschliffen	1.15
Käseglocke gepreßt	55 Pf.
Tablett Perl., rund, 36 cm	45 Pf.
Likörglas Perl., auf Fuß, gepreßt	8 Pf.
Aschschale vierckig, 11 cm	55 Pf.
Vase blau Kunstglas	28 Pf.

Preßglasservice „Amerika“, Flächenpressung

Kompottschalen 25 bis 30 cm	1.75
Kompotteller 14 cm	25 Pf.
Kuchenteller 31 cm	1.95
Butterglocke	1.50
Käseglocke	2.40
Wasserbecher	25 Pf.

Bunt Porzellan

Frühstücksgedeck Tasse u. Teller	95 Pf.
Mokkaservice 4 Teile, für 1 Person 1.45 5 Teile, für 2 Personen 1.95	
Kaffeesevice 9 Teile, für 6 Personen	4.25 5.25
Kaffeesevice 16 Teile, für 12 Personen	13.50
Kaffeesevice 30 Teile, für 12 Pers.	29 M
Tafelservice 33 Teile, f. 6 Personen	24.50
Tafelservice 45 Teile, f. 12 Pers. u.	48 M
Tafelservice 77 Teile, f. 12 Personen	95 M
Butterdose Rosenmuster	1.95
Obstteller f. Früchte-deker	36 Pf. 48 Pf.
Tassen dekoriert	32 Pf. Goldrand 32, 48 Pf.
Frühstücksgedeck Tasse und Teller	2.50
Kaffeesevice 9 Teile, für 6 Personen	11.75
Kaffeesevice 30 Teile, für 12 Personen	33.50
Tafelservice 33 Teile, für 6 Personen	48 M
Tafelservice 77 Teile, f. 12 Persou.	125 bis 175 M

Kaffeegeschirr „Goldstreifen“

Kaffeekannen 80 Pf. bis	2.65
Teekannen	1.45 bis 2.10
Zuckerdosen	85 Pf. bis 1.25
Zuckerschale	18 Pf.
Milchtöpfe 35 Pf. bis	75 Pf.
Tasse	65 Pf.
Mokkatasse	45 Pf.
Kuchenteller	1.20
Tablett	80 Pf.
Teller	45 Pf. 65 Pf.
Butterdosen 1.25 groß	1.75
Eierbecher	20 Pf.

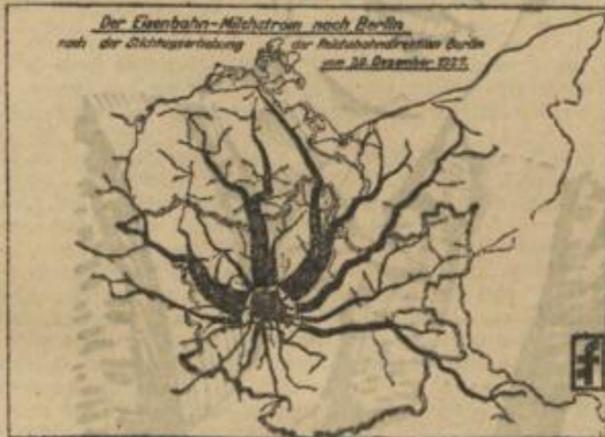
Tafelgeschirr „Flora“

Speiseteller tief u. flach	1.45
Dessertteller	85 Pf.
Kompotteller	60 Pf.
Terrinen	12 M 15.50
Kartoffelschüsseln	5.95 7.75
Sauciere	5.95
Salatschüsseln	2.40 4.50
Platten oval	2.60 3.50 5.95

Kümmert Euch um die Milch!

Krasse Mißstände in der Berliner Milchversorgung — Grundlegende Reform ist notwendig.

Im Haushalt aller Bevölkerungsklassen spielt die Milch eine sehr große Rolle, ganz besonders für die Ernährung von Kindern und Kranken. Der Berliner Milchverbrauch ist verhältnismäßig gering, denn er beträgt nur 0,20 Liter pro Kopf gegenüber 0,43 Liter in Hamburg und 0,75 Liter zum Beispiel in Bern. Immerhin aber werden tagtäglich in Berlin ungefähr 1.000.000 Liter Milch konsumiert. Obwohl die hygienische Milchversorgung einer Viermillionenstadt ein Wirtschafts- und Organisationsproblem ersten Ranges ist, herrscht gerade über die Berliner Milchversorgung bisher wenig Klarheit. Es ist daher sehr zu begrüßen, daß im vergangenen Jahre in Berlin eine Studiengesellschaft für die Milchversorgung Berlins gegründet wurde, deren Arbeitsergebnisse nunmehr in der ausgezeichneten Schrift von Dr. Karl Brandt „Der heutige Stand der Berliner Milchversorgung“ vorliegen. Das nachstehende Schaubild zeigt anschaulich, wie die Milch aus über 200 Kilometer entfernten Orten Pommerns und Westfalens in immer stärker werdenden Kanälen nach Berlin hereinströmt.



Wenn man die Wichtigkeit und den jährlichen 140-Millionenwert des Berliner Milchverbrauchs bedenkt, ja verliert es sich wohl einmal, nachzuprüfen, wie es Dr. Brandt tut, ob die Berliner Milchversorgung wirklich den Ansprüchen moderner Technik, Rationalisierung und Hygiene entspricht.

Rund 75 Proz. des Berliner Milchverbrauchs kommen nämlich teils vom Produzenten, teils von den Paktareisen per Bahn nach Berlin. Fast der ganze Rest wird von Berliner Kuhhaltungen erzeugt, nur ein kleiner Teil wird per Fuhrwerk nach Berlin gebracht. Da es an einer systematischen Organisation der Berliner Milchversorgung völlig fehlt, herrscht dauernd, und zwar im Sommer mehr und im Winter weniger, ein unvorstellbar großer Milchüberschuß in Berlin, der innerhalb der Stadt verarbeitet werden muß. Berlin

Diese dauernde „Milchschwemme“

muß als schwerer und kostspieliger Mißstand bezeichnet werden, denn die nach Berlin zur Verarbeitung gelangende Milch ist durch Transport, Handelskosten usw. derartig verteuert, daß ihre Verarbeitung nur mit Verlust möglich ist. Dieser Verlust wiederum wird auf den Milchpreis aufgeschlagen. Berlin hat es also nicht fertiggebracht, den Milchzufluß entsprechend dem Verbrauch zu regulieren und Ausgleichstellen auf dem Lande zu schaffen, wie dies in größeren Provinzstädten, insbesondere in Mannheim bereits in vorbildlicher Weise geschehen ist. Auch in der Ausnutzung der Milchwaggons, in der Einführung von Milchautowagen usw. ist die Berliner Milchversorgung gegenüber anderen Weltstädten noch als sehr rückständig zu bezeichnen.

Dabei ist die Preisspanne,

die der Berliner Milchhandel für seine Bemühungen um die Milchversorgung beansprucht, keineswegs gering. Nicht weniger als rund 50 Millionen Mark jährlich fließen für Transport, Verarbeitung, Vertrieb, und nicht zuletzt als Gewinne in die Tasche des Milchhandels. Im Verhältnis zu anderen Städten ist die Milchvertriebspanne in Berlin am höchsten. Sie betrug im Jahre 1926 pro Liter Milch durchschnittlich 11 Pf., während sie beispielsweise in Hannover, Leipzig, Würzburg und anderen Städten nur rund 8 Pf. betrug. Dabei muß erwähnt werden, daß die Berliner Konsumenten ihre Milch bei gleicher Qualität um einige Pfennige billiger verkaufen als der private Milchhandel.

Ob die Milchhandelspanne in Berlin schon verhältnismäßig hoch, so sollte man wenigstens annehmen, daß für dieses hohe Entgelt alle notwendigen hygienischen Maßnahmen getroffen werden, und daß die Milch nur in bester

Qualität

an die Berliner Verbraucherschaft geliefert wird. Das Gegenteil ist jedoch vielfach der Fall. Bereits die Tatsache, daß 60 Proz. der nach Berlin gelieferten Milch noch in Holzjässern, die in keiner Großstadt der Welt mehr für den Milchtransport verwendet werden, gebraucht werden, deutet darauf hin, daß die Milch nicht in hygienisch einwandfreiem Zustand nach Berlin kommen kann. Es kommt hinzu, daß für richtige Milchbehandlung beim Erzeuger vielfach die Voraussetzungen und Kenntnisse fehlen. Die Folge ist, daß ein Teil der Milch bereits in leicht angeäuertem Zustande nach Berlin kommt. Nach den Untersuchungen der Milchstudien-Gesellschaft befanden sich an einem Stichtag etwa 70 Proz. von 257 Milchproben bereits in starker Säuerung.

Eine weitere Folge der unhygienischen Milchbehandlung vom Produzenten bis nach Berlin ist auch der tödlich hohe Bakteriengehalt der Milch. Während in Amerika bereits Milch mit mehr als 200.000 Bakterien pro Kubikzentimeter nicht mehr als Frischmilch bezeichnet werden darf, betrug die Keimzahl der im Jahre 1926 unversehrt nach Berlin kommenden Produzentenmilch durchschnittlich 10,1 Millionen, also etwa das

Fünffache der Höchstgrenze in Amerika. Wenn auch diese Milch nach in Berlin verarbeitet wird, so wurden doch auch bei nahezu 300 Proben von Kleinverkäufsmilch bei gewöhnlicher Marktmilch ein Durchschnittsbakteriengehalt von 1,7 Millionen, bei Flaschenmilch von 1,1 Millionen festgestellt.

Groß ist außerdem der Schmutzgehalt der nach Berlin direkt vom Erzeuger eingeführten Milch. Nach Untersuchungen des Hauptgesundheitsamtes wurden im Jahre 1926 von nahezu 13.000 Proben mehr als ein Drittel als unsauber beanstandet. In stereotyper Einseitigkeit findet sich in jedem Monatsbericht des Hauptgesundheitsamtes der Satz „Der Sauberkeitszustand war wiederum außerordentlich mangelhaft, nahezu die Hälfte aller untersuchten Proben mußte beanstandet werden“. Zu einem Einschreiten gegen den Vertrieb solcher Milch haben diese Feststellungen allerdings nicht geführt, da die Kontrollstelle des Hauptgesundheitsamtes hierzu nicht befugt ist. Es scheint grotesk, daß die Milchkontrolle des Hauptgesundheitsamtes zu 80 Proz. vom Milchhandel selbst bezahlt wird. Daß die Feststellungen des Hauptgesundheitsamtes bisher keinerlei Folgen gehabt haben, dürfte mindestens zum Teil auf diese Abhängigkeit zurückzuführen sein.

Die in den über 2000 Berliner Kuhställen erzeugte Milch unterliegt überhaupt keiner ernstlichen Kontrolle.

vor allem keinem Pasteurisierungszwang. Während bei der Zufuhr von auswärtiger Milch wenigstens durch Pasteurisieren (Erhitzen) das Einschleppen von Typhusbakterien verhindert wird, kann durch die unkontrollierte Milch der Berliner Kuhställe jederzeit großes Unheil entstehen. Besonders deutlich wird das auch aus einer Stellungnahme des Berliner Gesundheitsamtes, das schreibt: „Ohne die Pasteurisierung der eingeführten Milch wäre Berlin im vergangenen Jahre kaum von einer Typhusepidemie verschont geblieben.“

Die nach Berlin eingeführte Milch hat durchschnittlich einen Fettgehalt von 2,9 bis 3 Proz. Nach zahlreichen Proben der Milchstudien-Gesellschaft wurde beim Milchverkauf ein durchschnittlicher Fettgehalt von 2,7 Proz. festgestellt. Zahlreiche Proben enthielten jedoch weniger als 2 Proz. Fett, sind also eigentlich nur Magermilch. Es muß doch sehr zum Nachdenken anregen, wo die Abnahme des Fettgehaltes der eingeführten Milch bis zum Kleinhandler zustande kommt. Es scheint dabei allerhand künstlich nachgeholfen zu werden.

So verdient das Textilkapital.

14 % Dividende bei der Augsburger Kammergarnspinnerei.

Bis es mit der angeblichen Notlage der Textilindustriellen, die jetzt zu einem großen Schlag gegen die Textilarbeiterchaft ausgeht haben, in Wirklichkeit bestellt ist, zeigt der Abschluß der Augsburger Kammergarnspinnerei. In der Aufsichtsratsitzung dieser Gesellschaft wurde beschlossen, für 1928 wiederum eine Dividende von 14 Proz. wie im letzten Jahre an die Aktionäre auszuschütten. In den vorhergehenden Jahren entwickelte sich die Dividende dieses Unternehmens von 10 über 12 auf 14 Proz.

Da Geschäftsbericht und Bilanz des Unternehmens noch nicht bekanntgegeben sind, läßt sich die Gesamtentwicklung bei der Augsburger Kammergarnspinnerei noch nicht übersehen. Es kennzeichnet jedoch die gute Lage dieser Gesellschaft hinreichend, daß es die gleich hohe Dividende wie für das Hochkonjunkturjahr 1927 auszahlen kann. Welchen bedeutenden Aufschwung die Gesellschaft in der stürmischen Konjunktur des vorletzten Jahres nahm, geht daraus hervor, daß es seine Produktion gegenüber 1926 um rund 20 Proz. und gegenüber der höchsten Friedensproduktion sogar um 24 Proz. steigern konnte. Es würde aber nicht nur an den höheren Umsätzen, sondern noch besser an den herausgehobenen Preisen verdient, denn die Umsatzziffern von 1927 lagen um 29 Proz. über denen des Vorjahres und um 160 Proz. über den Umsatzergebnissen von 1913.

Wenn die Gesellschaft in der Lage ist, für 1928 wieder die sehr hohe Dividende von 14 Proz. auszuschütten, muß es ihr im vorigen Jahre nicht weniger gut ergangen sein, obwohl auch der Aufsichtsratsvorsitzende der Gesellschaft auf der letzten Generalversammlung Anfang des vorigen Jahres die Entwicklung in der Textilindustrie sehr pessimistisch hinstellte. Die Textilarbeiter aber werden sich angesichts der herausfordernden Haltung des Textilkapitals die Abschlüsse der einzelnen Unternehmen noch weit genauer ansehen als bisher.

Ausbau der Reichskraftwirtschaft

8 Proz. Dividende. — Ueber 2 Milliarden KWh Stromerzeugung.

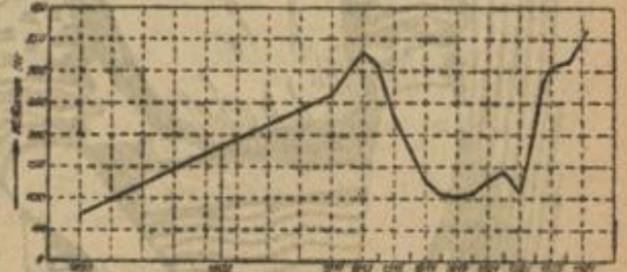
In dem jetzt veröffentlichten Geschäftsbericht der Elektrowerke A.-G., des 60 Millionen starken Reichsunternehmens, kommt der Erfolg des vor einem Jahre abgeschlossenen Elektrizitätsjahres zwischen dem Reich, Preußen und dem gemischtwirtschaftlichen Großunternehmen, der Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke A.-G., zum Ausdruck. Die Bedeutung des Abkommens vom Januar 1928 lag hauptsächlich in der Abgrenzung der Versorgungsgebiete und engerer Zusammenarbeit in den Grenzgebieten, wodurch dauernder Konfliktstoff aus der Welt geschafft und der Weg für eine rationellere Großelektrowirtschaft frei gemacht wurde.

Die anhaltende Steigerung der Stromerzeugung und des Stromablaufes hat sich im letzten Jahre kräftig fortgesetzt und in den eigenen Werken konnte die Stromerzeugung zwei Milliarden Kilowatt überschreiten. Infolge des überaus starken Strombedarfes, dessen weiteres Anwachsen nach den abgelaufenen Wintererträgen zu erwarten ist, wurde eine beschleunigte Fertigstellung der schon im letzten Jahre begonnenen Erweiterungsbauten und darüber hinaus ein weiteres umfangreiches Neubauprogramm erforderlich. Das Großkraftwerk Zschornemühl wird nach der Inbetriebnahme der Reisanlagen im Herbst

Gründliche Reform tut not!

Um den katastrophalen Zustand der Berliner Milchversorgung richtig zu schildern, reicht der Raum nicht aus. Schon die hier kurz

Die Elendskurve von 1913—1923.



Die Milchzufuhr ging auf 1/3 zurück.

fliggerten Mißstände machen eine grundlegende Neuorganisation der Berliner Milchversorgung dringend notwendig. Es ist dazu nicht nur erforderlich, daß eine obligatorische Kontrolle, Reinigung und Kühlung der Milch beim Erzeuger eingeführt und der Transport verbessert wird, sondern auch vor allem, daß die bisher zersplitterte Milchkontrolle in Berlin zusammengefaßt und ganz wesentlich verschärft wird. Die für den Aufbau einer Milchkontrollstelle in Berlin notwendigen Geldmittel sind im Verhältnis zu der durch Qualitätsmängelherbeiführung möglichen Verbrauchssteigerung und zu dem unerlässlichen Gesundheitschutz der Berliner Bevölkerung und insbesondere der Kinder nur gering.

Nach allen bisherigen Erfahrungen wird es nicht genügen, den Berliner privaten Milchhandel, der bisher verjagt hat, mit der Durchführung einer Neuorganisation der Milchversorgung zu betrauen. Vielmehr werden sich die Stadt und die Konsumentenorganisationen entscheidend in den Neuaufbau der Berliner Milchversorgung einschalten müssen. Es liegt hier wieder eins der vielen Beispiele vor, in dem sich die Privatwirtschaft als unfähig zur Lösung großer Organisationsfragen zeigt. Nur eine großzügige Milchplanwirtschaft kann die Berliner Milchversorgung auf einen Stand bringen, der modernen hygienischen Anforderungen genügt.

dieses Jahres über eine Gesamtleistung von 440.000 Kilowatt verfügen. Die gesamte installierte Leistung der Elektrowerke wird jedoch 700.000 Kilowatt betragen. Da sich die Golpa-Gruben der stehenden Stromerzeugung mit erhöhten Förderleistungen anpaffen mußten, wuchs die Braunkohlenförderung um mehr als 17 Proz. auf 4,5 Mill. Tonnen.

Als wichtigste neue Stromlieferungsverträge sind die Abschlüsse mit der Reichsbahn zur Belieferung der Stadt, Ring- und Vorortbahn und mit dem Elektrizitätswert Schlefien zu nennen. Die Stromlieferung nach Berlin wurde auf Grund eines neuen Abkommens mit der Berliner Städtische Elektrizitätswerke A.-G. erhöht und der Vertrag bis 1945 verlängert. Wesentlich beeinflusst wurde die Steigerung der Stromabgabe durch die Erweiterung des Vertrages mit der Bayerische Elektrizitätswerke A.-G. und neue Abschlüsse mit dem Jarbeitrust und dem Frankfurter Metallkonzern zur Belieferung der Bielefelder Werkanlagen dieser Gesellschaften. Auch an der Gründung der Dikraftwerk A.-G. in Cosel, das als Gemeinschaftswerk für Oberschlesien und Teile von Niederschlesien auf oberstelefler Kohle errichtet werden soll, hat sich das Reichsunternehmen beteiligt. Kon verpflichtet sich von dieser Anlage große wirtschaftliche Vorteile gegenüber der Errichtung oder dem Ausbau von Sonderkraftwerken.

Der Reingewinn erhöhte sich im letzten Jahr von 3,1 auf 5,2 Mill. Mark, nachdem 6,4 gegen 6,2 Mill. Mark abgeschrieben wurden. Da die Kosten für die neuen Anlagen im Laufe des Jahres 28 Millionen überschritten und außerdem noch fast 10 Millionen in weitere noch unerregte Neubauten gesteckt wurden, reichen die Mittel der 1928 aufgenommenen Amerika-Anleihe von 20 Mill. Mark nicht mehr zur Finanzierung des vorgesehenen Bauprogramms aus. Es wird daher das Kapital zum 1. April von 60 auf 90 Mill. Mark heraufgesetzt, wodurch der Gesellschaft bei einem Uebernahmefuß von 145 Proz. für die Biag, das Epheerunternehmen der Reichswerke, mehr als 40 Millionen neue Mittel zustehen.

Neues vom Arbeitsmarkt.

Entgegengesetzte Bewegungen in Brandenburg und in der Nordmark.

Die rückläufige Bewegung der Arbeitsmarktlage im Bezirke des Landesamtes Brandenburg hat sich in der Berichtswache (zum 2. Februar), durch die anhaltende Winterwitterung begünstigt, zwar noch weiter fortgesetzt, doch gegenüber den Vormochen verlangsamt. In der Berichtswache fiel die Zahl der Arbeitssuchenden um 4893 auf 365.134, d. h. 1,25 Proz. gegenüber einer Abnahme von 115 gleich 0,03 Proz. in der Vormache. Innerhalb des Landesamtes Brandenburg verteilten sich die Arbeitssuchenden auf Berlin mit 244.227, auf die Provinz Brandenburg mit 126.708 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 14.191 Personen. Die Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger haben sich in der Berichtswache nur unwesentlich verändert.

Im Bezirk des Landesamtes Nordmark ist die rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt immer noch nicht zum Stillstand gekommen. Die Zahl der Arbeitssuchenden nahm in der Berichtswache vom 31. Januar bis zum 6. Februar noch um 4135 auf 172.821 zu. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger stieg in der Arbeitslosenversicherung um 1420 auf 104.584 und nahm in der Krisenunterstützung um 136 auf 8500 ab. Diese Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist aber fast ausschließlich als Auswirkung des wieder stärker einsetzenden Frostes anzuspüren.



Rückenschmerzen?

Müde Hände?

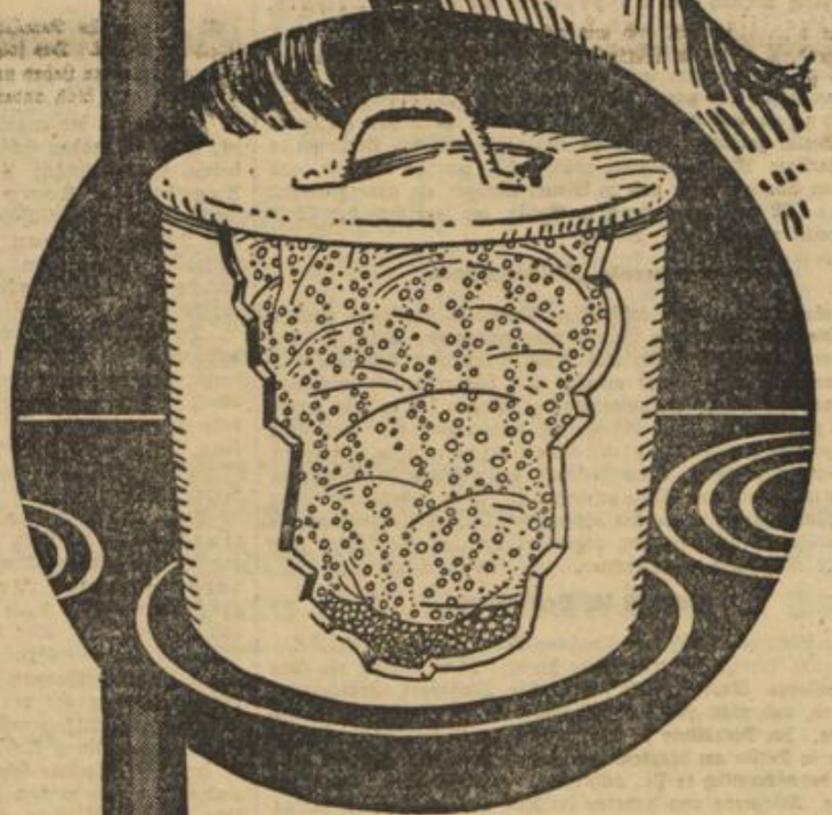
Nimm Persil, dann hat's ein Ende!

Persil – das alle mühsame Arbeit überflüssig macht! Persil – das durch einmaliges kurzes Kochen der Wäsche taufrische, blütenweiße Reinheit gibt!

Nutze den Fortschritt! Nutze Persil!
Kein Vorwaschen! Kein Reiben und Bürsten!

Auf je 2½ bis 3 Eimer Wasser 1 Paket Persil nehmen!

Persil immer kalt auflösen!



Persil

*schont die Gesundheit,
schont die Wäsche! –*

Ballade der Schneeschuhläufer

Der Zug schiebt sich lauchend den Hang entlang. Der würzige Teegeruch der Schneeschuhe liegt in dem Wagen als dicke Schwade. An die Fenster blüht der brausende Sturm, und hinter den Lächern, die die Menschen in die seltsamen eissigen Blumenbilder der Scheiben blasen, blinken zuweilen Lichter, blinken mit eigentümlicher Schärfe, die eine kalte Nacht verrät. Jedesmal, wenn jemand die Tür öffnet, bläst der Wind schallhaft eine ganze Wolke Floden herein, was immer ungeheuren Jubel löst. Kengstlich und staunend zugleich sieht man manchmal in die hohen angeweihten Schneegebirge, aber schließlich tauchen doch darüber die hellen Bogenlampen des Bahnhofes auf, und erleichtert greift jeder nach seinen Schneeschuhen, um als erster draußen zu sein.

Einen Augenblick erstarrt aller Jubel in dem eissigen Wind. Man bläst sich in die Hände und schlägt mit den Armen um sich. Aber schon stehen einige auf ihren Brettern und gleiten stolz vorüber. Nun will keiner mehr nachsehen, und bald wird der Bahnhof wieder einsam in der Winternacht frieren.

Ueber die geröteten Wangen wächst eine eissige Wand, die Wimpern frieren zusammen, und zu jener Phantastie aus Schnee und Eis gefellen sich Phantasten aus Schnee und Blut. Eingehüllt in weiße Kutten gleichen die Menschen logenbassen Pilgern, umgeben von der weichen Melodie der Schneeschuhe verlieren sie sich in der winterverjüngten Gebirgsstadt.

Wir wenden uns nach rechts, das Kammdorf zu suchen . . .

Der Wind heult rauhe Nieder. Aus den Augen rinnen Tränen und gefrieren auf den Backen zu glühenden Perlen. Der Raubrill zeigt sich in den zarten Haarflaum des Gesichtes, und so haben meine Begleiterinnen und ich weiße Bärte.

Von der Straße blendet uns Licht. Schief liegt ein Autobus im Schnee. Sein mächtiger Kühler ist in einer riesigen Beche vergraben. An der dem Wind zugewehrten Seite häufen sich schon die weichen Daunnen der Floden bis zu den Fenstern.

Im Wald umfängt uns Stille. Der Wind sitzt in den mit Raubrill behangenen Zweigen der Bäume gefangen, und sein leises Wispern in den knarrenden Nadeln untermal den tiefen Unterton der Traurigkeit, der hier spinnet. Der Mond tritt aus staubenden Schneewolken und legt glühendes Silber in die schwanfenden Bäume. In blauen Wölbungen steigen zu beiden Seiten des Weges Schneeberge an.

Nun hört der Wald auf, und vor uns liegt wieder freies Feld. Wo ist das Kammdorf? — Es muß vor uns sein. Jemand ruft Stimmen. Man scheint auch dort das Dorf zu suchen. Plötzlich leuchtet Licht aus dem Schnee. Vor uns steigt ein Berg an. Und da ist noch so ein Berg, und dort wieder. Und überall fliehet Licht aus diesen Schneebergen. Das ist das Dorf und hinter den Bergen wohnen Menschen. Ich stoße mit meinen Brettern an etwas Festes. Es entpuppt sich als der Knopf einer Bäckstange. Münchhausens Abenteuer wird Wahrheit, und wir würden uns nicht mehr wundern, irgendwo jetzt den Wetterhahn der Strömungspitze herausragen zu sehen.

Glücklich landen wir vor der gastlichen Bude, einem wirklichen steinernen Haus, inmitten von drängenden Menschen. — „Antreten!“ schallt es uns entgegen. — Antreten? — Ja, Antreten zum Bett lassen.

Wir reihen uns geduldig der Schlange an, warten. Plötzlich ruft ein Stimme: „Die Betten sind vergeben, es ist unmöglich, noch jemand zu beherbergen!“

„Ja, aber sollen wir denn im Schnee schlafen?“ — Jetzt klingt die Frage bang. Der Wind merkt: hübsch! In den hastenden Wölfen lugelt sich der Mond. Wir beginnen eine Jagd nach einem Bett . . .

Nach einer aufregenden Stunde haben wir glücklich jeder ein Lager. Meine beiden Begleiterinnen schlafen in einem anderen Haus als ich.

Beruhigt steigen wir jetzt zu ihrem Zimmer. An der Innenseite der Fenster sitzt der Raubrill zentimeterdick. Das Thermometer zeigt sechs Grad Kälte. Hier schlafen? — Die Frau verfährt, daß ihre Betten warm sind. Man friert aber noch, wenn man hinuntersteigt in die warme Wohnküche.

Meine beiden Begleiterinnen drängen dicht aneinander auf die Ofenbank. Ich greife zum Kochtopf und hole Kochgeschirr und Erbsensuppe hervor. Die Mädchen nicken: „Wir tochen?“ Ich warte ihnen beruhigend zu und mache mich daran, als braver Mann zu glänzen, indem ich die Erbsensuppe zerreiße. Unsere Wirtin füllt das Kochgeschirr voll Wasser, ich lege im Ofen Holz nach, der Wind bläst lauchend hinein. Bald summt das Wasser, und diese Melodie mischt sich mit dem Sauschen des Windes und dem Zitherspiel unseres Wirtes zu anheimelnden Liedern. Der brave dicke Kochschon schaut traut in das Zimmer, heiter glänzen die roten Kleidchen der beiden kleinen Wirtskinder aus dem tiefbraunen Holz der Wand, und ihre kugelrunden Augen staunen in das Kompenlicht.

Dann steht die Suppe auf dem weiß geschneierten Tisch, und die beiden Mädchen sehen sich schallhaft beim Lächeln an und nennen mich ebenso schallhaft einen Engel. Schließlich aber kommen sie wieder auf das kalte Zimmer zu sprechen: dort schlafen? — Unsere Wirtleute lachen, und die Wirtsfrau versichert noch einmal die beständige Wärme ihrer Federbetten. Nein, die Fräulein würden nicht frieren, wenn sie dazu noch jede einen Stein ins Bett bekämen.

Einen Stein ins Bett? — Natürlich einen Stein ins Bett, jede einen solchen Ziegelstein ins Bett, der jetzt auf dem Ofen steht. In einem solchen warmen Ziegelstein könnten sie sich die ganze Nacht wärmen, ja, sieht er nicht schon schon warm aus, dieser dunkelrote Ziegelstein?

Der Tag dümmert durch mein eisblumendurchwobenes Fenster, als ich ausgeschlafen aus meinem Bett springe und frierend in meine durchlöchernten Kleider fahre. Ich eile die Treppe herunter, um meine Begleiterinnen im anderen Haus zu wecken. Als ich aber die Haustür aufreißt, ist sie mit einer Schneemauer versperrt. Scherzend reicht mir mein Wirt eine Schaufel.

„Wenn Sie sich nicht hindurchschneifen wollen, müssen Sie sich eben hindurchgraben.“

Ich grabe nunter-im Schnee, und bald kann ich durch ein Loch den Himmel sehen und nicht lange danach darüber hinwegschauen. Gegenüber sitzt eben auch ein Kopf aus einem Schneeberg und weiter unten noch einer.

Mein Ausgang ist frei und ich trete eilig hinaus, um . . . im Augenblick bis an die Brust im Schnee zu versinken. Spottend

springen ein paar Dorfjungen auf Brettern hinzu und helfen mir heraus. — Nun bin ich klüger geworden und hole mir auch erst meine Stier.

In dem Zimmer meiner beiden Freundinnen zeigt das Thermometer jetzt zehn Grad Kälte. Sie lachen mir aus ihren warmen Federn zu, wie ich schlotternd meine Hände reibe. Rasch hole ich ihnen warmes Wasser und rote ihnen aufzusuchen, ehe es gefriert.

Als die Sonne, rot angeläutert, über den eisigen Höhen emporkriecht, stellen wir uns wachsig durchwärmt vom Kaffee auf die kühlen Höcker.

Die Stunden sind durchwoben mit den märchenhaften Eindrücken des Gebirgswinners: jetzt blühen wir in das nebelgefüllte Tal, über das sich die weißen Hüben der Berge wie Inseln erheben. Hauchdünn verschwimmen ihre blassen Konturen in dem blaßblauen Himmel. In rascher Schlußfahrt geht es, noch umfängen von diesem feinen Bild, zu Tal, hinein in das kleine Grenzdorf.

„Befehlt, antreten.“ wieder schallt uns die Melodie des gestrigen Abends entgegen. Antreten zum Leller lassen, antreten zum Suppen nehmen, antreten zum Zitronenwasser. Wir ergattern uns jeder eine dampfende Schüssel aus dem nächsten Waschkessel, in dem die Suppe braut und köchelt sie draußen im Stehen. Ein Zitherspieler setzt sich vor die Tür und spielt uns lustige Weisen. Ein kleines Mädchen geht mit einer Mütze lammein. Lachend wirft man ihr Wüngen zu, und lachend fängt sie sie auf. Lachend gehen die Menschen in das volle Gasthaus, und lachend kommen sie wieder heraus.

Die Menschen lachen alle im Erinnerung an diese laufende Talfahrt. Wir müssen jetzt wieder den Berg hinauf. Aber dann winkt wieder eine neue Abfahrt. Und so geht es fort bis zum Abend . . .

Dann drängen die schneebedeckten Schneeschuhläufer in ganzen Kolonnen dem Marktplatz der kleinen Gebirgsstadt mit den knatternden Batterien der Autobusse, dem viel zu engen Bahnhof mit den endlosen Schlangen der Züge zu.

Spät erst taucht die große Stadt auf. Diesmal auch sie im Schnee.

So endet die Ballade der Schneeschuhläufer.

Helmut Hähgke.

Versilbertes Badewasser

Die moderne Wissenschaft schafft Märchen, die den orientalischen Verfassern der schönsten Aladinade Ehre machen würden. Ein wenig Silber ins Badewasser, namentlich wenn es sich um große Bädern öffentlicher Anstalten handelt — und die gefährlichen Keime übertragbarer Krankheiten sind getötet. In einem bei Bergmann (München) erschienenen Buch behandelt Dr. Georg A. Krause die feintötende Wirkung geringer Metallmengen in Lösung.

Man kennt die Erscheinung: Wirft man einen Kupferpfennig in ein Bassin, worin sich Algen befinden, so werden diese meist in kurzer Zeit vollständig eingehen. Es handelt sich hierbei um erstaunliche Wirkungen von sehr geringen Mengen, wie sie die (von der Schulmedizin bisher verachtete) Homöopathie immer schon behauptet hat. Gewissermaßen so: Die einzelnen Atome des Metalls (scheiden eine gar nicht von ihrer Masse (die gering ist) abhängige Wirkung auszuüben, eine Wirkung, die vielleicht im Zusammenhang steht mit der im freien Zustand überwundenen Lösung möglichen festigen Elektronenwirkung aus dem Gebiet der Metallatome heraus. „Neue Wege zur Wassersterilisation“ nennt Krause sein Buch, in dem er z. B. berichtet, daß sich sehr leicht täglich 10 Millionen Keime pro Kubikzentimeter töten lassen durch eine Lösung von 15 Tausendstel Millimeter Silber pro Liter Wasser. Das bedeutet einen großen Erfolg.

Die erste Blondine. Bei den Ausgrabungen in Gizeh hatte Dr. Reisner vom Bostoner Museum im Jahre 1926 ein Bild der Königin Hetepheres, einer Tochter des Pharos Cheops, des berühmten Erbauers der berühmten Pyramide, gefunden, das zu seiner Ueberraschung eine Frau mit hellgelben, kurzgeschorenen Haaren darstellte. Auch die Kleidung beanspruchte deshalb besonderes Interesse weil das Schulterstück des Obergewandes bis zu den Ohren hinaufreichte. „Es scheint kaum zweifelhaft“, heißt es in dem von Dr. Reisner herausgegebenen Bericht, „daß die dargestellte Frau blondes oder rotes Haar hatte und damit unter dem schwarzhaarigen Volk des Zeitalters der Pyramiden einen besonderen Typ verkörperte. Möglicherweise hatte sie von ihrer Mutter, die wir nicht kennen, oder von einer noch früheren Ahnfrau das Blut eines fremden Stammes übernommen.“ Diese Hetepheres II. darf im übrigen nicht mit der Hetepheres I., der Mutter des Cheops, verwechselt werden, deren Grab und Totenausstattung Dr. Reisner schon früher freigelegt hatte. Die hellfarbige Königin war deren Enkeltochter und darf als die erste geschichtlich beglaubigte Blondine gelten.

Klaus Berger: Honoré Daumier

Zu seinem 50. Todestag

Die französische Revolution von 1789 bringt das Bürgertum politisch zur Macht. Das folgende 19. Jahrhundert ist davon erfüllt, auch dem kulturellen Leben neue Prägung aufzuerlegen. Die bildende Kunst findet nicht bloß anderen Inhalt, auch die Formen und Darstellungsmittel wandeln sich. Das bürgerliche Porträt und die romantische Landschaft gehen voran. Die Erfindung des lithographischen Druckverfahrens kommt hinzu, um die Erzeugnisse der Graphik leicht und billig verbreiten zu können. Kein Wunder, daß diese „demokratische“ Kunstart Zeitereignisse und Zeitgestalten in ihren Kreis einbezieht. Das politische bewegt Jahrhundert, das in seiner ersten Hälfte in Frankreich vier Regierungsformen an sich vorbeiziehen sah, schaffte auch die politische Kunstform: die Karikatur.

Das war Daumier, der an die Stelle eintöniger Figuren entlassener napoleonischer Soldaten, tausendmal abgewandelter Genreszenen nun den zeitgemäßen Bourgeois setzte und in Reinkultur vorstellte, ihm seine selbstlichere Pose raubte und nachsch, was übrig blieb. Lange bevor der Kapitalismus sich voll entfaltet hatte, begriff Daumier, einer der größten Künstler seines Jahrhunderts, dessen Geist mit all seinen Manifestationen und hielt ihn in seinen Blättern und Bildern fest. In seiner Formenprache hat er den Impressionismus und selbst den Expressionismus vorweggenommen.

Zu dem Schlage der französischen Südfranzosen gehört er: 1810 kam er als Sohn eines kleinen Handwerkers, eines Wafers, in Marseille zur Welt. Die Höhe einer harten und mittellosen Jugend lernte er zur Genüge kennen. — Die korruptierten Zustände unter dem Regime des Bürgerkönigs Louis Philippe, Speichelleckerei, Niedertracht und Claquewirtschaft hatten auch die Gegner dieses Systems die Volksfreunde auf den Plan gerufen, die sich um die satirische Zeitschrift „La Caricature“ sammelten. Hier trat auch der 22jährige Daumier mit seinen Zeichnungen hervor und machte sich schnell einen bekannten Namen. Aus diesen Arbeiten für den Tag und die Stunde entstanden die unsterblichen Figuren Daumiers, die noch heute in nichts an Lebendigkeit verloren haben. (Eine wohlfeile und in der Wiedergabe hervorragende Neuausgabe in fünf Bänden veranstaltete der Paul-Bischoff-Verlag, Leipzig.) Hier tritt der König selbst auf als Hartkorn, als Sellänzer, chinesischer Göze oder als gefräßiger Papagei; unverkennbar sind die feinen Züge seines Bankergesichtes. Daran reihen sich die Minister, die Deputierten, die unbesümmert verpfrechten Richter und die ganze Galerie der Zeitgenossen, die das Volk aussaugen.

Die Zensur griff bald ein, verbot die Zeitschrift, und der „Charivari“, der an ihre Stelle trat, mußte die Form seiner Anlagen mäßigen, erhalten blieb jedoch ihre Tendenz. Statt dieser und jener Nachahmer, deren Züge jeder kannte, trat nun der Typus des Bourgeois auf, der in den verschiedensten Situationen als Rechtsanwält, als Journalist, Gesandter, Wahlkandidat usw. vorgeführt wurde. Am bekanntesten ist die erkundene Gestalt des Robert Macaire geworden jener unsterbliche Betrüger von dem es in dem Text zu Daumiers Lithographien heißt: „er ist die Verkörperung unseres selbstsuchtigen, geizigen, sügnerrischen, prahlerischen und, sagen wir es nur ruhig, auf Schwindel eingestellten Zeit.“ Damit bekam Daumiers Kunst etwas Allgemeingültiges. Der Bürgerkönig und die Figuren von 1835 vergingen, die eben zitierte Selbstcharakterisierung der Epoche paßt auch auf manche andere.

Daumiers Blätter werden zünden und verstanden werden, solange es ein benachteiligtes, in seiner Lebensentfaltung gebemtes Volk gibt, das das gewissenlose Treiben der faulen und besthenden Schichten täglich mit ansehen muß. Aber das allein würde noch nicht ihren künstlerischen Wert begründen. Der liegt in dem genialen Strich des Meisters: eine verdrehte Miene, eine wegwerfende oder heuchlerisch-leere Geste der Hand als Form herausgerissen, überdeutlich dem Schwarz-Weiß der Fläche eingefügt, und von diesem Grundzuge aus das Ganze rhythmisch belebt, so daß man bis in

die letzten Striche hinein die Erregung spürt. Das macht auch die geheimnisvolle Wirkung seiner gemalten Bilder aus, für die die Zeitgenossen kein Auge hatten, weil er ihnen um fast ein halbes Jahrhundert voraussehte. Weil er an der nüchternen gegenständlichen Abbildung sich nicht genügen konnte, sondern im Zusammen- und Gegeneinanderpiel von Farben und Formen ebenso starken Ausdruck und Aufruf weckte wie in den Lithographien, in denen das Inhaltliche naturgemäß stärker hervortritt.

Eins dieser erstaunlichen Bilder heißt „Die Renaissance“. Da leuchtet aus einer Gruppe vorwärtsdrängender Menschen, nur die Oberkörper sichtbar, ein Mann im gelben Kittel heraus, der den eblen Kopf mit dem entschlossenen Gesicht zu seinen Mitkämpfern zurückwendet, sie sammelnd und übersehend. Vorwärts weist sein beleuchteter Arm mit der ausgedehnten Hand, an der alle Finger wie Zäken in das unklare Grau, was davorliegt, hineingreifen. Dieser Arm mit seiner durchdringenden Diagonale gibt der ganzen Komposition Richtung und Haltung. Hier spürt man Kraft und Stolz aller derer, die das Auge mehr acht als erkennt, die vom Dunkeln ins Helle wollen, die die Welt umwälzen.

Dieser Daumier ist eigentlich erst in unserem Jahrhundert entdeckt worden von Malern und Liebhabern, die der Kunst nicht mehr bloß die Abbildungen der gegenständlichen Welt zuteilten, vielmehr ihre innere Ordnung und Organisation dargestellt wissen wollten. So erlebten Goya, Daumier und van Gogh ihre Auferstehung, diese verkanteten großen Vorläufer von Anfang, Mitte und Ende des vorigen Jahrhunderts. Daß sie inhaltlich und gesinnungsmäßig „stark“ standen und Volkstümliches hatten, läßt ihre Aktualität nur härter spüren. Zu ihren Zeiten waren sie alle drei in ihrer Wirkung geschmälert, Daumier so sehr, daß er noch in seinen Jahren und hohem Alter von bitteren materiellen Sorgen gequält wurde.

Als der stets aufrechte Mann am 11. Februar 1879 nach mehrjähriger Blindheit starb, folgten kaum zehn Personen seinem Sarge, der im Armenbegräbnis beigesetzt wurde. Niemand entfiel sich des Vaters der politischen Karikatur, die namentlich in Frankreich einen wichtigen Faktor des öffentlichen Lebens darstellte, niemand des Mannes, der die verspielte Kunst mit der Wirklichkeit wieder zusammengeführt hatte, niemand des gewaltigen Malers, der die künstlerischen Wege für das nächste Jahrhundert vorauswies, niemand des großen Menschenwebers, der den Bürger durchschauf hatte und Künftiges, Besseres darüber hinaus sah.

Grenzen der Forschung

Die kürzesten Wellen, von denen man Kenntnis hat, sind die bekannten Röntgenstrahlen, die kürzer als die Gammastrahlen und als die Röntgenstrahlen sind, nämlich etwa hundert Millionstel Millimeter. Die längsten Wellen sind die aus der Elektrizität bekannten, für Funkgroßstationen verwendeten von rund 30 000 Metern Länge. Das sichtbare Gebiet der Lichtstrahlen umfaßt hierin die Wellen von etwa 4 bis 8 Zehntausendstel Millimeter, das ganze optische Gebiet enthält etwa 18 solcher Oktaven, das ganze uns bekannte Wellengebiet rund 50 Oktaven. Aber was umfaßt ein Wellenbereich von 500 Oktaven — 5000 Oktaven? Wir kennen die ganze außerhalb der genannten Grenzen gelegene Welt nicht, können auf keine Weise bisher direkt oder indirekt etwas daraus nachweisen. Und doch ist dort, bei den hyperturgen Wellen, wahrscheinlich die Antwort auf eine alte wissenschaftliche Frage zu finden: Woher kommt die Schwerkraft? Denn da man im Gebiet der optischen und elektrischen Wellen keinen Anhaltspunkt für die Verursachung der Schwerkraft gefunden hat, so besteht die Möglichkeit, daß Schwere und Trägheit durch eine noch unbekannt, äußerst kurzwellige harte Wellenstrahlung hervorgerufen sind.

Arbeiter und Angestellte!

Achtet auf die Betriebsrätewahlen!

Die unterzeichneten freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Berlins richten hierdurch an alle Berliner Arbeiter und Angestellten die Aufforderung, die Wahlen zu den Betriebsvertretungen vorzubereiten und bis 15. April d. J. durchzuführen. Zu diesem Zweck muß jeder Betriebsrat spätestens 4 Wochen vor Ablauf seiner Amtszeit einen Wahlvorstand einsehen. Wo im letzten Jahre ein Betriebsrat nicht bestand, ist der Unternehmer anzufordern, einen Wahlvorstand zu bestellen, der aus den drei ältesten Arbeitnehmern des Betriebes gebildet werden muß. Kommt der Arbeitgeber dieser Aufforderung nicht nach, so ist unverzüglich die zuständige Gewerkschaft zu benachrichtigen, die durch Antrag beim Arbeitsgericht die Einsetzung eines Wahlvorstandes veranlassen wird. Der Vorsitzende des Arbeitsgerichts ist auch verpflichtet, einen Wahlvorstand zu bestellen, wenn ein oder mehrere wahlberechtigte Arbeitnehmer eines Betriebes dies bei ihm beantragen.

Die Wahlen müssen vollzogen werden nach den §§ 15 bis 27 des Betriebsräte-Gesetzes und nach der Wahlordnung. Wahlverfahren, die in grober Weise gegen die darin niedergelegten Bestimmungen verstoßen, können angefochten und durch das Arbeitsgericht für ungültig erklärt werden.

Das Verhalten aller freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten bei den Betriebsrätewahlen und bei ihrer Vorbereitung ist vorgezeichnet in den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses in Leipzig 1922 (Protokoll Seite 419 und 420) und in den Richtlinien des IZ-Bundes vom 3. Juli 1924. Hiernach darf kein freigewerkschaftlicher Angestellter oder Arbeiter offene oder verschleierte politische Listen aufstellen, auf solchen Listen kandidieren oder für solche Listen stimmen! In die Listen der freien Gewerkschaften dürfen keine Kandidaten aufgenommen werden, die unorganisiert oder nicht freigewerkschaftlich organisiert sind. Nach den oben genannten Beschlüssen darf für jeden Betrieb nur eine freigewerkschaftliche Liste aufgestellt werden.

Wie im Vorjahre lautet auch diesmal die Wahlparole:

Für wirkliches Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten durch die Betriebsräte und durch die Gewerkschaften!
Gegen die Werksgemeinschaften und gegen die Zersplitterung der Kampfkraft der Arbeiterklasse!

Für den Ausbau des Arbeitsrechts, für den Ausbau des Schlichtungswezens!

Die freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen Berlins und alle ihnen angeschlossenen Verbände verlangen von ihren Mitgliedern, daß sie sich in ihren Betrieben nachdrücklich dafür einsetzen, daß ein Wahlvorstand bestellt und die Wahl durchgeführt wird. Sie erinnern daran, daß das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten im Betriebe, insbesondere das Einspruchsrecht gegen ungerechtfertigte Entlassungen, allein durch die Betriebsräte geltend gemacht werden kann.

Ohne Betriebsrat kein Mitbestimmungsrecht, ohne Betriebsrat kein Entlassungsschutz!

Sie weisen weiter darauf hin, daß die Unternehmer wieder dazu übergehen, gelbe Werksgemeinschaften zu gründen, daß unter der Maske von Wertsportclubs und Wertsportveranstaltungen der freigewerkschaftliche Geist ertötet und wertsgemeinschaftlicher Geist großgezogen werden soll. Man versucht damit in die Arbeiterklasse einen Keil hineinzutreiben, der sie spalten und ohnmächtig machen soll. Der Geist der Wertsgemeinschaft soll die Arbeiter und Angestellten dahin bringen, freiwillig auf ihre gesetzlichen Betriebsverfassungsrechte zu verzichten. Der große Kampf in der nordwestlichen Eisenindustrie an der Ruhr beweist weiter, daß die Arbeitgeber auch nicht vor Gewaltmitteln zurückschrecken, um die Arbeiterklasse Deutschlands wieder unter ihre Krute zu bekommen.

Die Antwort aller freigewerkschaftlichen Arbeitnehmer lautet: „Run erst recht!“ Weder durch freundliches Entgegenkommen noch durch nackte Brutalität werden sich die freigewerkschaftlichen Kollegen abschrecken lassen, ihre Pflicht bei den kommenden Betriebsrätewahlen zu tun. Nur die freigewerkschaftlichen Betriebsräte garantieren dafür, daß der Geist der Wertsgemeinschaften, der Wertsportvereinigungen und ähnlicher gelber Gewächse am Boden gehalten und nicht über den freigewerkschaftlichen Geist der Arbeiter und Angestellten triumphieren wird.

Arbeiter und Angestellte! Die Betriebsrätewahlen sind nicht weniger wichtig wie jede Parlamentswahl. Tut Eure Pflicht!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausschuß Berlin.
Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin.

Die Arbeitszeit bei der Reichsbahn.

Dienstauervorschriften und Betriebsicherheit.

Der im Sommer 1928 angesichts der Eisenbahnkatastrophen zur Berichtigung der Deffentlichkeit eingeleitete Untersuchungs-ausschuß hat in seiner Denkschrift über die Betriebsicherheit der deutschen Reichsbahn zum Ausdruck gebracht, daß neben der Verbesserung der technischen Anlagen und der Modernisierung der Betriebsführung die Durchführung der Vorschläge auf dem Gebiete der Personalwirtschaft notwendig sei und daß deshalb eine Revision der Dienstauervorschriften vorgenommen werden müsse. Damit wurde die seit Jahren vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands vertretene Auffassung bestätigt, daß die dienstliche Überlastung des Personals, von dem die Betriebsicherheit in erster Linie abhängt, eine dauernde und wesentliche Gefahrenquelle bildet.

Die gegenwärtige Regelung der Arbeitszeit des Betriebs- und Fahrpersonals ist unerträglich. Die Mehrzahl des schwer arbeitenden Personals hat eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden zu leisten und eine wöchentliche Schichtzeit bis 93 Stunden. In einzelnen Dienstzweigen geht die durchschnittliche planmäßige Arbeitszeit sogar bis 56 Stunden wöchentlich. Diese Zahlen sind der amtlichen Statistik der Reichsbahn entnommen. Dabei ist zu beachten, daß zu der planmäßigen Arbeits- und Schichtzeit in zahlreichen Fällen noch Überleistungen der Arbeitszeit bei Zugerspätungen, Betriebsunfällen usw. hinzukommen. Man bedenke: ein großer Teil dieses Personals hat 16 stündige Dienstsichten zu leisten!

Die von den Eisenbahngewerkschaften verlangte allgemeine Herabsetzung der tatsächlichen wöchentlichen Arbeitszeit um 3 Stunden und die Begrenzung der wöchentlichen Schichtzeit von 66 bis 60 Stunden wurde von der Hauptverwaltung mit der Behauptung abgelehnt, daß die Durchführung dieser Forderungen eine Mehrbelastung von 100 Millionen bringen würde. Vom Einheitsverband der Eisenbahner wurde nachgewiesen, daß die Mehrbelastung bei Wiedereröffnung von 16 000 Wartegeldempfängern auf 22 bis 30 Millionen Mark vermindert werden kann.

Das jetzt vorliegende Verhandlungsergebnis über die Forderungen der Dienstauervorschriften läßt klar erkennen, daß die Hauptverwaltung der deutschen Eisenbahn nicht gewillt ist, die Konsequenzen aus den Feststellungen des Untersuchungsausschusses zu

ziehen. Die Deffentlichkeit und der Reichstag als Hüter der Interessen des ruhenden Publikums werden gut tun, das widerspruchsvolle Verhalten der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in der Frage der Betriebsicherheit einer sorgfältigen Nachprüfung zu unterziehen.

Moskau hat abgewirtschaftet.

Auch bei den Sattler-, Tapezierern und Portefeullern.

Gestern fand in Berlin im Verband der Sattler, Tapezierer und Portefeuller die Wahl der Angestellten der Dissoverwaltung statt. Hier war bis vor zwei Jahren der erste Bewalrmächtigste noch ein Kommunist. Bei der Wahl im Jahre 1927 war die Stimmen-differenz noch eine ganz geringfügige: Amsterdam 1362, Moskau 1343. Im Vorjahre war der Vorsprung unserer Genossen schon erheblich größer. Die Liste Amsterdam erhielt 1523, die Liste Moskau 1137 Stimmen. Bei der gestrigen Wahl erhielt Liste Amsterdam 1609, Liste Moskau 1045 Stimmen, oder 60,82 Proz. aller abgegebenen Stimmen erhielt die Liste Amsterdam, während Moskau sich mit 39,38 Proz. begnügen mußte.

Unsere Genossen, in dem sicheren Gefühl ihrer Überlegenheit, hatten diesmal im Gegenzug zu den Kommunisten es verschmäht, irgendeine besondere Agitation zu entfalten. Das Ergebnis hat ihnen recht gegeben: Die Sattler, Tapezierer und Portefeuller lehnen es in ihrer großen Mehrheit ab, der KPD. Vorparadienste zu leisten. Der Erfolg ist um so erfreulicher, weil er in steter Zufuhrarbeit errungen wurde. Nur so weiter!

Christlich-nationales Fiasko.

Eine „Aktion“ für die älteren Angestellten.

Im „Deutschen“ wird über die „Einstellungsaktion des Deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes in Mitteldeutschland“ zugunsten der älteren Kaufmannsgehilfen berichtet.

Der D.N.H. wollte beweisen, daß er etwas für die älteren Angestellten tut. Und was hat er? Er verstande an 808 bedeutende Firmen und an 43 Arbeitgeberverbände Eingaben, begleitet von Bewerbungsschreiben von älteren stellenlosen Angestellten, mit der untertänigsten Bitte, die Bewerbungen zu berücksichtigen. Und was war das Ergebnis dieser „Aktion“?

„Die gesamte Deffentlichkeit wird sich für das Ergebnis dieser umfassenden Maßnahme interessieren.“ So sagt der „Deutsche“.

Das Ergebnis sieht so aus: Von den 808 Firmen haben insgesamt nur 45 geantwortet, von 43 Arbeitgeberverbänden 22 den Empfang der Eingabe bestätigt. Dann heißt es:

„Bis zur Stunde haben wir doch in keinem einzigen Falle den bündigen Nachweis über die Einstellung von Bewerbern auf Grund dieser Einstellungsaktion.“

Das ist ein klares Eingeständnis des Fiaskos. Wir haben nie geglaubt, daß man mit Eingaben an die Unternehmer und mit Büdlungen, mit dem Appell an das gute Herz der Arbeitgeberverbände und ähnlichen „Aktionen“ der christlich-nationalen Arbeiterbewegung Eindruck auf Unternehmer machen kann. Mit solchen Maßnahmen macht man sich höchstens lächerlich. Auch die demagogischen Schimpereien auf die Sozialdemokratie werden den Wohl der älteren Angestellten nicht sehr machen. Auch dieses Agitationsmittel wird zu einem Fiasko führen.

Metallarbeiter gegen Schiedspruch.

Vorbereitungen zum Kampf in Württemberg.

Bei der Urabstimmung der organisierten Metallarbeiter Württembergs in den Betrieben, die dem Verband Württembergischer Metallindustrieller angeschlossen sind, haben sich mehr als 93 Prozent aller Abstimmenden für die Ablehnung des Schiedspruches ausgesprochen. Dieser geschlossene und feste Wille sollte den Unternehmern und den staatlichen Behörden, die sich mit der Frage der Verbindlichkeitsklärung des völlig unzulänglichen Schiedspruches zu befassen haben, zu denken geben.

Die Organisationsleitungen werden nun zu der durch die Urabstimmung geschaffenen Lage Stellung nehmen und ihre Maßnahmen treffen. Dabei werden sie sich ebenso wenig von der unternehmerfreundlichen bürgerlichen Presse wie von dem hysterischen Geschrei der Kommunistenpresse beeinflussen lassen. Die Metallarbeiter haben in der Vergangenheit stets ihre Verständigungsbereitschaft bewiesen; jetzt sind es die Unternehmer, die zu beweisen haben, daß sie verständigungsbereit sind. Sind sie es nicht, dann ist ein scharfer Kampf unvermeidlich.

Die Wirkung der Stalin-Parole.

Auch bei den Buchbindern unten durch.

Die Buchbinderbranche im Verbands der Buchbinder und Papierarbeiter hielt am Donnerstagabend im Gewerkschaftshaus ihres Jahresversammlung ab. Wie der Brandenburger, Genosse Herzog, in seinem Geschäftsbericht mitteilte, war die Beschäftigung in den Lohnbuchbindereien im Vorjahre, besonders aber während der Sommermonate, nicht sehr gut. Ueberaus gut beschäftigt waren dagegen die Verlagsbuchbindereien, die teilweise doppelt soviel Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigten als im Jahre 1927. Der außerordentlich gute Beschäftigungsgrad in den Verlagsbuchbindereien war aber begleitet von einer Überstundenwirtschaft, die diesmal keine Grenzen mehr kannte und in den meisten Betrieben zu einem Dauerzustand wurde. In der Frage Überarbeit ist sowohl von den Unternehmern als auch von der Arbeiterchaft schwer geschädigt worden. Genosse Herzog schilderte dann eingehend die Lohn- und Konzeptionsbewegungen in den einzelnen Gruppen und Betrieben der Buchbinderbranche und zog hinsichtlich der Erfolge dieser Bewegungen den richtigen Schluß, daß die Ergebnisse der Arbeiterchaft besser verträglich wären, wenn nicht noch so viele Berufsangehörige abseits der Organisation ständen.

In der Diskussion langweilten die „Oppositions“ redner die Versammlung mit ihrem inhaltslosen Geschwätz. Die Versammlung sollte ein Generaltum auf die reformistische Branchenleitung werden, eubete aber mit einer Niederlage Moskaus. Die Flugblätter, Zeitungsnotizen und Fraktionsfügungen der sogenannten Opposition haben nicht vermocht, den Moskauern zum Siege zu verhelfen. Die geheime Abstimmung ergab die Wahl der von den Funktionären vorgeschlagenen Branchenleitung mit ungefähr lebensfähiger Mehrheit gegen die kommunistischen Vorschläge. Somit hat sich die stärkste Branche im Buchbinderverband fast restlos losgelöst von den Leuten, die in den Versammlungen das große Wort führen, in den Betrieben aber sich recht bescheiden auführen.

Ein neuer Gewerkschaftsfilm.

Dem Film des Tertiarbeiterverbandes und dem jüngst uraufgeführten Film des Bergbauindustriearbeiterverbandes hat jetzt auch der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter am Sonntag einen Verbandsfilm folgen lassen, der im Admiralsklub zum erstmaligen abrollte. Dieser „Film gewerkschaftlicher Bildungsarbeit“ bietet einen interessanten Auschnitt aus der Entwicklungsgeschichte des Verbandes.

Im Mittelpunkt der filmischen Handlung steht ein Funktionärkurs der Verbandsschule in Budow in der Württembergischen Schweiz. Man sieht eine Schaar lernbegieriger Verbandsmittglieder, dem Alltagsleben enthoben, in unangenehmer Gemeinschaft mit ihren Lehrern in die Gewerkschaftsmaterie eindringend. In Zeichnungen marschieren auf der Schiefertafel neben dem unterrichtenden Zahlenkolonnen auf, die das Wachstum der Organisation leicht sichtbar vor Augen führen. Erinnerungen an die Zeit Bio-



6/7sitzige Pullmann-Limusine 12/50 PS
ADLER STANDARD 6

RM. 8650.-
ab Werk!

Hohe Qualität zu günstigstem Preis!

Adlerwerke
Berlin:

Telefon: Unter den Linden 12-13
Bergmann 7000 / Belle-Alliance-Straße 6

marischer Unterdrückungspolitik hinhin auf der Bahn nach Berlin, und schließlich macht die Vergemeinde sich auf den Weg nach Berlin. Der Film vermittelt dann Einblicke in die Tätigkeit der Angestellten des Hauptbüros, führt den Zuschauer weiter in solcher Folge durch die städtischen Werke und Betriebe, die zum Organisationsbereich des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter gehören, und beleuchtet somit blickartig das gesamte Organisationsleben.

In sprudelnder Lebendigkeit zieht das alles am Auge vorbei, ohne ermüdend zu wirken. Kein Bild wirkt gefällig, so daß man ohne Überdrehung sagen kann, daß dieser Film eine wirkliche Kopie des gesamten inneren Organisationsbetriebes ist. Ein geringer Mangel ist allerdings der, daß nur sehr wenige Aufnahmen die vielseitige Berufstätigkeit der Verbandsmitglieder zeigen. Wenn der Film soll ja hauptsächlich nur die gewerkschaftliche Bildungsarbeit und das Werden der Organisation aufzeigen, und in keiner Beschränkung auf diesen Zweck wird das Ziel vollkommen erreicht. Der sowohl technisch als auch künstlerisch einwandfreie Film wird dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter sicherlich neue Freunde und Mitkämpfer gewinnen.

Leipziger Straßenbahnerstreik beigelegt.

Leipzig, 9. Februar. (Eigenbericht.)

Am Verlauf der Urabstimmung des Jahrespersonals der Straßenbahn über die Lohnvor schläge stimmten 55 Prozent für Wiederaufnahme der Arbeit. Die Abstimmung des technischen Personals ergab ebenfalls eine Mehrheit für den Abbruch des Streiks. Der Betrieb der Straßenbahn ist am Sonntag wieder aufgenommen worden.

SPD-Metallarbeiter!

Donnerstag, abends 7 Uhr, in den Sophienjulen, Sophienstraße 17/18, Vollversammlung aller SPD-Metallarbeiter. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu den Vorschlägen. 2. Neuwahl des Fraktionsvorstandes. Zutritt nur mit Partei- und Verbandsbuch. Der Fraktionsvorstand.

Berliner Gewerkschaftsschule.

Am Dienstag, dem 12. Februar, abends 7 Uhr, ist wieder ein **Arbeitsrechtlicher Informationsabend für Betriebsräte** im Saal 3 des Gewerkschaftshauses, Engelstraße 24/25. Leiter des Abends ist der Genosse Dr. Brocker vom Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Alle freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter- und Angestelltenbetriebsräte werden um rege Beteiligung ersucht. Die Teilnahme ist kostenlos.

KGB, Kachelwerk Oberkammerweide. Wichtige Sitzung aller Parteigenossen des Kachelwerkes Dienstag, 18 Uhr, im Gemischten Kartenhaus (Sportplatz).

SPD-Metallarbeiter. 10. Bezirk Mittmod, 10 1/2 Uhr, Fraktionsführung im Lokal von Wülfert, Ritterstraße Ecke Brandenburgerstraße. Vertretungsliste ist mitzubringen. Der Fraktionsvorstand.

Kreise Gewerkschafts-Jugend Groß-Berlin

Bitte, Sonntag, folgende Veranstaltungen: Röhrenturnen: Sonntag, 10. Februar, 9 1/2 Uhr, im Jugendheim des Deutschen Arbeitersbundes, Engelstraße 24-25, Aufgang B, st. Thema: „Der Sieg der Frau“. Referent: Genosse Uebe Schmalzer. — **Einheits:** 19 Uhr im Jugendheim des Arbeitersbundes, Engelstraße 24-25, Aufgang B, st. Vortrag: „Die Einführung in den Sozialismus“. — **Einheits:** 18 Uhr im Jugendheim Pflaume Str. 18. Vortrag: „Kritisches Nachdenken“. — **Einheits:** 18 Uhr im Jugendheim Pflaume Str. 18. Vortrag: „Kritisches Nachdenken“. — **Einheits:** 18 Uhr im Jugendheim Pflaume Str. 18. Vortrag: „Kritisches Nachdenken“.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Bitte, Sonntag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Düsseldorfer Jugendheim, Schule Götterstr. 4.** Vortrag: „Wissenschaft und Arbeit“. Beginn 18 Uhr. — **Weseler Jugendheim, Schillerstr. 18-19.** Vortrag mit Bildschau: „Meine Gewerkschaft“. Referent: Friedrich Weigelt. Beginn 18 Uhr. — **Spandauer Jugendheim, Lindenallee 1.** Gesellschaftsabend, Beginn 18 Uhr. — **Margen, Sonntag, finden folgende Veranstaltungen statt: Zehlendorfer Jugendheim, Reichardtstr. 10, Lindenallee 1.** Vortrag: „Gewerkschaft“. Referent: Martha Schulz-Frankel. — **Weseler Jugendheim, Lindenallee 1.** Vortrag: „Gewerkschaft“. Referent: Martha Schulz-Frankel. — **Weseler Jugendheim, Lindenallee 1.** Vortrag: „Gewerkschaft“. Referent: Martha Schulz-Frankel. — **Weseler Jugendheim, Lindenallee 1.** Vortrag: „Gewerkschaft“. Referent: Martha Schulz-Frankel.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einleitungen für diese Rubrik sind stets an das Sekretariat des Parteibüros, Lindenstraße 2, Hof 2 Trepp. rechts zu richten.

Achtung, Kreis- und Abteilungsleiterinnen für Agitation!

Wie bitten die Kreise für die Frauen-Kreisparteien am Sonntag, dem 18. Februar, 19 1/2 Uhr, in der Stadthalle, Köpenicker Str. 14, Kottbuscher, im Frauenklub abzurufen. Wie bis zu diesem Tage nicht zurückgegebenen Karten sind zu beschleunigen. Das Sekretariat.

1. Kreis Friedrichshagen, Montag, 11. Februar, 19 1/2 Uhr, Kreisvorstandssitzung mit dem Abteilungsleiter in den Comeniusjulen, Kommer Str. 67.

7. Kreis Charlottenburg, Sonntag, 14. Februar, 19 1/2 Uhr, Kreisvorstandssitzung bei Schellbach, Köpenicker-Str. 14, Köpenicker, im Frauenklub. Tagesordnung: Bericht des Kreisvorstandes, des Referenten sowie der Ausschüsse und Kommissionen, Aussprache, Neuwahl des Kreisvorstandes, der Kommissionen und Ausschüsse, Mandate und Mitgliedsausweise sind am Sonntagabend vorzubringen.

8. Kreis Wilmersdorf, Montag, 11. Februar, 20 Uhr, bei Hohenfeld, Hohenfeldstr. 74, Sitzung des erweiterten Kreisvorstandes. Außerordentliche Tagesordnung. Wie Abteilungen müssen vertreten sein.

10. Kreis Köpenick, Montag, 11. Februar, 20 Uhr, im Lokal Lindenallee, Köpenicker Straße Ecke Comeniusjulen, Kreisamtsleiter-Vollversammlung. Vortrag: „Das Frauen-Kreisparteien“. Referent: Stadtschulrat Dr. Kurt Rosenfeld. Anschließend Diskussion.

11. Kreis Schöneberg, Montag, 11. Februar, 20 Uhr, II. Vortrag in der kommunalen Parteigruppe bei W. H. Martin-Luther-Str. 69. Vortrag: „Finanz- und Steuerpolitik und der Staat der Stadt Berlin“. Referent: Dr. Friedrich Schumann. — Dienstag, 12. Februar, 20 Uhr, Kreisamtsleiter-Vollversammlung bei W. H. Martin-Luther-Str. 69. Stellungnahme zur politischen Lage usw.

12. Kreis Steglitz, Montag, 11. Februar, 20 Uhr, Kreisvorstandssitzung im Berliner Kreis.

13. Kreis Tempelhof, Montag, 11. Februar, 20 Uhr, Fraktionsführung, Tempelhofstr. 45.

14. Kreis Kreuzberg, Die Kreisamtsleiter-Vollversammlung mit dem Genossen Engelbert Schell als Referent findet am Montag, 11. Februar, in den „Gastge-berstätten“, Bergstr. 45.

15. Kreis Köpenick, Kreisamtsleiter-Vollversammlung mit dem Abteilungsleiter, Köpenicker Str. 14, Köpenicker, im Frauenklub. Tagesordnung: Bericht des Kreisvorstandes, des Referenten sowie der Ausschüsse und Kommissionen, Aussprache, Neuwahl des Kreisvorstandes, der Kommissionen und Ausschüsse, Mandate und Mitgliedsausweise sind am Sonntagabend vorzubringen.

16. Kreis Köpenick, Kreisamtsleiter-Vollversammlung mit dem Abteilungsleiter, Köpenicker Str. 14, Köpenicker, im Frauenklub. Tagesordnung: Bericht des Kreisvorstandes, des Referenten sowie der Ausschüsse und Kommissionen, Aussprache, Neuwahl des Kreisvorstandes, der Kommissionen und Ausschüsse, Mandate und Mitgliedsausweise sind am Sonntagabend vorzubringen.

17. Kreis Köpenick, Montag, 11. Februar, 19 Uhr, im Arbeitsamt, Köpenicker Straße, Kreisamtsleiter-Vollversammlung. Vortrag des Genossen Max Glauert über das „Konfessionsgesetz“.

heute, Sonntag, 10. Februar:

6. Wkt. National-Eintrittsfest für die deutsche Winterkaltzeit der Arbeiterfreunde und noch zu haben bei Poltrabau, Sonnenallee Str. 11.

85. Wkt. Tempelhof, Bericht des Kreisvorstandes im Kreisamtsleiter-Vollversammlung, Köpenicker-Str. 14. Die Ausschüsse sind vom 18. bis 17. Februar täglich von 17 bis 21 Uhr geöffnet, auch Sonntags. Eintritt frei.

Morgen, Montag, 11. Februar:

1. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

2. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Wülfert, Ritterstraße Ecke Brandenburgerstraße, Fraktionsführung.

3. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Wülfert, Ritterstraße Ecke Brandenburgerstraße, Fraktionsführung.

Bezirkbildungsausschuss Groß-Berlin

Montag, den 11. Februar, 19 1/2 Uhr

Zusammenkunft der Kreisbildungsobleute

im Sitzungszimmer des Brandenburger Büros, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen links. Alle Kreise müssen vertreten sein.

Arbeiterbildungsschule

5. Kreis (Friedrichshagen): Freitag, den 18. Februar, 19 1/2 Uhr, in der Schule Petersburger Str. 4, Beginn des kommunalen Kurses. Der Leiter der kommunal-politischen Zentralstelle, Max Fechner spricht über: **„Verwaltung und Verfassung“**

Dar bereits angekündigte Zentralkursus für Laienrichter, Schöffen, Beisitzer im Jugendgericht, Schiedsmänner und sonst an der Rechtspflege interessierter soll am

Mittwoch, dem 20. Februar, 19 1/2 Uhr

beginnen. Folgende Themen sollen behandelt werden: Systematik des Rechts, Gerichtsverfassung, Strafrecht, Strafprozessrecht, Mietrecht, Arbeitsrecht, Wirtschaftsrecht, Fürsorge, Jugendrecht, Jugendstrafrecht, Strafvollzug usw. — Am Mittwoch, dem 20. Februar, spricht Genosse Dr. Kurt Rosenfeld über **„Einführung in das Wesen der Laiengerichtsbank“**. Meldungen an das Bureau des Bezirkbildungsausschusses, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen.

- 12. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 13. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 14. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 15. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 16. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 17. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 18. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 19. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 20. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 21. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 22. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 23. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 24. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 25. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 26. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 27. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 28. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 29. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 30. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 31. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 32. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 33. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 34. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 35. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 36. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 37. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 38. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 39. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 40. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 41. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 42. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 43. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 44. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 45. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 46. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 47. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 48. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 49. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 50. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 51. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 52. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 53. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 54. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 55. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 56. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 57. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 58. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 59. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 60. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 61. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 62. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 63. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 64. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 65. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 66. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 67. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 68. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 69. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 70. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 71. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 72. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 73. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 74. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 75. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 76. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 77. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 78. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 79. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 80. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 81. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 82. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 83. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 84. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 85. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 86. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 87. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 88. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 89. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 90. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 91. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 92. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 93. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 94. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 95. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 96. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 97. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 98. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 99. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.
- 100. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

Dienstag, 12. Februar:

8. Wkt. 20 Uhr Fraktionsversammlung bei Wülfert, Ritterstraße 18.

10. Wkt. 20 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

11. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

12. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

13. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

14. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

15. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

16. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

17. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

18. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

19. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

20. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

21. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

22. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

23. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

24. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

25. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

26. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

27. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

28. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

29. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

30. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

31. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

32. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

33. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

34. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

35. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

36. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

37. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

38. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

39. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

40. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

41. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

42. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

43. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

44. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

45. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

46. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

47. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

48. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

49. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

50. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

51. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

52. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

53. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

54. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

55. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

56. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

57. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

58. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

59. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

60. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

61. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

62. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

63. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

64. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

65. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

66. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

67. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

68. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

69. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

70. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

71. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

72. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

73. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

74. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

75. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

76. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

77. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

78. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

79. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

80. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

81. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

82. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

83. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

84. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

85. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

86. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

87. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

88. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

89. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

90. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

91. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

92. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

93. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

94. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

95. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

96. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

97. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

98. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

99. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

100. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

Frauenveranstaltungen.

8. Wkt. Montag, 11. Februar, 19 1/2 Uhr, in „Mittleren Schichten“, Schellbachstr. 14, große Frauenveranstaltung mit unterhaltendem Programm.

10. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

11. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

12. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

13. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

14. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

15. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

16. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

17. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

18. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

19. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

20. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

21. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

22. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

23. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

24. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

25. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

26. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

27. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

28. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

29. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

30. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

31. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

32. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

33. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

34. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

35. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

36. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

37. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

38. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

39. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

40. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

41. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

42. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

43. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

44. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

45. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

46. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

47. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

48. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

49. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

50. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Schellbach, Köpenicker Str. 14, Fraktionsführung.

51. W

Theater, Lichtspiele usw.

Sonntag 10.2. Staats-Oper Am Plo. Republ. A.-V. 37 18½ Uhr	Montag 11.2. Städt. Oper Bl. marckstr. Turnus IV 19 Uhr
Walküre	Tannhäuser
Sonntag 10.2. Staats-Oper Am Plo. Republ. R.-S. 138 19½ Uhr	Montag 11.2. Städt. Schausp. A.-V. 36 20 Uhr
Fidelio	Oedipus
Städt. Schiller-Theater, Charlch. 20 Uhr Ein besserer Herr.	

Komische Oper (8 1/2)
Die große Revue
Paradies der süßen Frauen!
100 Mitwirkende.
Sonntag 8 1/2 Uhr.
Vollständig - Verschluss
zu halben Preisen



UNIVERSUM
Lützowstr. 111-114
Am Lützow-Platz
Gebäude 2400-02
Wochentags 7, 9
Sonntag 7, 9

UFA-PALAST
am Zoo
B. 3 Barb. 9771
Wochentags 7, 9
Sonntag 7, 9

GLORIA-PALAST
a. d. Gedächtnisk.
Blm. 9025, 8535
Täglich 7, 9, 11

KURFÜRSTENDAMM
Kurfürstendamm 26
Bismarck 4179
Wochentags 7, 9
Sonntag 7, 9

UFA-PAVILLON
am Nollendorfpl.
1 Ullstr. 5453 tel. 6370
Täglich 7, 9, 11

Wings
Der erste Film mit
Gerard und
Klangeffekten

TURMSTRASSE
Ecke Stromstraße
Hansa 4883
Wochentags 7, 9
Sonntag 7, 9

ALEXANDERPL.
Alexanderstr. 45-48
Kupfergraben 4934
Wochentags 7, 9
Sonntag 7, 9

KÖNIGSTADT
Schönb. Allee 10-11
Norden 8067
Wochentags 7, 9
Sonntag 7, 9

WEINBERGSWEG
Weinbergsw. 14-18
Norden 1945
Wochentags 7, 9
Sonntag 7, 9

FRIEDRICHSHAIN
Ecke Bismarckstr.
Königsstadt 8264
Wochentags 7, 9
Sonntag 7, 9

WEISSENSEE
Am Anhalterplatz
Weissensee 339
Wochentags 7, 9
Sonntag 7, 9

URHALL UFA WOCHENSCHAU

Täglich 8 Uhr
Dienstag, den 12. Februar

50 x Lustige Witwe
50 x Metropol
ausverkauft!

FRITZI MASSARY
Max Hansen
Walter Jankuhn, Uechi Elliot, Hans
Junkermann, Willi Schäfers, Ebel-
bacher, Krüger, Heppner, Marquita-
Sisters, Frisco, Beauty Girls,
Jackson-Boys
Gesamtausstattung: Prof. Ernst Stern
REGIE: ERIK CHARELL
Neu auf Elektro

Heute letzter Tag

DER GROSSEN
**JAGD-
UND
SCHIESS-SPORT**
AUSSTELLUNG
MIT DER GROSSEN SCHIESSBAHN
IN DER
**FUNKHALLE
KAISERDAMM**

In den übrigen Ausstellungshallen
Hunde-Ausstellung
Edel-Katzenschau
Angler-Wurfturnier

In der Neuen Funkhalle
Großer Fest-Abend
mit freiem Eintritt
für Ausstellungsbesucher

Geöffnet von 9 Uhr Vorm. bis 9 Uhr abends
Hundeausstellung bis 7 Uhr abends
Eintrittspreis Mk. 1,50

84 Zentraltheater 84
a. Sonntag Nachm. 4 U.
Alte Jakobsstr. 30 32, Ecke Dronienstraße Nachm. 4 U.

Werbe-Woche ab Sonntag, d. 10. Febr. bis 16. Febr.
Täglich ausverkaufte Häuser
in Berlin und Hamburg

Ich küsse Ihre Hand, Madame!
Operette von Gaston Brissa und George Burghart
Park statt 4.50 nur 1.-, Log. statt 12.- nur 2.-
Gültig für 1-4 Personen

NEUE WELT
Arnold Scholz Hasenheide 108/14
Gr. Bockbierfest; Gr. Alpenball
7 Kapellen, Einlaß 4 Uhr, 50 bayerische Madi.
Dienstag, den 12. Februar 1929
Große Schweinebraterei; Främlerung des größten
edharen Berliner Pfannkuchens.
3 Geldepreise 75.-, 60.- und 25.- Rm.

Theater am
Nollendorfplatz
Täglich 8 Uhr
**Jettchen
Gebert**
Singspiel
von Walter Kollo
Heute 7/4 Uhr
Die
Fledermaus

Reichshallen-Theater
Abends 8 Sonntags nachm. 3
Das lustige neue Febr.-Prgr. der
Stellner Sängler
Nachm. halbe Preise,
volles Programm.
Dönhoff-Brill:
Konzert / Tanz / Varieté
18 große Nummern.

SCALIA
5 Uhr u. 8 Barb. 9256
**4 Bronetts
Gen Colleano**
und weitere Varieté Attraktionen,
**Sonnabend und Sonntag
je 2 Vorstellungen**
1^o und 8 Uhr - 3^o zu ermäßigten
Preisen das ganze Programm

PLAZA
Am Küstriner Platz
Das Varieté im Ostbahnhof
Alex. 3067/68
Tägl. 5 und 8 1/2
Sonntags 2 1/2, 5 u. 8 1/2
**INTERNATIONALES
VARIETE**
Karten 7 Tage im Voraus

Hotel Excelsior Berlin
Eigentümer: Curt Elschner
am Anhalter Bahnhof
Größtes Hotel des Kontinents
600 Zimmer/800 Betten / Zimmer 8.- an / Sitzfläche ca. 2000 Pers.
Sehenswürdigkeit Berlins im Zentrum d. Stadt
Russ.-Röm. Bäder / Heilbäder
mit direktem Zugang von den Hotelzimmern. Abteilungen für
Herren und Damen unter Leitung von Arzt und Ärztin.
Nachmittags und abends
Konzert und Tanz
Efim Schachmeister
spielt mit seinen bekannten Solisten.

**Größter Hoteltunnel
der Welt!**

**IM FRÜHJAHR 1929
NACH DEM
SONNIGEN
Mittelmeer**

**FAHRPREIS
VON
240.-
RM. AN**

nach Spanien, Marokko, Algier,
Tunesien, Ägypten, Palästina,
Türkei, Griechenland, Italien

1. REISE ... 23. MÄRZ BIS 7. APRIL. 2. REISE ... 5. MAI BIS 23. MAI
3. REISE ... 2. APRIL BIS 25. APRIL. 4. REISE ... 29. MAI BIS 10. JUNI

Kostenlos: Aussicht und Druckzettel durch die
Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft
HAMBURG · HOLZBOCKE
und durch die Generalvertretung in Berlin W 8, Unter den Linden 8
(Hotel Bristol) sowie durch die bekannten Reisebüros

**Winter
Garten**
8 Uhr * Reuehen erleben!
8 in Berlin noch nicht
gezeigte
Varieté - Neuheiten
und weitere Sensationen.
Route 2 Vorstellungen
2^o und 8 Uhr. 3^o kleine Preise.

**CIRCUS
BUSCH**
Tägl. 8 U., Sonntag auch 10 U.
Papa Terzan u. seine Kinder
(Menschenaffenwunder)
Vollkommen neues Febr. Programm
und **„Muschel der 30 Eisbären“**
3 U. 1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17. 18. 19. 20. 21. 22. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 34. 35. 36. 37. 38. 39. 40. 41. 42. 43. 44. 45. 46. 47. 48. 49. 50. 51. 52. 53. 54. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 61. 62. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69. 70. 71. 72. 73. 74. 75. 76. 77. 78. 79. 80. 81. 82. 83. 84. 85. 86. 87. 88. 89. 90. 91. 92. 93. 94. 95. 96. 97. 98. 99. 100. 101. 102. 103. 104. 105. 106. 107. 108. 109. 110. 111. 112. 113. 114. 115. 116. 117. 118. 119. 120. 121. 122. 123. 124. 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 132. 133. 134. 135. 136. 137. 138. 139. 140. 141. 142. 143. 144. 145. 146. 147. 148. 149. 150. 151. 152. 153. 154. 155. 156. 157. 158. 159. 160. 161. 162. 163. 164. 165. 166. 167. 168. 169. 170. 171. 172. 173. 174. 175. 176. 177. 178. 179. 180. 181. 182. 183. 184. 185. 186. 187. 188. 189. 190. 191. 192. 193. 194. 195. 196. 197. 198. 199. 200. 201. 202. 203. 204. 205. 206. 207. 208. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219. 220. 221. 222. 223. 224. 225. 226. 227. 228. 229. 230. 231. 232. 233. 234. 235. 236. 237. 238. 239. 240. 241. 242. 243. 244. 245. 246. 247. 248. 249. 250. 251. 252. 253. 254. 255. 256. 257. 258. 259. 260. 261. 262. 263. 264. 265. 266. 267. 268. 269. 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.

Earnowsky - Gebaut
Theater in der
Königsplatz-Str.
7 1/2 Uhr
**Revue im
Erlebnishaus**
Schauspiel
von P. M. Lampel.
Komödienhaus
8 1/2 Uhr
**Das Gold auf
der Straße**
Komödie v. Bernauer
u. Oesterreicher

Trianon-Th.
Täglich 8 1/2 Uhr
**Das Haus
der Laster**
(Yoshiwara)
Lustspielhaus
Friedrichstr. 236
Bergmann 2922/23
Täglich 8 1/2 Uhr
Guido Thälender
Weekend
im Paradies

Kleines Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
**Lady Winter-
mores Fächer**
von Oskar Wilde
Sandrock, Nechy,
Kilber, Harde,
Namslock u. Möller
Berliner Theater
Direkt. Heinz Herald
Charlottenstraße 96
A. 7. Dönhoff 170
Täglich
1 Uhr 8 Uhr
3 X Hochzeit
(Able's Irish Rose)

Renaissance - Theater
Hardenbergstr. 8. Tel. 1. 1601 u. 2. 2443/44
8 1/2 Uhr. Zum 52. Male. 9 1/2 Uhr
Die Wetterfahnenkomödie
„Das große ABC“
von Arndt Pagenot
Reg. : Busi. Partang. In Prem. u. abstr. Strg. nachm. 4 Uhr. Krensholtz u. Jugend

CASINO-THEATER
8 1/2 Uhr
Lutherburger Straße 37.
Neu!
Kilometerliebchen
Dazu ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutscheine für 1-4 Pers.
Fahrt nur 1.15 M., Sessel 1.65 M.,
sonstige Preise: Parken u. Rang 4.30 M.

Theater a. Kottbuser Vor
Kottbuser Str. 6 Tel. Mpl. 16077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntag
nachm. 3 Uhr (ermäßig. Preise)
Elite-Sänger
Faschings-Programm!
Emil Sietz, der beliebte
Komiker und Tanzhumorist als Gast

Kontr. Dir. Hermann Wolff und Jules Sachs
SPORTPALAST, Morgen, Montag, 8 Uhr:
Populäres Konzert
Don Kosaken Chor
(Dir. S. Jaroff)
Karten M. 1.-, 2.-, 3.-

Philharmonie, Freitag, 23. Februar, 8 1/2 Uhr:
Philipp Scheidemann
spricht über
„Deutsche Politik“
Kart. f. obige Veranstalt. h. Bote & Bock, Wertheim u. Abendkasse

GR. SCHAUSPIELHAUS
8 Uhr
Nur noch 18 Tage!
CASANOVA
mit
ALFRED JERGER
Anni Friedl, Trude Leske, Anny
Ahlens, Erny Jolan, La Jana
Winkler, Sarda Kupler, Arno
Morgan, Blanka-ann, Fichta
Regie CHARELL
Gesamtausstatt. Prof. Ernst Stern
Sonntag 3 Uhr Nachm. - Vorstellung.
Kleine Preise.
Neu auf Elektro

Theater des Westens
Täglich 8 1/2 Uhr
Der sensationelle Erfolg!
Räthe Dorisch
in
Friederike
Kunst von Franz Scher
Kommer. Karl Jöten
(Staatsoper Berlin)
Vorstellung ununterbrochen.
Rolle den ragen Kon geöffnet
Teleph. Stelaph 951 u. 7108

**TAUENTZIEN-
PALAST**
LUDWIG KLOPPER
Sonnambul
DIE HELLSERHERIN
FRAU GÜNTHER GEFERS
IN EINEM KRIMINAL-
TELEPATHISCHEN FILM
REGIE
ADOLF TROTT
HAUPTROLLEN-
ERNA MORENA
FRITZ KORTNER
VEIT HARLAN
VORSTELLUNGEN:
4. 6. 8. 10

Hammerspiele
Norden 12 319
Ende nach 10 1/2 U.
„Soeben erschienen“
Komödie von
Edouard Bourde
Regie:
Forster Larinaga.
Die Komödie
Bismarck 2414/2510
8 1/2 Uhr, Ende 10 1/2
„Olympia“
von Franz Molnar
Regie:
Forster Larinaga.

HALLER-REVUE
8 1/2 Uhr.
In. in Admiralsplatz
Schön u. schick
2. Sonntag
2 Vorstellungen
1 Uhr u. 8 1/2 Uhr. Halb-
preise, 2. u. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u

WEISSE WOCHEN

zu enorm billigen

Wir bringen in diesen Wochen Waren aller Art

Preise zum Verkauf

welche z.T. eigens für diesen Zweck aufgestapelt

Bindekragen
aus gutem Seidenrippe,
in vielen Farben
Stück **95** Pz.

Fechtgarnituren
Crépe de Chine, reich bestickt, mit
mod. Manschette, in vielen Farben
Garnitur **2** 25

Crépe de Chine-Schals
reine Seide, weiss und farbig
ca. 12/150 30/140 45/170 cm
Stück **1** 85 **3** 25 **4** 90

Hemdenpassen
mit durchgehender Stickerei
Stück **25** Pz.

Stickereien
Coupes ca. 4 1/2 Meter
28, 45, 65 Pz.

Gardinenansätze
(Maschinenklapp) Sammetleinen,
ca. 10 cm breit
Meter **1** 90 mit Leinen-
kränze, Mitt. **2** 85

Gitterstoff
für Gardinen, Sammetleinen,
ca. 160 cm 140 cm 100 cm
Meter **3** 50 **5** 25 **6** 75

STRUMPFE

Für Damen:
Künstliche Seide Mako oder Seidenfior Paar **95** Pz.
Seidenfior gute Qualität, oder echt Mako Paar **1** 45
Künstliche Waschseide viele moderne Farben Paar **1** 95
Herlie Seidenfiorstrümpfe, 4fache Sohle, moderne Farben Paar **2** 50
Herlie künstliche Seide, „Goldtempel“ neue Farbentöne Paar **2** 75
Für Herren:
Seidenfior gute Qualität, gemastert Paar **1** 45
Sportstrümpfe Strapazierqualität Paar **2** 45
Strümpfe lange Fassung, Mako, gute Qualität, Paar **2** 75

TRIKOTAGEN

Für Damen:
Unterziehschlüpfer fein gewirkt, Baumwolle, hellfarb., Stück **58** Pz.
Hemdhosenselbe Baumwolle, Windelform, Stück **68** Pz.
Schlupfbeckkleider Baumwolle, gewebt, viele Farben, Stück **88** Pz. **1** 25
Schlupf-Beinkleider Baumwolle, warmes Futter, viel Farb., St. **1** 25 **1** 65
Schlüpfer Kunstseide, moderne Farben, Stück **1** 25 **1** 65
Schlüpfer gestreifte Kunstseide, gute haltbare Qualität, modernes Farbsortiment, Stück **2** 65
Für Herren:
Trikol-Oberhemden höchste Qualität, mod. Einsätze, St. **1** 90 **2** 45
Echt ägyptisch Mako Hemden **2** 65 **1** 95 **1** 75
Hosen **2** 65 **1** 95 **1** 75
Jacken **2** 65 **1** 95 **1** 75
Stück **2** 25, **1** Stück **2** 25, **1**

Taschentücher für Kinder
weiss Batist, mit farbiger Kordelkante und farbig besticktem Buchstaben.
1/2 Dutzend im Karton **88** Pz.

Taschentücher für Damen
weiss Batist, mit Hohlbaum, Kordelkante und gesticktem Buchstaben
1/2 Dutzend im Karton **1** 95

Taschentücher für Herren
gute Liniengüte
1/2 Dutzend **95** Pz. **1** 35 **1** 65

Taschentücher für Herren
weiss, mit eingewirter farbiger Kante und Hohlbaum
1/2 Dutzend **1** 65 **2** 10 **2** 50

Taschentücher für Herren
weiss Linieng., mit Lippenstreifen und gesticktem Buchstaben
1/2 Dutzend im Karton **2** 25

Spitzen-Taschentücher
farbig Opal, mit Spitzen garniert
Stück von **28** Pz. an

Spitzen-Taschentücher
Crépe de Chine, reine Seide
Stück von **50** Pz. an

DAMEN KLEIDUNG

Bulgaren-Blusen mit reicher Handarbeit, Stück **5** 75
Crépe de Chine-Jumper Kunstseide, mit Fältchen, reich verarbeit., Stück **7** 90
Pullover aus Wolle, mit farbiger Bordüre, Stück **9** 75
Tenniskleider aus Panama, Sportform, mit Faltenrock, Stück **4** 90

Tenniskleider aus gestreiftem Trikot, 9 75
Kleider aus gestreiftem Trikot, weiches Sportform, mit Faltenrock, doppeltem Manschetten und Krautk., Stück **15** 75
Röcke aus weissem Rippe, Plüschenform, Stück **9** 75
Röcke aus weissem Rippe, in moderner Faltenform, Stück **12** 90

DAMEN - WÄSCHE

Trägerhemden mit Valenciennes-Spitzen, Stück **1** 05
Hemdhosenselbe mit Valenciennes-Spitzen-Ein- und Ausschnitt, Stück **1** 95
Bubi-Nachthemden farbiger Batist, Stück **2** 45
Pyjamas farbig, weiche Form, Stück **4** 90
Hemdhosenselbe Kunstseide, in Spitzen garniert, Stück **2** 95
Complets Kunstseide, elegant ausgestattet, Stück **4** 50

HERREN-ARTIKEL

Nachthemden mit Kragen oder halstief, farbige bestick., Stück **3** 90
Tanzhemden weiss, mit gesticktem Manschetten, Stück **3** 50
Oberhemden Popeline, durchgehend, Stück **4** 90
Oberhemden Popeline, durchgehend, schöne Streifenmuster, Stück **6** 75
Schlafanzüge mit und ohne Verschönerung, Stück **6** 90
Stehumlegekragen Mako, 4fach, viele moderne Formen, Stück **50** Pz.

KORSETTE

Strumpfhaltergürtel guter Drill, mit 4 Haltern, Stück **50** Pz.
Strumpfhaltergürtel eleganter Jacquardstoff, Stück **95** Pz.
Büstenhalter Kunstseide, Stück **95** Pz.
Sportgürtel haltbarer Drill, vorn zum Knöpfen, Stück **1** 45
Hüftgürtel Brochstoff, mit Gummirollen, Stück **2** 85

LEINENWAREN

Küchenhandtücher weiss Gerstenkorn mit roter Kante, gest. u. geb., St. von weiss-rot kariert, gest. u. geb., Stück **38** Pz.
Halbleinene Wischtücher weiss u. geb., Stück **38** Pz.
Jacquardhandtücher bunte Blumendesigne, ca. 40/100, gest. u. geb., St. **78** Pz.
Tischfächer gute halblein. Jacquard, 30 Servietten, ca. 40/60, gest. u. geb., Stück **3** 90 **85** Pz.
Tischfächer vollweiss gebleicht, Damastmuster, ca. 100/100, St. **4** 25 **85** Pz.

FROTTIERWÄSCHE

Handtücher farbig gemastert, Stück **48** Pz.
Handtücher mit eingewirter Buchstaben, Stück **1** 05
Badelaken für Kinder, farbig, Stück **1** 35
Badelaken gute Qualität, Gr. ca. 100/150 cm, Stück **5** 90
Bademantel moderne Muster, Stück **9** 75

WÄSCHESTOFFE

Hemdentuch ca. 80 cm breit, Meter **35, 48** Pz.
Makotuch ca. 90 cm breit, für feine Leibwäsche, Meter **72, 85** Pz.
Louisianatuch ca. 90 cm breit, für Kopf- und Halswäsche, Meter **48, 65** Pz.
Louisianatuch ca. 130 cm breit, für Deck- und Bettwäsche, Meter **78, 98** Pz.
Wäschebaist farbig, ca. 60 cm breit, Meter **78** Pz.

HERMANN TIEZ

Leipziger Strasse · Alexanderplatz · Frankfurter Allee · Belle-Alliance-Strasse
Brunnenstrasse · Kottbuser Damm · Wilmsdorfer Strasse · Andreasstrasse

Inferum lieben Freunde und
Vorgesetzten
Heinrich Metzke
geb. am 7. Geburtstage die
herzlichsten Glückwünsche.
Die Parteinormen u. gewollten
4. Kreis Preussischer Herz

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung: Antje Herlin
Todesanzeige
Den Hinterbliebenen zur Bestärkung, daß
unter Aufricht. der Arbeiter
Friedrich Rosengarth
geb. 31. August 1884, am 7. Februar
gestorben ist.
Ob seiner Unbestimmtheit
Die Beerdigung findet am
Dienstag, dem 11. Februar, 12 Uhr,
im Krematorium Wilmsdorf, Ber-
liner Strasse, statt.
Regel Beteiligung erachtet
Die Obiterrichtung

Am 7. Februar verstarb nach langem,
schwerem Leiden, mein lieber Mann,
unser guter Vater, Großvater und
Schwiegervater
Heinrich Ebeling
im 71. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Friederike Ebeling
Güter, Wilmshof 2

Am 7. Februar verstarb nach langem,
schwerem Leiden, mein lieber Mann,
unser guter Vater, Großvater und
Schwiegervater
Heinrich Ebeling
im 71. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Friederike Ebeling
Güter, Wilmshof 2

Die Beerdigung findet am Dienstag,
dem 12. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im
Krematorium Wilmshofweg, Rir-
hofstraße 221, statt.

Am 8. Februar, morgens 5 Uhr, ver-
starb nach langem schweren Leiden
unser gute, liebe Mutter, Schwieger-
und Großmutter
Auguste Hoelzner
geb. Lieske
im Alter von 79 Jahren In ihrer
Ruhestätte ruhen lassen an
Frieda Heckmann, geb. Hoelzner
Berta Anna Helene, Tochter
Paul Heckmann
Helms.
Die Beerdigung findet am Mit-
woch, dem 13. Februar, abends 6 1/2 Uhr,
im Krematorium Wilmshofweg, Rir-
hofstraße 221, statt.

Am 8. Februar starb plötzlich und
unerwartet meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Schwiegermutter und
Schwester, Frau
Helene Kayser
geb. Mertens
im 63. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Georg Kayser
Tempelhofer, Kaiser-Wilhelm-Str. 21
Die Beerdigung findet am Donnerstag,
dem 14. Februar, nachmittags 6 Uhr,
im Krematorium Wilmshofweg, Rir-
hofstraße 221, statt.

Am 8. Februar starb plötzlich und
unerwartet meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Schwiegermutter und
Schwester, Frau
Helene Kayser
geb. Mertens
im 63. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Georg Kayser
Tempelhofer, Kaiser-Wilhelm-Str. 21
Die Beerdigung findet am Donnerstag,
dem 14. Februar, nachmittags 6 Uhr,
im Krematorium Wilmshofweg, Rir-
hofstraße 221, statt.

Am 8. Februar starb plötzlich und
unerwartet meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Schwiegermutter und
Schwester, Frau
Helene Kayser
geb. Mertens
im 63. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Georg Kayser
Tempelhofer, Kaiser-Wilhelm-Str. 21
Die Beerdigung findet am Donnerstag,
dem 14. Februar, nachmittags 6 Uhr,
im Krematorium Wilmshofweg, Rir-
hofstraße 221, statt.

Am 8. Februar starb plötzlich und
unerwartet meine liebe Frau, unsere
gute Mutter, Schwiegermutter und
Schwester, Frau
Helene Kayser
geb. Mertens
im 63. Lebensjahre.
Im Namen der Hinterbliebenen
Georg Kayser
Tempelhofer, Kaiser-Wilhelm-Str. 21
Die Beerdigung findet am Donnerstag,
dem 14. Februar, nachmittags 6 Uhr,
im Krematorium Wilmshofweg, Rir-
hofstraße 221, statt.

Freitagabend starb nach kurzer Krankheit
und schwerem Kampf meine innigst geliebte Frau
Leni Hehr
geb. Semrau
Dieses seligen tiefberührt an:
Werner Hehr als Gatte
und **Wölfchen**,
Marin Semrau als Vater
Die Geschwister und
Schwiegereltern
Berlin-Britz. Berlin-Schöneberg.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem
13. Februar, um 1/4 Uhr von der Kapelle des
St.-Matthias-Friedhofes, Südende, Schöneberger
Straße, aus statt.

Hierdurch erfülle ich die traurige Pflicht,
den Tod meiner lieben Mutter
Frau Auguste Loewenstein
geb. Kerschhof
mitzutheilen. Im Namen aller Hinterbliebenen
Dr. Georg Loewenstein
Bin.-Lichtenberg, im Februar 1939
Wilmshofstr. 26.
Von Beileidsbesuchen bitte ich abzu-
sehen. Die Beisetzung ist bereits erfolgt.

Hierdurch erfülle ich die traurige Pflicht,
den Tod meiner lieben Mutter
Frau Auguste Loewenstein
geb. Kerschhof
mitzutheilen. Im Namen aller Hinterbliebenen
Dr. Georg Loewenstein
Bin.-Lichtenberg, im Februar 1939
Wilmshofstr. 26.
Von Beileidsbesuchen bitte ich abzu-
sehen. Die Beisetzung ist bereits erfolgt.

Hierdurch erfülle ich die traurige Pflicht,
den Tod meiner lieben Mutter
Frau Auguste Loewenstein
geb. Kerschhof
mitzutheilen. Im Namen aller Hinterbliebenen
Dr. Georg Loewenstein
Bin.-Lichtenberg, im Februar 1939
Wilmshofstr. 26.
Von Beileidsbesuchen bitte ich abzu-
sehen. Die Beisetzung ist bereits erfolgt.

Am 7. Februar verstarb nach
langem, schwerem Leiden meine gute,
liebe Mutter, unsere liebe Schwägerin
und Tante
Olga Ehrlich
geb. Steinhilber
Im Namen der Hinterbliebenen
Hans Ehrlich
Str. Wilmshof, den 9. Februar
Die Beerdigung findet am 12. Fe-
bruar, 17 1/2 Uhr, im Krematorium
Berlin - Wilmshofweg, Rir-
hofstraße 221, statt.

Die Beerdigung findet am 12. Fe-
bruar, 17 1/2 Uhr, im Krematorium
Berlin - Wilmshofweg, Rir-
hofstraße 221, statt.

Sterbekasse 56 Berlin
Dienstag, den 19. Februar, abends 7 Uhr
Pharus-Halle, Müllerstr. 143, parterre
General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht.
2. Kassenbericht.
3. Bericht der Revisoren.
4. Vorschläge.
5. Wahl der Revisoren.
6. Verschiedenes. Anträge.
Zutritt nur für Mitglieder. Mitglieds-
buch ist vorzulegen.
Um rege Beteiligung wird gebeten.
Der Vorstand: I. A. R. Bergemann
Berlin N 68, Transvaalstr. 15, III.

Metallbetten 1250
Kinderbett, Chaiselonn, 20.-, Polst.-
Stahlmatr., Solas = R. feinzahlg.
Göhr Berlin, Pappelallee 1.
Pankow, Schmidtstr. 1

Der köstlichste Kaufabak
ist Kapitän, 15 u. 20 Pig Vkl.
Fordern Sie in den Geschäften ausdrücklich diesen



„Was ist denn das für ein merkwürdiger Stein
in deinem Ring?“
„O, das ist das Rührerange der berühmten Film-
diva Mia Mau. Ich habe ihn im Seebad mit einem
„Lebewohlplaster“ ausgehollt, und als Erin-
derung schenkte sie mir diesen Ring!“

*) Gemeint ist natürlich das berühmte, von vielen Ärzten
empfohlene Rührerange Lebewohl und Leb-wohl-
gärtchen, eben, Bleichdose (3 Flaschen 78 Pfg., Lebewohl-
Pflaster gegen empfindliche Fälle und Fußschwellen, Schachtel
12 Bänder) 90 Pfg., erhältlich in Apotheken und Drogerien.
Wenn Sie keine Empfehlungen erleben wollen, verlangen
Sie ausdrücklich das echte „Lebewohl“ in Bleichdose und
weisen andere, angeblich „ebenso gute“ Mittel zurück.

Anträge zum Parteitag in Magdeburg.

Bericht des Parteivorstandes.

Hamburg. Der Parteivorstand wird ersucht, die Agitation für eine weitere Verfüzung der Arbeitszeit in die Hand zu nehmen, damit auf dem nächsten internationalen Arbeiterkongreß diese neue Forderung an die kapitalistische Welt beraten und gegebenenfalls beschlossen werden kann.

München. Unsere Werbeweche sollen in Zukunft im Frühjahr abgehalten werden.

Hannover. Die Werbeweche für die Presse wird in den Herbst, die für die Partei ins Frühjahr verlegt.

Regensburg. Die Werbeweche für die Partei findet alljährlich in der ersten Maiwoche, die Werbeweche für die Presse jeweils im September statt.

Hannover. An Stelle des bisherigen Mitteilungsblatts für Funktionäre ist eine allgemeinverständliche Zeitschrift herauszugeben, die die politischen Tagesfragen in Theorie und Praxis untersucht. Die Zeitschrift wird den Parteifunktionären unentgeltlich geliefert.

Essen. Die Parteikorrespondenz ist allen Parteifunktionären unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. In Anbetracht dessen, daß der größte Teil der Parteifunktionäre ein sehr geringes Einkommen hat, ist es ausgeschlossen, daß die Funktionäre die Kosten für das Abonnement tragen können. Ohne Orientierungsblatt würde es den Funktionären aber nicht möglich sein, die Agitation so zu betreiben, wie es das Interesse der Partei erfordert. Berücksichtigt möge noch werden, daß die Kommunisten mit reichem Material versehen sind und der Kampf mit diesen erfolgreich nur dann betrieben werden kann, wenn auch unsere Genossen mit Agitationsmaterial aufs beste versehen sind.

Hamburg. Der Parteitag empfiehlt der Parteipresse, die Zeitschrift „Der Kinderfreund“, herausgegeben von der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde, sämtlichen Parteisektionen beizulegen.

Leipzig a. d. D. Es soll eine Kommission ernannt werden, die die Frage einer neuen deutschen Kolonialpolitik zu prüfen und dem nächsten Parteitag darüber Bericht zu erstatten hat.

München. Die Ausführungen im Heideberger Programm über Kultur- und Schulpolitik sind zu streichen und an dessen Stelle ist wieder der Punkt 6 des Erfurter Programms zu setzen.

Trier. Parteivorstand und Parteiauschuß werden beauftragt, baldigst klare Richtlinien für die beamteten Parteigenossen, insbesondere über ihr Verhältnis zu den Gewerkschaftsorganisationen herauszugeben.

Berlin. Der Parteitag wolle beschließen, daß Mitglieder der SPD., für deren Beruf freie Gewerkschaften bestehen, einer freien Gewerkschaft angehören müssen.

Dresden. Die Korporeure und Zeitungsträgerinnen sind mit in die Unterhaltungsorgane der Zeitungsabteilung aufzunehmen.

Neudamm. Bisher war es üblich, die ersten Stellen der Kandidatenlisten zu den Reichs- und Landtagswahlen in den verschiedensten Wahlkreisen mit Berliner Genossen zu besetzen. Der Parteitag wolle beschließen: in Zukunft müssen mindestens die drei ersten Kandidaten in dem betreffenden Wahlkreis anständig sein.

Düsseldorf. Die Mitarbeit an gegnerischen politischen Zeitungen ist allen Mitgliedern der Partei untersagt.

Stolpmünde. Der Parteitag erhebt gegen die Beförderung des republikfeindlichen Landrats v. Gills zum Oberregierungsrat Einspruch. Auf die parteigenösslichen Minister ist einzuwirken, daß sie sich in ihrer Personalpolitik nur von sozialistischen und republikanischen Grundsätzen leiten lassen.

Wolmirstedt. Von der Partei befohlene Funktionäre können nicht als stimmberechtigte Mitglieder zu den Reichs- und Parteiparteitagen gewählt werden.

München. Der Parteivorstand möge auf den Verlag Dietz-Berlin dahingehend einwirken, daß 1. die Literatur des Dietz-Verlages zu vollstimmlicheren Preisen als bisher erscheint, und 2. endlich längst vergriffene Werke der Parteigeschichte neu aufgelegt werden.

Zum Organisationsstatut.

Leipzig. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, das Rechtsverfahren unserer Partei einer eingehenden Nachprüfung zu unterziehen und dem nächsten Parteitag eine entsprechende Vorlage zur Abänderung des Parteistatutes vorzulegen.

Die Abänderung soll das Rechtsverfahren einfacher und übersichtlicher gestalten. Die Unterscheidung zwischen Berufung gegen eine Entscheidung und Rekurs sind zu beseitigen oder statutarisch ungewidmet festzulegen. Für das Verfahren sind die Befugnisse der Untersuchungskommission und des Schiedsgerichts sowie die Rechte des Angeeschuldigten möglichst genau festzulegen, so daß in jedem Falle der Anschein vermieden wird, als sei der Angeeschuldigte dem guten Willen oder Wohlwollen des Vorsitzenden der Untersuchungskommission ausgeliefert. Es ist festzulegen, unter welchen Voraussetzungen dem Angeeschuldigten bei den Verhandlungen vor einer Untersuchungskommission oder vor einem Schiedsgericht das Wort zur Geschäftsordnung verweigert werden kann. Bei Untersuchungen gegen Vorstandsmitglieder einer Organisation muß der Anschein vermieden werden, daß der Vorstand, dem die betroffenen Mitglieder angehören, in eigener Sache entscheidet.

Im besonderen müssen statutarische Sicherungen geschaffen werden, die es ausschließen, daß nach der Entscheidung der Untersuchungskommission oder des Schiedsgerichts eine Organisationsleitung ohne Wiederaufnahme des Verfahrens und ohne Gehör des Angeeschuldigten die gefällte Entscheidung von sich aus verschärft.

Dalsburg. In § 8 des Organisationsstatutes (beschlossen auf dem Parteitag 1924 in Berlin) ist für „Bezirksleitung“ Bezirkspartei zu setzen, so daß der erste Satz des § 8 lautet: Die Höhe der Wochenbeiträge wird für jeden Bezirk vom Bezirksparteitag festgelegt; er hat das Recht, für seinen Bezirk oder für einzelne Ortsvereine die Beiträge je nach Höhe der wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln.

Wiesfeld. Im Organisationsstatut erhält der § 8 im ersten Teil folgende Fassung:

§ 8. Die Höhe der Wochenbeiträge wird für jeden Bezirk von der Bezirksleitung (Bezirksvorstand) festgelegt; sie hat das Recht, für ihren Bezirk, für einzelne Ortsvereine oder für einzelne Gruppen die Beiträge je nach Höhe der wirtschaftlichen Verhältnisse zu regeln.

München. Der Parteitag beschließt für das ganze Reich einen einheitlichen Wochenbeitrag von 15 Pf. für alle Lohnempfänger bis zu 200 M. monatlich. Darüber hinaus sind die Beiträge stufenweise zu erhöhen.

Freital (Bezirk Osthausen). Der Parteitag wolle sich dafür einsetzen, daß Reichskassen geschaffen werden, nach denen finanziell leistungsfähige Genossen zu den finanziellen Kosten der Parteibewegung in größerem Maße als bisher heranzuziehen sind.

Düsseldorf. Im Parteibeitrag liegt in Zukunft ein Anteil für die von der Partei betreuten Organisationen: Arbeiterwohlfahrt, SAJ, Kinderfreunde. Ein Sonderbeitrag für diese Organisationen fällt fort.

Beuthen (O.-S.) In Anbetracht dessen, daß die Partei sich in erhöhtem Maße vor Aufgaben kommunalpolitischer Art gestellt sieht, die Durchführung der Bildungs-, Agitations- und Wahlarbeit aber vorwiegend Aufgabe örtlicher Parteifunktionen ist, wird be-

antragt: Der Anteil der Ortsvereine am Parteibeitrag ist von bisher 20 auf 25 Proz. zu erhöhen.

Beuthen (O.-S.) Der Parteitag wolle prüfen, ob sich die Zugehörigkeit zum Verein für das Auslandsdeutschtum mit der Parteimitgliedschaft vereinbaren läßt.

Bericht der Wehrprogrammkommission.

Entwurf der vom Parteivorstand eingesetzten Kommission.

I.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands verwirft den Krieg als Mittel der Politik. Sie fordert friedliche Lösung aller internationalen Konflikte durch obligatorische Schiedsgerichte, Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument des Friedens.

Sie ist entschlossen, gemäß den Beschlüssen des Brüsseler Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale vom August 1928 den stärksten Druck, selbst mit revolutionären Mitteln, gegen jede Regierung auszuüben, die es ablehnt, sich einem Schiedspruch zu unterwerfen und zum Kriege schreitet.

II.

Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für vollständige Abrüstung durch internationale Abkommen.

Die Abrüstung wird nur dann dem Frieden dienen, wenn sie nicht eine einseitige Verpflichtung ist, wie sie den Besiegten des Weltkrieges durch die Sieger auferlegt wurde. Nur zwischen gleichberechtigten Nationen ist dauernder Friede zu erreichen.

Der Deutschen Republik ist die historische Mission zugefallen, Vorkämpferin der internationalen Abrüstung zu sein. Diese Mission kann sie nur dann erfüllen, wenn sie die ihr aufgezwungenen einseitigen Abrüstungsbeschränkungen nicht überschreitet und nicht durch Versuche, sie zu umgehen oder zu verlegen, anderen Nationen Grund oder Vorwand zur Ablehnung internationaler Abrüstungsabkommen und zu noch stärkeren Abrüstungen liefert.

Eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Abrüstungsbeschränkungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszusprechen, erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands nicht an.

III.

Der wirksamste Schutz der deutschen Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Doch droht aber die Nachpolitik imperialistischer und faschistischer Staaten mit konterrevolutionären Interventionen und neuen Kriegen. Deutschland kann als Aufmarschgebiet mißbraucht und wider Willen in blutige Vermislungen hineingezogen werden.

Solange diese Gefahren bestehen und solange sie nicht durch sozialistische Regierungen, wenigstens in den wichtigsten Ländern zum Verschwinden gebracht werden können, ist die deutsche Republik genötigt, zum Schutze der Selbstbestimmung ihres Volkes eine Wehrmacht aufrechtzuerhalten.

Die Wehrmacht kann ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn sie in ihrem Denken und Fühlen mit dem Volk verbunden ist und sich — im Gegensatz zu allen militaristischen Tendenzen, die auf die Beherrschung des Staates durch das Militär hinauslaufen — als dienendes Glied in die demokratische Republik einordnet.

Um die Reichswehr in diesem Sinne umzugestalten, stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands insbesondere folgende Forderungen:

1. Kontrolle des Reichstags über alle Verträge der Heeresverwaltung.
2. Keine Subvention an Privatfirmen, die mittelbar oder unmittelbar illegale Rüstungen dient.
3. Verbot der Bestrafung von Veröffentlichungen über illegale Rüstungen.
4. Gesetzliche Bestimmungen zur Sicherung einer unparteiischen Rekrutierung.
5. Beseitigung des Bildungsprivilegs für das Offizierskorps und gesetzliche Festlegung eines Mindestkontingents für den aus dem Mannschaftsstande zu entnehmenden Offiziersersatz.
6. Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten.
7. Schutz der Rechte der Soldaten durch eine von ihnen gewählte Personalvertretung.
8. Demokratisierung des Disziplinarrechts und des Militärstrafrechts.
9. Republikanische Lehrkräfte und Lehrbücher beim Unterricht.
10. Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.

IV.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands bekämpft die immer stärker hervortretende Absicht führender Militärs aller Länder, völkerrhetorische Hemmungen der Kriegführung, die in jahrtausendelanger Entwicklung Gemeingut geworden sind, gänzlich zu beseitigen und den Zukunftskrieg rückwärtslos über die Heeresfronten hinweg gegen die Zivilbevölkerung zu führen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands brandmarkt diese barbarische Absicht und fordert die Neuverfestigung des Völkerrechts im Sinne der Humanität. Insbesondere fordert sie Verbot des Gaskrieges und der Verwendung von Bakterien zur Kriegführung.

V.

Die sozialistischen Forderungen können nur verwirklicht werden durch die gemeinsamen und energischen Bestrebungen der organisierten Arbeiter, durch die unablässige Aufklärung der Arbeiter über die Ursachen und Gefahren der Rüstungen, durch Erziehung und Unterricht im Geiste des Friedens, um auch die moralische Abrüstung vorzubereiten, und durch den gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Kampf des Proletariats gegen die herrschenden Klassen bis zur Verwirklichung des Sozialismus.

Das sozialistische Endziel bildet eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, also ohne Klassen und ohne Klassenkämpfe, eine Gesellschaft ohne Streben nach Ausbeutung von Ausbeutungsgebieten, also ohne Rüstungen und ohne Kriege.

Der Sozialismus ist die Macht, die der Welt den dauernden Frieden bringen wird.

Planen beantragt:

A. Grundsätzliches.

I.

In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus.

Deshalb bekämpft die Sozialdemokratie vor wie nach Erklärung eines Krieges die Bourgeoisie als die für seinen Ausbruch verantwortliche herrschende Klasse, mag auch der Krieg jeweils als Verteidigungskrieg oder als Krieg zum Schutze der Neutralität oder der Demokratie bezeichnet werden. Sie verweigert daher auch alle Mittel zur Führung eines solchen Krieges und bekämpft alle Vorbereitungen dazu.

Darum lehnt die Sozialdemokratie im kapitalistischen Staat die Mittel für die Wehrmacht ab und kämpft für Beseitigung dieser Wehrmacht.

II.

Die Sozialdemokratie sieht ihre Aufgabe darin, den Gegensatz zwischen dem Proletariat und der Wehrmacht als dem Machtinstrument der Bourgeoisie aufs schärfste zu betonen, denn die Wehrmacht ist nicht nur dazu bestimmt, den außenpolitischen Interessen der Bourgeoisie zu dienen, sondern sie wird auch gegebenenfalls bei entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie zur Niederhaltung des Proletariats benutzt.

III.

Dem Beschluß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Brüssel folgend, ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entschlossen, den stärksten Massenruck auch in seiner revolutionären Form, gegen jede deutsche Regierung anzuwenden, die im Falle internationaler Konflikte zum Kriege schreitet.

Wird ein Krieg in der kapitalistischen Epoche trotz der entschiedenen Gegenwehr der Sozialdemokratie nicht verhindert, so muß die Sozialdemokratie sich für die sofortige Beendigung des Krieges einsetzen und mit allen Kräften und allen Mitteln dahin streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zum Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.

IV.

Landesverteidigung ist für die Bourgeoisie Verteidigung ihrer Klassenherrschaft und ihrer Klasseninteressen.

Landesverteidigung ist für das Proletariat Kampf um die Befreiung des Landes von der Herrschaft der Bourgeoisie.

Der Sturz der Bourgeoisie und die Übernahme der Staatsmacht, die Beherrschung der Produktion und der Verkehrsmittel durch das Proletariat und ihre Verwendung im proletarischen Interesse sind die einzige Voraussetzung dafür, daß das Proletariat für die Landesverteidigung eintritt. Die Vorbereitung und Schulung zu dieser Aufgabe, d. h. die Wehrhaftmachung des Proletariats, gehört zu den wichtigsten sozialpädagogischen Aufgaben der proletarischen Klasse.

V.

Durch die technische Entwicklung ist der Schwerpunkt der militärischen Kraft in die Produktion und das Verkehrsnetz gelegt. Damit wird das Proletariat als der nicht uniformierte und nicht in militärischen Verbänden zusammengefasste Teil der Bevölkerung zum eigentlichen Träger der Kriegführung. Beide Momente zusammen garantieren für den Fall der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat die volle Wehrkraft des proletarischen Staates auch ohne die Übernahme einer Reichswehr und materieller Vorratserüstungen vom bürgerlichen Staat.

Andererseits ist der bisherige Begriff der Abrüstung durch die technische Entwicklung überholt. Der Abbau von Truppenkörpern und die Verminderung der Waffen und der unmittelbar zur Kriegführung dienenden technischen Mittel bedeuten entweder gar keine, oder doch keine wesentliche Verminderung der Wehrkraft. Eine solche wäre nur zu erreichen durch Schwächung der Produktivkraft der Gesamtwirtschaft, ein Weg, den das Proletariat nicht betreten kann. Vor die immer bedeutungsloser werdende und wesentlich nur noch zu Täuschungsmanövern der Bourgeoisie verwandte Forderung nach „Abrüstung“ ist daher — unabhängig der Ablehnung auch aller direkten Wehrausgaben — die Forderung nach Kontrolle der gesamten Produktion durch die Organisation des Proletariats in den Vordergrund zu rücken.

Der Kampf um die Durchführung dieser Forderung schafft einmal wesentliche Voraussetzungen dafür, daß das Proletariat im Falle der Eroberung der politischen Macht insbesonde ist, die gesamte Produktion möglichst reibungslos in den Dienst seiner Verteidigung zu stellen, und ist andererseits gleichzeitig wesentliche Voraussetzung für die Eroberung der politischen Macht und ihre Erhaltung nach der Eroberung. So zeigt sich, daß die Stellung des Proletariats zur Wehrfrage untrennbarer Bestandteil des proletarischen Klassenkampfes ist und nach Form und Inhalt durch die Bedingungen des gesamten Klassenkampfes bestimmt ist.

B. Aktionsprogramm.

Die ideologische und organisatorische Sammlung des deutschen Proletariats auf dieser Grundlage ist Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zur Förderung dieser Sammlung führt sie den dauernden Kampf:

1. gegen den Mißbrauch des Begriffs der Abrüstung, insbesondere gegen die falsche Behauptung von der Wehrlosigkeit des heutigen Deutschlands;
2. um die parlamentarische und gewerkschaftliche Kontrolle aller Industrien und Verkehrseinrichtungen, in erster Linie derer, die unmittelbar zu Kriegszwecken eingesetzt werden können; die unmittelbar zu Kriegszwecken eingesetzt werden können;
3. um die parlamentarische Kontrolle der Reichswehr und Marine und aller Verträge, die die Heeresverwaltung und ihre nachgeordneten Stellen abschließen;
4. um die Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat bis zur völligen Beseitigung aller Rüstungsausgaben;
5. um die Abschaffung der Kriegsschiffe;
6. um ein Verbot der Wehrverbände;
7. um die Beseitigung des bestehenden Rekrutierungssystems; um die Einstellung der körperlich Tauglichen durch Auslosung auf Grund freiwilliger Meldungen;
8. um die Entnahme der Offiziere aus den Mannschaften;
9. um das Recht der Soldaten auf Wahl einer Personalvertretung zum Schutze ihrer Rechte; um die Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten; um die volle Koalitionsfreiheit und das Mitbestimmungsrecht für die Soldaten;
10. um ein Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit;
11. gegen alle Subventionen aus öffentlichen Mitteln an die Privatindustrie, soweit nicht die vollständige parlamentarische und gewerkschaftliche Kontrolle der subventionierten Betriebe gesichert wird; um die Ablehnung der Zuwendungen für die Luftschiffahrt;
12. um die Beseitigung derjenigen strafrechtlichen Bestimmungen, die illegale Rüstungen schützen.

Hann a. M., Kaiserlautern und Sulz beantragen:

A. Grundsätzliches.

I.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will dem bürgerlichen Staat die Mittel zur Führung von Kriegen nehmen.

Das kann nicht allein durch die sogenannte Abrüstung — das heißt durch die Beseitigung von Truppenkörpern und Waffen und der unmittelbar zur Kriegführung dienenden technischen Mittel — erreicht werden. Vielmehr ist dazu die ständige und lückenlose Kontrolle aller zu Kriegszwecken geeigneten Produktionsmittel des Landes durch die Organisation des Proletariats notwendig.

II.

In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus. Deshalb lehnt die Sozial-

demokratie jeden Krieg ab, mag er auch bei seinem Beginn als Verteidigungskrieg oder als Krieg zum Schutze der Neutralität bezeichnet werden.

Die Sozialdemokratie lehnt darum auch im kapitalistischen Staat die Mittel für die Wehrmacht ab und kämpft für die Beseitigung dieser Wehrmacht.

Dies muß die Sozialdemokratie auch aus innerpolitischen Gründen tun, weil die herrschende Klasse die Wehrmacht bei allen Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie zur Niederhaltung der Arbeiterklasse benützt.

III.

Dem Beschluß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Brüssel folgend, ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entschlossen, den stärksten Massendruck, auch in seiner revolutionären Form, gegen jede deutsche Regierung anzuwenden, die im Falle internationaler Konflikte zum Kriege schreitet und es ablehnt, sich einem Schiedsverfahren zu unterwerfen.

Wird ein Krieg in der kapitalistischen Epoche trotz der entschiedenen Gegenwehr der Sozialdemokratie nicht verhindert, so macht sie ihren Mitgliedern die entschiedene Kriegsdienstverweigerung zur Pflicht und ruft die gesamte Arbeiterbewegung zur Solidarität auf, ferner muß die Sozialdemokratie sich für die sofortige Beendigung des Krieges einsetzen und mit allen Kräften und allen Mitteln dahin streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Beschleunigung des Sturzes der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.

IV.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt immer wieder den Klagen gegen die in der kapitalistischen Gesellschaft in den Vordergrund des politischen Kampfes. Sie ist sich bewußt, daß der Bourgeoisie die innen- und außenpolitisch von ihr nur für ihre Klasseninteressen gebrauchten Wehrmittel entwunden werden müssen, und daß es zugleich notwendig ist, diejenigen proletarischen Nachmittels zu schaffen, deren die werdende sozialistische Gesellschaft zu ihrer Verteidigung bedarf.

B. Aktionsprogramm.

Ohne von dieser prinzipiellen Stellung der Wehrmacht im kapitalistischen Staat (der Reichswehr) gegenüber abzugehen, fordert die Sozialdemokratie für die Gegenwart, um die Reichswehr ihres Charakters als Machsinstrument der herrschenden Klasse zu entkleiden:

1. Keimerei Mobilisierung ohne Parlamentsbeschluß. Parlamentarische Kontrolle der Reichswehr.
2. Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat.
3. Abschaffung der Kriegsschiffe.
4. Verbot der Wehroerbände.
5. Aenderung des bestehenden Rekrutierungssystems. Einstellung der körperlich Tauglichen durch Auslosung.
6. Beseitigung des Bildungsprivilegs für das Offizierskorps.
7. Wahl einer Personalvertretung durch die Soldaten zum Schutz ihrer Rechte. Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten.
8. Demokratisierung des Disziplinarrechts und des Militärstrafrechts.
9. Planmäßige Förderung des Friedensgebantens auf allen Volks- und höheren Schulen.
10. Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.
11. Parlamentarische Kontrolle aller Verträge der Heeresverwaltung.
12. Parlamentarische Kontrolle aller Industrien und Verkehrseinrichtungen, die zu Kriegszwecken einsetzt werden können.
13. Keine Subventionen aus öffentlichen Mitteln an die Privatindustrie, die zu illegalen Rüstungen mißbraucht werden könnten. Ablehnung der Zulassungen für die Luftschiffahrt.
14. Beseitigung derjenigen strafrechtlichen Bestimmungen, die illegale Rüstungen schützen.

Leipzig und Chemnitz beantragen:

A. Grundjähriges.

I.

In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus.

Deshalb bekämpft die Sozialdemokratie vor wie nach Erklärung eines Krieges die Bourgeoisie als die für seinen Ausbruch verantwortliche herrschende Klasse, mag auch der Krieg jeweils als Verteidigungskrieg oder als Krieg zum Schutze der Neutralität bezeichnet werden. Sie verweigert daher auch alle Mittel zur Führung eines solchen Krieges und bekämpft alle Vorbereitungen dazu.

Darum lehnt die Sozialdemokratie im kapitalistischen Staat die Mittel für die Wehrmacht ab und kämpft für Beseitigung dieser Wehrmacht.

Das kann nicht allein durch die sogenannte Abrüstung — das heißt durch den Abbau von Truppenkörpern und die Verminderung der Waffen und der unmittelbar zur Kriegsführung dienenden technischen Mittel — erreicht werden. Vielmehr ist dazu die ständige und wissenschaftliche Kontrolle aller zu Kriegszwecken geeigneten Produktionsmittel des Landes durch die Organisationen des Proletariats notwendig.

II.

Die Sozialdemokratie sieht ihre Aufgabe darin, den Gegensatz zwischen dem Proletariat und der Wehrmacht als dem Machsinstrument der Bourgeoisie aufs schärfste zu betonen, denn die Wehrmacht ist nicht nur dazu bestimmt, den außenpolitischen Interessen der Bourgeoisie zu dienen, sondern sie wird auch gegebenenfalls bei einschneidenden Auseinandersetzungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie zur Niederhaltung des Proletariats benützt.

III.

Dem Beschluß der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Brüssel folgend, ist die Sozialdemokratische Partei Deutschlands entschlossen, den stärksten Massendruck, auch in seiner revolutionären Form, gegen jede deutsche Regierung anzuwenden, die im Falle internationaler Konflikte zum Kriege schreitet.

Wird ein Krieg in der kapitalistischen Epoche trotz der entschiedenen Gegenwehr der Sozialdemokratie nicht verhindert, so muß die Sozialdemokratie sich für die sofortige Beendigung des Krieges einsetzen und mit allen Kräften und allen Mitteln dahin streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zum Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft auszunutzen.

IV.

Vanderversiedigung ist für die Bourgeoisie Verteidigung ihrer Klassenherrschaft und ihrer Klasseninteressen.

Vanderversiedigung ist für das Proletariat Kampf um die Befreiung des Landes von der Herrschaft der Bourgeoisie.

Durch die technische Entwicklung ist der Schwerpunkt der Landesverteidigung in die Produktion und in das Verkehrswesen gelegt, die mit der Kriegserklärung in vollem Umfang in den Dienst der Kriegsführung gestellt werden. Damit wird das Proletariat als der nicht uniformierte und nicht in militärischen Verbänden zusammengeschlossene Teil der Bevölkerung zum eigentlichen Träger der Kriegsführung. Der Sturz der Bourgeoisie und die Uebernahme der Staatsmacht, die Beherrschung der Produktion und der Verkehrsmittel durch das Proletariat und ihre Verwendung im proletarischen Interesse sind die einzige Voraussetzung dafür, daß das Proletariat für die Landesverteidigung eintritt. Die Vorbereitung und Schulung zu dieser Aufgabe, d. h. die Wehrtaugmachung des Proletariats, gehört zu den wichtigsten sozialpädagogischen Aufgaben der proletarischen Klasse.

B. Aktionsprogramm.

Ohne von dieser prinzipiellen Stellung gegenüber der Wehrmacht im kapitalistischen Staat (der Reichswehr) abzugehen, fordert die Sozialdemokratie für die Gegenwart:

1. Parlamentarische Kontrolle der Reichswehr und Marine und aller Verträge, die die Heeresverwaltung und ihre nachgeordneten Stellen abschließen.

2. Dauernden Kampf um die Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat bis zur völligen Beseitigung aller Rüstungsausgaben.
3. Abschaffung der Kriegsschiffe.
4. Verbot der Wehroerbände.
5. Aenderung des bestehenden Rekrutierungssystems. Einstellung der körperlich Tauglichen durch Auslosung auf Grund freiwilliger Meldungen.
6. Entnahme der Offiziere aus den Mannschaften.
7. Wahl einer Personalvertretung durch die Soldaten zum Schutz ihrer Rechte. Sicherung der staatsbürgerlichen Rechte der Soldaten. Volle Koalitionsfreiheit und Mißbestimmungsrecht für die Soldaten.
8. Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.
9. Parlamentarische und gewerkschaftliche Kontrolle aller Industrien und Verkehrseinrichtungen, die zu Kriegszwecken eingesetzt werden können.
10. Keine Subventionen aus öffentlichen Mitteln an die Privatindustrie, die zu illegalen Rüstungen mißbraucht werden könnten. Ablehnung der Zulassungen für die Luftschiffahrt.
11. Beseitigung derjenigen strafrechtlichen Bestimmungen, die illegale Rüstungen schützen.

Berlin.

A. Entschließung zur Vertagung des Wehrprogramms.

Der Entwurf der Richtlinien zur Wehrpolitik wird an die Programmkommission zurückverwiesen.

Die Programmkommission wird beauftragt, dem Entwurf eine Fassung zu geben, die auch für die Gegenwart den entschiedenen Willen der Partei zur Abrüstung und zur Beschränkung des Wehretats klar zum Ausdruck bringt. Der entsprechend geänderte Entwurf ist erst auf dem nächsten Parteitag zu verabschieden.

B. Eventualantrag zu den Kommissionsrichtlinien der Wehrpolitik.

Abchnitt I und die drei ersten Absätze von Abchnitt II der Richtlinien über die Abrüstungspolitik bleiben erhalten. Satz 2 und Absatz 2 des bisherigen Abchnitts III werden gestrichen. Der Absatz II wird wie folgt fortgesetzt:

„Der wirksamste Schutz der deutschen Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Deshalb erkennt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands eine Verpflichtung der deutschen Republik, die ihr auferlegten Rüstungsbestimmungen ohne Rücksicht auf ihre politische und militärische Zweckmäßigkeit auszuwickeln, nicht an, sondern fordert den planmäßigen Abbau der militärischen Rüstung Deutschlands aus eigenem Willen unter besonderer Berücksichtigung der sozialen und finanziellen Verhältnisse.“

Abchnitt III beginnt wie folgt:

„Solange eine Wehrmacht besteht, ist es die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, allen militaristischen Tendenzen, die auf die Beherrschung des Staates durch das Militär hinauslaufen, entgegenzuarbeiten.“

Um die Wehrmacht zu einem zuverlässigen Instrument der sozialen und demokratischen Republik umzugestalten, stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands insbesondere folgende Forderungen auf.“ (Hier folgen die zehn Forderungen der Richtlinien.)

C. Antrag zum Bau des Panzerkreuzers A.

Der Parteitag billigt die Haltung der Reichstagsfraktion betreffend den Bau des Panzerkreuzers A.

Der Parteitag beschließt: Die 2. Rate für den Bau des Panzerkreuzers A ist von der Reichstagsfraktion wie von den parteigewählten Ratsmitgliedern abzulehnen.

D. Entschließung zur Uebernahme von Reichswehrangehörigen in den Reichs-, Staats- und Gemeindedienst.

Der Bezirksparteitag sieht in der umfangreichen unbegrenzten Ueberweisung von Versorgungsanwärtern in Beamtenstellen eine ernste Gefahr für einen sozial und technisch gut vorgebildeten Nachwuchs von Beamten und Angestellten in den Verwaltungsdienst. Er sieht ferner in diesem Verfahren eine wesentliche Beeinträchtigung der Selbstverwaltung.

Er verlangt, daß die preussische Landtagsfraktion dahin wirkt, daß den Selbstverwaltungskörpern kein Versorgungsanwärter gegen ihren Willen aufgezogen wird. Reichstags- und Landtagsfraktion sollen ferner eine gründliche Veränderung des Versorgungsanwärterwesens in dem Sinne herbeiführen, daß Reichswehr- und Polizeiangehörige zeitig genug geschult und ausgebildet werden, um in den allgemeinen Wirtschaftsprozess übertreten zu können.

Bochum. Zu den Richtlinien der Wehrkommission wird beantragt:

Absatz 1 und 2 bleibt bestehen.

Absatz 3 soll lauten:

„Der wirksamste Schutz der Deutschen Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist.“

„Solange die Sozialdemokratie nicht in der Lage ist, die alleinige Herrschaft über die staatslichen Rechtspositionen zu erreichen und damit auch die jegliche Wehrmacht im kapitalistischen Staat nicht beizubehalten, ist sie bestrebt, die Reichswehr ihres Charakters als Machsinstrument der Bourgeoisie zu entkleiden.“

Um die Reichswehr in diesem Sinne umzugestalten, stellt die SPD, insbesondere folgende Forderungen:

1. Kontrolle des Reichstages über alle Verträge der Heeresverwaltung.
2. Zivile Behörden für innere Verwaltung der Reichswehr.
3. Herabsetzung der Ausgaben für den Wehretat.
4. Abschaffung der Kriegsschiffe.
5. Verbot der Wehroerbände.
6. Keine Subventionen an Privatfirmen, die mittelbar oder unmittelbar illegale Rüstungen dient.
7. Verbot der Bestrafung von Veröffentlichungen über illegale Rüstungen.
8. Gesetzliche Bestimmungen zur Sicherung einer unparteiischen Rekrutierung.
9. Beseitigung des Bildungsprivilegs für das Offizierskorps. Der Offiziersersatz ist restlos dem Mannschaftenstande zu entnehmen.
10. Gleichstellung der politischen Rechte der Soldaten mit denen aller übrigen Staatsbürger.
11. Schutz der Rechte der Soldaten durch Anerkennung der Koalitionsfreiheit im Sinne ungehinderter gewerkschaftlicher Betätigung. Wiedereinführung der aus freier, geheimer und gleicher Wahl hervorgegangenen Soldatenräte, die das Recht der Klage gegen mißliebige Vorgesetzte und der Einsichtnahme bei Beförderungen haben.
12. Demokratisierung des Disziplinarrechts und des Militärstrafrechts.
13. Republikanische Wehrkräfte und Wehrbücher beim Unterricht.
14. Verbot der Verwendung militärischer Kräfte bei Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.

Absatz 4 und 5 bleibt bestehen.
Hamburg. Zu den Einzelanforderungen des Wehrprogramms werden folgende Ergänzungen beantragt:

1. Kontrolle des Reichstages über alle Angelegenheiten der Reichswehr und über alle Verträge und Abmachungen der Heeresverwaltung.
2. Verstaatlichung der Rüstungsindustrie.
3. Gesetzlicher Schutz der Untergebenen gegen Mißbrauch der Dienstgewalt durch Vorgesetzte.

Bremen. Absatz 1, 2, 4 und 5 soll bestehen bleiben. Im Absatz 3 ist die Art der Begründung für eine Wehrmacht nicht glücklich, weil sie der Auffassung breiter Arbeitermassen nicht gerecht wird und in einem gewissen Widerspruch zu dem Absatz 2 steht.

Die Wehrmacht, die mit allen Mitteln zu einer wahrhaft republikanischen ausgestaltet werden muß, hat ihre Existenzberechtigung auch in der Notwendigkeit einer inneren Schutztruppe der Republik. Die Republikanisierung der Reichswehr ist eine der wichtigsten Aufgaben. Die übrigen Forderungen im Absatz 3 sollen bestehen bleiben. Eine scharfe parlamentarische Kontrolle ist dringend geboten.

Genf. Die Partei lehnt jede weitere Bewilligung von Mitteln zu Rüstungszwecken ab, auch die weiteren Raten für den Bau des Panzerkreuzers. Die Partei scheidet aus jeder Koalition aus, in der sie gezwungen wäre, Mittel zu Rüstungszwecken zu bewilligen. Die Partei lehnt grundsätzlich jede Beteiligung Deutschlands an einem Kriege ab. Absatz 2 III ist zu streichen.

Darmstadt. Vor Verabschiedung eines Wehrprogramms ist die Stellung der Partei zur Frage der Kriegsverbindung zu klären. Insbesondere ist die Frage zu beantworten: Welche Haltung empfiehlt die Partei den Parteigenossen für den Augenblick, in dem Feindseligkeiten unter Beteiligung Deutschlands zum Ausbruch kommen, ohne daß ein Schiedsverfahren vorangegangen oder zur Durchführung und zum Abschluß durch einen Schiedspruch gekommen ist?

Bis zur Verabschiedung eines Wehrprogramms sind in einem Aktionsprogramm die Forderungen zusammenzufassen, die vom Standpunkt unserer Partei an die Wehrmacht der Republik zu stellen sind.

Wien.

1. Abs. 3 wird mit Ausnahme des ersten Satzes gestrichen. Gestrichen wird ferner der Absatz 4 des Wehrprogramms.

2. Eventualantrag: Bei Ablehnung des ersten Antrages: Einsetzung einer Kommission durch den Parteitag, Zurückverweisung des Entwurfs an diese Kommission und Entscheidung der Wehrfrage auf dem nächsten ordentlichen Parteitag.

3. Der Reichstagsfraktion wird aufgegeben, jeden Fall für die Reichswehr abzulehnen.

Düsseldorf. Absatz 3 der Richtlinien im Entwurf des Wehrprogramms ist zu streichen. Alle Genossen, insbesondere die Parlamentarier und Minister, sind verpflichtet, die Mittel für die Wehrmacht abzulehnen und den systematischen Abbau der Reichswehr in Angriff zu nehmen.

Melhan. Bei der endgültigen Gestattung des Wehrproblems sind folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:

1. Einfügung eines 3. Absatzes in den Abchnitt I, der die Sozialdemokratie verpflichtet, einen trotz der entschiedenen Gegenwehr der organisierten Arbeiterklasse ausgebrochenen Krieg mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu beenden, der kriegsführenden Regierung jede politische und materielle Unterstützung zu verweigern, sie vielmehr energisch zu bekämpfen und national und international dahin zu wirken, daß der Friede wieder hergestellt wird.

2. Der Abchnitt III ist im Absatz 1 durch Formulierungen zu ergänzen, die die neueren Erscheinungsformen des Hochkapitalismus, seine stärkere internationale Verflechtung, die ihm innewohnenden imperialistischen Tendenzen der Bildung von Mächtegruppen zwecks Beherrschung von Rohstoffquellen, Behauptung und Ausweitung von Abhängigkeitsgebieten charakterisieren. Damit soll zum Ausdruck gebracht werden, daß die früher vielfach schematisch gebrauchte Formel der Landesverteidigung heute unter anders gearteten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, weltpolitischen und militärischen Verhältnissen nicht mehr anwendbar ist, dennoch aber Befehlen für die Deutsche Republik, für die deutsche Arbeiterklasse mit ihren demokratischen und sozialistischen Errungenschaften durch konterrevolutionäre Interventionen und imperialistische Machtpolitik bestehen, Abwehrmöglichkeiten somit geschaffen werden müssen.

Die bestehende Reichswehr kann die Sozialdemokratie jedoch nicht als eine demokratisch-republikanische Wehrmacht bezeichnen.

3. Die 10 Forderungen zur Umgestaltung der jetzigen Reichswehr müssen bei Punkt 8 angefügt der neuen militärtechnischen Entwicklung, die den Soldaten zum militärisch-industriellen Facharbeiter macht, eine Ergänzung dadurch erfahren, daß die Schaffung einer gewerkschaftlichen Berufsorganisation der Soldaten verlangt wird.

Bei Punkt 7 muß nicht nur eine Personalvertretung zum Schutze der Rechte der Soldaten, sondern Soldatenausschüsse (Soldatenräte) mit einem Mißbestimmungsrecht der Soldaten geschaffen werden.

Ferner ist ein parlamentarischer Staatssekretär im Reichswehrministerium zu fordern.

Jegliche Flottenausrüstung ist abzulehnen und energisch zu bekämpfen.

Mannheim. Der Parteitag wolle beschließen, den Wehrprogramm-Entwurf zurückzuziehen.

Die Haltung der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ist durch die Beschlüsse der Sozialistischen Internationale festgelegt. Rheinhausen. Das im Entwurf verankerte Verbotnis zur „nationalen Wehrfähigkeit“ ist grundsätzlich abzulehnen. Nicht der Deutschen Republik, sondern der Sozialistischen Internationale ist die historische Aufgabe zugefallen, Vorkämpferin der internationalen Abrüstung und des Weltfriedens zu sein. Sie sieht in den militärischen Rüstungen eine Lebensnotwendigkeit des Kapitalismus, um seine Herrschaft aufrechtzuerhalten, eine dauernde Gefahr für den Frieden und den stetigen Aufstieg der Arbeiterklasse. Um diese Gefahren zu beseitigen, wird vom Parteitag gefordert:

1. Systematischer Abbau der Reichswehr und Reichsmarine;
2. In Verbindung mit den freien Gewerkschaften Kontrolle der Rüstungsindustrien;
3. Organisierung der Kriegsdienstverweigerung.

Frankfurt (Oder). Die Notwendigkeit einer republikanischen Wehrmacht zum Schutze der Neutralität und zur Erfüllung etwaiger völkerrechtlicher Verpflichtungen gegen internationale Rechts- und Friedensbrecher wird bejaht. Die Form der Begründung im Entwurf zu 3, Abs. 1 und 2, wird abgelehnt.

Wiemershausen. Die Sozialdemokratische Partei hat dem bürgerlichen Staat die Mittel zur Führung eines künftigen Krieges zu verweigern. Sie hat die Beseitigung von Militär, Waffen und technischen Mitteln zu verlangen und die Durchführung dieser Forderung zu überwachen.

Sollte dennoch ein Krieg ausbrechen, so hat die Sozialdemokratie sich mit allen Mitteln und Kräften für Beendigung des Krieges einzusetzen. Schon jetzt hat die Partei für Kriegsdienstverweigerung zu wirken.

Rügenwalde. Die Sozialdemokratische Partei erachtet es als ihre Pflicht, alles zu tun, um den Militarismus im eigenen Lande zu beseitigen, für die gänzliche Abrüstung und friedliche Verständigung mit allen Völkern einzutreten und mit allen Mitteln drohende Kriegsgefahren zu bekämpfen. Sollte dennoch jemals ein Krieg ausbrechen, so haben alle Mitglieder den Kriegsdienst zu verweigern.

Hannover. In Abs. III hinter „Stellt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands folgende Forderungen“ soll es heißen:

1. Schaffung eines klaren übersichtlichen Reichswehretats, ohne übertragbare Positionen. Beschränkung auf die notwendigen Ausgaben.
2. Verweigerung der Mittel für den Neubau von Panzerkreuzern und Kreuzern.

Forst. Die Notwendigkeit einer demokratischen Landesverteidigung wird anerkannt. Der Formulierungen des Artikels III Absatz 1 und 2 des Entwurfs wird widersprochen. Den 10 Punkten der Forderungen ist einzufügen: Entmilitarisierung der Heeresleitung.

Käfria. Der Entwurf im dritten Teil ist abzulehnen. Jeder Sozialdemokrat hat im Falle eines Krieges den Kriegsdienst zu verweigern.

Darmstadt. Der Parteitag lehnt eine grundsätzliche Festlegung der Partei auf den Willen zur Wehrbereitschaft ab.

Gegenüber der Gefahr eines Krieges, die trotz aller internationalen Friedensversicherungen in der kapitalistischen Gesellschaft unvermindert weiterbesteht, steht der Partei die oberste Aufgabe der Partei in der Verhinderung des Krieges in jedem Falle und mit allen Mitteln.

Die praktische Mitarbeit der Sozialdemokratie im heutigen Staat ist durch die Stellung der Partei zur Koalitionspolitik, wie sie der Kieler Parteitag festgelegt hat, ganz allgemein geregelt. Eine grundsätzliche Festlegung auf einem einzelnen staatspolitischen Gebiet ist darum nicht notwendig. Deshalb ist der Entwurf der Kommission, der eine grundsätzliche Festlegung der Partei auf Wehrbereitschaft darstellt, abzulehnen. Es wird die Zurückziehung des Entwurfs vom Parteitag gefordert.

Die für die parlamentarische und agitatorische Arbeit der Partei erforderlichen Richtlinien zur Wehr- und Rüstungsfrage sind in der Entschließung des Brüsseler Kongresses der Sozialistischen Internationale zur Abrüstungsfrage niedergelegt. Die praktischen Gegenwartsforderungen der Partei zur Demokratisierung der Wehrmacht der Republik können in einem Aktionsprogramm zusammengefaßt werden.

Königsberg i. Pr. Die Beschlusfassung über die Richtlinien zur Wehrpolitik ist zu verlegen, um den Parteigenossen verteilte Erörterung dieser noch nicht spruchreifen Frage zu ermöglichen.

Zum Kommissionsentwurf werden folgende Änderungen beantragt:

1. Zu Absatz 2, Absatz 4, den Zusatz: „Sie fordert vielmehr Einschränkung der Ausgaben für Heer und Flotte.“
2. Zu Absatz 3 Anfügung der beiden Forderungen: 1. Reichstagskontrolle über die zu Kriegszwecken dienenden oder geeigneten Produktionsmittel. 2. Militärische und industrielle Mobilisierung nur durch Reichsgesetz.

Frankfurt a. M. Ziffer III des Entwurfs ist zu streichen. Eventualantrag: Falls der Parteitag der Ziffer III des Entwurfs zum Wehrprogramm zustimmt, wird beantragt, als Ziffer IV einzufügen: „Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist verpflichtet, den Etat der Reichswehr so lange abzulehnen, bis der Reichstag diesen Forderungen für die Umgestaltung der Reichswehr zugestimmt hat und ihre Durchführung gewährleistet ist.“

Die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind zur Kriegsdienstverweigerung verpflichtet.

Frankfurt a. M. Das Wehrprogramm ist von der Tagesordnung abzulehnen. Die Sozialdemokratie muß in allen Ländern die Arbeiterschaft dazu aufrufen, ihre volle Kraft gegen den Krieg und für den Frieden einzusetzen. Darüber hinaus ist die deutsche Sozialdemokratie verpflichtet, von der zweiten Internationale einen Sondertongress zu fordern, auf dem Fragen „Krieg und Frieden“ eingehend erörtert und bindende Beschlüsse darüber gefaßt werden, wie der Kriegsgefahr entgegenzuwirken werden kann. Auch sind auf diesem Kongress die Maßnahmen zu beschließen, die im Falle eines Kriegsausbruches von allen der Internationale angeschlossenen Organisationen gegen den Krieg zu ergreifen sind.

Absatz 3 der Richtlinien der Wehrkommission ist zu streichen. **Kaiserslautern.** Der Absatz 3 Absatz 1 und 2 muß aus den Richtlinien verschwinden oder eine grundlegende Umgestaltung in dem Sinne erfahren, daß der Inhalt des Wehrprogramms nicht mehr als Deckmantel für kapitalistische Aufrüstungspolitik benutzt werden kann.

Oppau. Das vorliegende Wehrprogramm ist abzulehnen. Womöglich. Die internationale Arbeiterklasse hat sich die Aufgabe gestellt, jeden Krieg mit allen Mitteln zu verhindern. Aus diesem Grunde wird die Wehrhaftmachung der Deutschen Republik abgelehnt.

Die Sozialdemokratische Partei und ihre Reichstagsfraktion sowie ihre Minister haben mit aller Energie einzutreten für:

1. die Aushebung des Reichswehrministeriums;
2. den Abbau der Reichswehr;
3. den Abbau der Reichsmarine;
4. Jede Bevorzugung von Wehrmachtangehörigen bei der Einstellung in den Dienst des Reichs, der Länder, Kommunen und sonstigen Verwaltungen hat zu unterbleiben.

Ain a. Rh. Der Entwurf des Wehrprogramms ist eine geeignete Grundlage für die Diskussion auf dem Parteitag. Als Ergänzung zum 1. Satz des Entwurfs: „Die SPD. verurteilt den Krieg als Mittel der Politik“ schlagen wir folgende Abänderung vor:

„Die SPD. verurteilt in Übereinstimmung mit den Beschlüssen der Sozialistischen Arbeiterinternationale jeden Krieg, gleichgültig, ob er als Verteidigungskrieg hingestellt wird oder nicht.“

Im Absatz 2 beantragen wir eine Einschlebung; der Satz 2 des 3. Absatzes hieß im Entwurf: „Diese Mission kann sie nur dann erfüllen, wenn sie die ihr aufgegebenen . . .“

Wir beantragen einzuschleiben: „unter dem starken Druck der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft . . .“, so daß der Satz lauten würde: „Diese Mission wird sie nur dann erfüllen können, wenn sie unter dem starken Druck der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft die ihr aufgegebenen einseitigen Rüstungsbeschränkungen nicht überschreitet.“

Dachau. Jedes Wehrprogramm ist abzulehnen. Bei Ausbruch eines Krieges soll die Parteileitung einen Aufruf erlassen, der jede Kriegsdienstleistung sowie jede Arbeit an Kriegsmaterial verbietet.

M. Glöckner. Absatz 3 der Richtlinien im Entwurf des Wehrprogramms ist zu streichen. Alle Genossen, insbesondere die Parlamentarier und Minister, sind verpflichtet, die Mittel für die Wehrmacht abzulehnen und den systematischen Abbau der Reichswehr in Angriff zu nehmen.

Bei der eventuellen Schaffung eines Aktionsprogramms zum Wehrprogramm ist auch die Forderung nach einem parlamentarischen Staatssekretariat beim Wehrministerium zu stellen.

Worms. Der 3. Absatz ist zu streichen. Im 1. Teil soll die Ergänzung hinein, daß der Völkerverbund zu einem wirksamen Instrument des Friedens „im Sinne des Genfer Protokolls“ ausgestaltet wird.

Von der Erkenntnis ausgehend, daß angesichts der fürchterlichen Wirkungen der modernen Kriegswaffen (Giftgas, Luftschiffe, schwere Artillerie) eine Landesverteidigung im engen Rahmen Europas mehr und mehr unmöglich wird, wird verlangt: „Schärfste Herbeiführung unserer programmatischen Forderung „Bühnung der Vereinigten Staaten von Europa“.

Die zehn Forderungen zur Umgestaltung der Reichswehr bilden eine geeignete Grundlage für die Ausarbeitung eines wehrpolitischen Aktionsprogramms. Die Ablehnung des Wehrretos wird solange verlangt, bis diesen Forderungen Genüge geleistet worden ist.

Möna. Der Absatz III des Wehrprogrammtextes soll folgende, vom zweiten Satz ab umgeänderte Fassung bekommen:

Der wirkliche Schutz der deutschen Republik beruht auf einer deutschen Außenpolitik, die auf die Verständigung der Völker und die Erhaltung des Friedens gerichtet ist. Indem sich die Sozial-

demokratie einfüßt zum Völkerverbund bekenn, nach welchem internationale Streitigkeiten auf dem Wege der Verständigung beigelegt werden sollen und nach welchem ein Friedensbrecher Gegner aller Völkerverbundstaaten wird, anerkennt sie gleichzeitig die Notwendigkeit, im Falle eines gegenwärtigen völkerrechtswidrigen Angriffs eine erste Selbsthilfe, eine erste Notwehr, ausüben zu müssen, um Land und Leute an den Grenzen zu schützen. Für diese Fälle der Notwehr wird eine Wehrmacht noch auf lange Zeit unentbehrlich sein, wie auch im innerstaatlichen Leben trotz vollkommen gerechter Gerichtsbarkeit ein Notwehrrecht im Falle eines gegenwärtigen rechtswidrigen Angriffs besteht.

Die Reichswehr ist umzugestalten und zu erziehen, damit sie ein zuverlässiges Organ zum Schutze der Verfassung der Republik wird.

Um die Reichswehr im Sinne einer solchen Außen- und Innenpolitik umzugestalten, stellt die Partei insbesondere folgende Forderungen: (sowie die Forderungen im Wehrprogramm).

2. Nach III, Ziffer 9 ist hinzuzufügen: Die Farben der Reichswehr sind schwarzrotgold.

Bericht der Reichstagsfraktion.

Berlin, Bertsdorf, Darmstadt, Dresden, Erfurt, Essen, Hamburg, Hornhausen, Kassel, Kaiserslautern, Caneburg, München, Nürnberg, Nienburg, Rostheim, Urberach, Weissen, Worms und Jiltau haben sachlich gleiche, nur in der Form etwas differenzierende Anträge gestellt, die im Berliner, Hamburger und Jiltauer Antrag hier zusammengefaßt sind:

Berlin. Die Reichstagsfraktion wolle die Vereinheitlichung der Invalidenversicherung und die Angestelltenversicherung anstreben. Bei der großen Notlage der älteren Arbeiter und Angestellten ist mit Nachdruck von der Reichstagsfraktion zu fordern, daß sie sich einsetzt für:

1. Erhöhten Schutz gegen Entlassungen.
2. Maßnahmen zur Eingliederung in den Produktionsprozeß.
3. Herabsetzung der Altersgrenze der Invaliden- und Angestelltenversicherung auf 60 Jahre.
4. Erhöhung der Renten.
5. Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 66% auf 50 Proz.
6. Gewährung von Witwenrente auch ohne vorliegende Invalidität.

Für die im Erwerbsleben stehenden Jugendlichen werden ausreichende Schutzbestimmungen gefordert.

Hamburg. Die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages wird ersucht, die Möglichkeit der Krankenversicherung (Weiterversicherung) zu schaffen für diejenigen, denen bisher als Familienangehörigen eines verstorbenen Mitgliedes die Leistungen der Krankenversicherung zugänglich waren.

Jiltau. Alle über 60 Jahre alten Arbeiter und Angestellten sind aus dem Arbeitsprozeß herauszunehmen. Die Rente ist zu erhöhen. Eine Erhöhung der Beiträge ist möglichst zu vermeiden, dafür aber eine Vereinfachung der Verwaltung vorzunehmen.

Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe und Ausbau derselben zu einer allgemeinen Reichsarbeitslosenfürsorge. Erweiterung des Schutzes für ältere Arbeiter und Angestellte.

Sammra. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, dahin zu wirken, daß das Reichsgesetz über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung dahingehend geändert wird, daß der Instanzenzug für die Genehmigung gemeindlicher Notstandsarbeiten wesentlich abgekürzt wird.

Limburgerhof. Es wird gefordert:

1. daß zur Steigerung der Leistungen der deutschen Sozialversicherung die Invaliden-, Angestellten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung zusammengefaßt wird;
2. daß auch das Reich aus allgemeinen Steuermitteln größere Zuschüsse zur Erhöhung der Leistungen zuläßt.

Als nächste Maßnahmen fordern wir:

1. Verbot aller Maßnahmen, die eine weitere Zersplitterung in der Organisation der Versicherungsträger der Sozialversicherung bringt, besonders das Verbot der Gründung neuer Krankenkassen;
2. Ausbau der Leistungen der Krankenversicherung, insbesondere Einführung der Familienversicherung als Regelleistung;
3. Einbeziehung aller Gehalts- und Lohnempfänger in alle Zweige der Sozialversicherung;
4. Erhöhung der Leistungen der Invalidenversicherung;
5. Vereinheitlichung der Bezugsbedingungen für Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung, ebenso der Witwen- und Waisenrenten aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung;
6. Erweiterung der Bezugsdauer der Arbeitslosenversicherung.

Urberach. Die Fraktion wolle auf eine Vereinheitlichung der sozialen Versicherungen und auf die Abschaffung der Annahms- und Betriebskrankenkassen hinwirken.

Urberach. Der § 110 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist dahingehend zu ändern, daß die Wartezeit von 7 Tagen in Wegfall kommt und die Unterführung sofort bezahlt wird.

Melchendorf. Das Gesetz über eine Sonderfürsorge bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit vom 24. Dezember 1928 enthält für die davon betroffenen Berufsgruppen eine unbillige Härte und schwere wirtschaftliche Schädigung. Die Partei muß sich mit größter Energie dafür einsetzen, daß dieses Sondergesetz sobald als möglich verschwindet und die durch dieses Gesetz geschädigten Berufsgruppen den anderen Arbeitsberufen wieder gleichgestellt werden.

Nürnberg. Die Arbeitslosenversicherung ist wieder auf den Stand wie vor dem Gesetz für die berufsunfähige Arbeitslosenversicherung zu bringen.

Berlin. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, für die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufe für die Dauer der Erwerbslosigkeit Sorge zu tragen.

Ceppitz. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion dahin zu wirken, daß die Versicherungspflichtgrenze bei den Krankenkassen erhöht wird.

Kaiserslautern. Es wird gefordert, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion alle Anstrengungen macht, um das für die betroffenen Bevölkerungsklassen sehr untragbare Gesetz betreffend die Sonderfürsorge bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit wieder zu Fall zu bringen.

Kaiserslautern. Das Arbeitszeitgesetz muß so schnell wie möglich beraten werden. Es muß bestimmt werden, daß die 48stündige Arbeitszeit in sechs Tagen geleistet wird.

Kaiserslautern. Die Reichstagsfraktion soll alles daran setzen, daß die Reichsregierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens zur Tarnung werden läßt und von der Ermächtigung des Art. 14 keinen Gebrauch macht.

Malay. Kleinbauern, die bis zu 10 Hektar Land besitzen, sollte es freigestellt sein, sich in der land- und forstwirtschaftlichen Berufs-

genossenschaft zu versichern. Zur Invalidenversicherung sollen sie verpflichtet werden, damit den Kleinbauern im Alter eine Rente zusteht.

Kassel. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, der großen Verleumdung der breiten Massen durch Herabsetzung der Zölle, Abschluß von Handelsverträgen, weiteren Ausbau der Sozialpolitik entgegenzuwirken.

Hamburg. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, sich für eine schnelle Erledigung des Berufsausbildungsgesetzes einzusetzen und dafür einzutreten, daß folgende Forderungen erfüllt werden:

1. Die reichsrechtliche Neuordnung der Berufsausbildung muß alle Lehrlinge, Arbeiter und Angestellten in Handwerk, Handel, Industrie, Land- und Hauswirtschaft erfassen und nicht nur das Lehrlingswesen, sondern auch die Arbeits- und Lehrentverträge Jugendlicher einbeziehen.
2. Es hat den Ländern die lückenlose Einführung und Durchführung der gesetzlichen Berufsschulpflicht (Artikel 145 AB.) innerhalb der gesetzlichen Arbeitszeit und ohne Lohn- und Gehaltszuschüsse zu machen.
3. Es hat Sicherungen für Regelung der Arbeitszeit, des Arbeitsschutzes und der Arbeitsfürsorge für alle Jugendlichen zu schaffen.
4. Bei der Durchführung des Gesetzes ist die Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zweifellos zu sichern.

Kaiserslautern. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat ihre Zustimmung zum endgültigen Reichshaushaltsetat 1929/30 von folgenden Voraussetzungen abhängig zu machen: Ausreichende Erhöhung der Vermögenssteuer und wirksame Umgestaltung der Erbschaftsteuer, strikte Ablehnung jeder Erhöhung des jetzigen Satzes der Umsatzsteuer, Verabschiedung eines Reichsgesetzes vor oder gleichzeitig mit dem Etatgesetz, das zur wirksamen Bekämpfung von Steuerhinterziehungen die Offenlegung der Steuerlisten bestimmt. Begrenzung der Gesamtausgaben für Heer und Marine auf eine Höchstsumme von 500 Millionen Reichsmark unter Ablehnung jeglicher Mittel für Fortführung der Kanarischbauern.

Kaiserslautern. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion soll im Reichstag einen Initiativgesetzentwurf einbringen, der grundsätzlich die Unvereinbarkeit von Parlamentsmandat und Geschäftstätigkeit nach folgenden Gesichtspunkten zum Ausdruck bringt:

- a) Kein Abgeordneter des deutschen Reichstags oder der deutschen Landesparlamente kann Direktions- und Aufsichtsratsämter bei Gesellschaften oder anderen Einrichtungen übernehmen, die ganz oder teilweise vom Staat oder einem Land unterstützt werden oder sonst von ihm abhängen, noch kann er irgendwelche Tätigkeit in Finanz- und Kreditgesellschaften ausüben, insbesondere durch Unterzeichnung von Prospekten, Verbriefungen finanzieller, industrieller oder Handelsunternehmungen.
- b) Das parlamentarische Mandat erlischt in den Fällen unter a) kraft Gesetzes.

Berlin. Der Parteitag möge beschließen:

1. Die SPD-Fraktion des Reichstages möge einen Gesetzesantrag einbringen, welcher die Höhe der Gehälter der im öffentlichen Dienst Tätigen in den oberen Gehaltsstufen wesentlich herabsetzt und eine Ausgleichung der Gehälter der im öffentlichen Dienst Tätigen herbeiführt.
2. Bis zur Erreichung dieses Zieles ist grundsätzlich von den parteigenössischen Beamten, Angestellten und Abgeordneten der Teil des Einkommens aus öffentlichen Mitteln, welcher nach Abzug von Aufwandsentschädigungen und Kinderzulagen monatlich 1000 RM. überschreitet, an die Parteikasse abzuführen.

Weitere Abzüge von der Höchsteinkommensgrenze von 1000 RM. haben stattzufinden unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen — Ehelosigkeit, bei Abgeordneten Wohnort am Tagungsort der Körperschaft, zu der er gewählt ist. Schon bestehende Bestimmungen, welche weitergehende Abzüge festsetzen, bleiben durch die Annahme obigen Antrages, der ein Mindestmaß der Abzüge festlegen soll, unberührt.

Wir erwarten, daß die von der Arbeiterschaft oder der Partei ins Leben gerufenen Körperschaften und Unternehmungen — Parteiorganisationen, Gewerkschaften, Genossenschaften, Arbeiterbank usw. — die oben angeführten Grundzüge in ihren Organisationen sinngemäß in Anwendung bringen.

Essen. Unsere Fraktion im Reichs- und Landtage möge sich dafür einsetzen, daß im Ruhestand größere Mittel für die Begabtenhilfe eingestellt werden. Bei Bewilligung der Begabtenhilfe ist die Festlegung einer unteren Einkommensgrenze in Betracht zu ziehen.

Kaiserslautern. Dem Reichstag ist sofort ein Gesetzentwurf zu unterbreiten, in welchem Höchstrenten für Minister, Offiziere usw. festgesetzt werden. Unter keinen Umständen darf der monatliche Höchstbetrag über 1000 RM. hinausgehen. Wo zurzeit höhere Pensionen bezahlt werden, sind dieselben zu kürzen.

Außerdem muß gesetzlich festgelegt werden, daß ein Ruhen der Pension eintritt, sobald das sonstige Einkommen des Pensionärs eine gewisse Höhe erreicht. Diese Höhe zu bestimmen, überlassen wir unserer Reichstagsfraktion, wollen aber nicht vergessen darauf hinzuweisen, daß bei den Kriegsbekämpften die Rente anzufangen zu ruhen, sobald das sonstige monatliche Einkommen derselben 350 RM. übersteigt.

Müllheim (Baden). Die Pension der Beamten darf in keinem Falle den Betrag von 8000 RM. im Jahre überschreiten.

Wenn ein Pensionär ein Privatvermögen besitzt, das 5000 RM. im Jahre übersteigt, soll die Pension um die Hälfte des Betrages, der das Privatvermögen von 6000 RM. übersteigt, gekürzt werden.

Kaufbeuren (Bayern). Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion möge im Reichstag gegen die Doppelverdiener, sowie gegen die hohen Offizierspensionen erneut Stellung nehmen. Die hohe Arbeitslosenziffer dürfte der beste Beweis für die Notwendigkeit der Durchführung dieser Maßnahme sein.

Caneburg. Die Reichstagsfraktion wolle dafür eintreten, daß alle Pensionen über 10000 RM. auf diese Höchstsumme herabgesetzt werden.

Dresden. In Erinnerung an den blutigen Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und in der klaren Erkenntnis, daß jede militärische Macht in der privatkapitalistischen Wirtschaft lediglich ein Instrument kapitalistischer Willkür ist, sei es nach außen, sei es vor allem gegen die eigenen unter der kapitalistischen Herrschaftsform schwerleidenden Volksgenossen, daß der Wehrret in seiner riesigen Höhe angesichts der großen Notlage der Wohnungslosen, Rentner, Kriegsopfer usw. eine unverantwortliche Verschwendung darstellt, daß alle militärischen Rüstungen Drohungen sind und als solche den Kulturfortschritt gefährden, fordert der Unterbezirk Groß-Dresden die sozialdemokratischen Abgeordneten zur schärfsten Stellungnahme gegen jede Mittelbewilligung für Heer und Marine auf.

Melzen. Der Parteitag fordert die Erhaltung und den Ausbau des Viehwirtschafts und ein großzügiges, auf weite Sicht berechnendes

Motto: „Gute Zigaretten sind alle die, die man raucht.“

Gildenhof Die Zigarette der Zigaretten **5**

Haus Bergmann-Zigarettenfabrik A.G. Dresden-N 15-Industriegebiet

Wohnungsbauprogramm, er spricht sich gegen jedwede Mietsteigerung aus.

Kassel. Der Parteitag wolle beschließen, die Genossen in der Reichsregierung und der Reichstagsfraktion werden dringend aufgefordert, ein Reichsentwöhnungsgezet und damit verbunden ein Reichswohnungsgesetz und ein Reichswohnungsgezet dem Reichstag zu unterbreiten.

Celzig. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, die in der Industrie und sonstiger Wirtschaft Schwerverlehen bei Verteilung der Mittel aus der Mietzinssteuer (sog. Barbarlehen) den Kriegsschädlichen gleichzustellen.

Dresden. Der Unterbezirk Groß-Dresden beantragt, daß der Parteitag Stellung nimmt zur Wohnungsfrage, sich im besonderen ausspricht für die Erhaltung und den Ausbau des Mieterschutzes, für ein großzügiges, auf weite Sicht berechnetes Wohnungsprogramm und gegen jedwede Mietsteigerung.

Nürnberg. Die Wohnsteuer ist zum vollen Betrag zu Wohnungsbauten zu verwenden.

Gersdorf. Die Partei lehnt sich mit allen parlamentarischen Mitteln dafür ein, daß zur Behebung der Wohnungsnot mit äußerster Beschleunigung ein Wohnungsbauprogramm aufgestellt und durchgeführt wird, wodurch innerhalb von fünf Jahren die Wohnungsnot, die laut statistischen Erhebungen feststeht, beseitigt sein muß. Die Finanzierung erfolgt durch die Mietzinssteuer, die zu 100 Proz. zu verbauen ist.

Berlin. Das Berechtigungswesen ist in Deutschland so ausgeartet, daß es dem Aufstieg aller Begabten und Tüchtigen, die nicht die höhere Schule besuchen konnten, unüberwindliche Sphranken zieht.

Darum ist in Reich, Land und Gemeinde der Abbau aller, vielfach durch gehalt- und landespolitische Gründe hochgetriebenen Vorbildungsfordernngen zu fordern.

Auf die berufständischen Vertretungen und Organisationen des Handwerks und Gewerbes ist vom Staate im gleichen Sinne einzuwirken.

Als wirksamstes Mittel ist die Einstellung der Verteilung von Berechtigungen von allen Schulen zu verlangen, da sie ohnehin mit dem Willen der modernen Schule nicht in Einklang zu bringen ist.

Essen. Der Beschluß des Rieder Parteitages:

„Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Reichsregierung hängt allein von der Prüfung der Frage ab, ob die Stärke der Sozialdemokratie im Volke und im Reichstag die Gewähr gibt, durch Teilnahme an der Regierung in einer gegebenen Situation bestimmte, im Interesse der Arbeiterbewegung gelegene Ziele zu erreichen oder reaktionäre Befehle abzuwehren.“

Es wahrzumachen.

Die nach der Wahl gebildete Regierung, in der unsere vier Ministergenossen wichtige Ministerien bekleiden, hat die Genossen nicht befriedigt. Es wird erwartet, daß den Forderungen der Arbeiterpartei mehr als bisher Rechnung getragen wird. Weiterhin ist zu prüfen, ob und wie weit ein Zusammengehen mit bürgerlichen Parteien tragbar ist.

Berlin. Jeder Vertrag mit der Kirche in Form von Konkordaten ist abzulehnen und zu fordern, daß die im Bezirksverband gewählten preußischen Abgeordneten gegen das in Preußen vorbereitete Konkordat stimmen.

Münster. Jedes Konkordat ist abzulehnen, gleichviel, ob durch den Entwurf eines solchen ausschließlich finanzielle oder auch schulpolitische Ansprüche der Kirchen befriedigt werden sollen.

Düsseldorf. Der Parteitag erklärt es für unvereinbar mit den Interessen wie auch mit den Aufgaben der Partei, daß die Genossen im preußischen Kabinett und der Landtagsfraktion einem Konkordat zustimmen. Auch ein Konkordat, in dem die Schulfragen nicht berührt werden, bedeutet wegen seiner mittelbaren Auswirkung auf das gesamte Kulturleben eine ungeheure Gefahr. Der Parteitag beschließt, daß die Genossen verpflichtet sind, nicht nur gegen jedes Konkordat zu stimmen, sondern auch im übrigen den Bestrebungen der Kirche auf diesem Gebiete energisch entgegenzutreten.

Ludensweiler. Der Parteitag verurteilt die geheimnisvolle Art und Weise, in der mit den Kirchen über Vertragsabschlüsse verhandelt wird. Er lehnt jedes Konkordat ab. Für die Uebergangszeit sind befristete Verträge, welche die Staatshoheit nicht gefährden, völlig ausreichend.

Recklinghausen. Die Partei ist nach ihrer programmatischen Einstellung verpflichtet, gegen die Forderung der kirchlichen Macht mit staatlichen Mitteln anzukämpfen. Auf Grund dessen ist jedes Konkordat abzulehnen, welches der Kirche neue Machtpositionen gibt und das Erziehungsweisen der kirchlichen Aufsicht unterstellt.

Münster. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, die Reichsregierung durch Reichstagsbeschluß an die in Artikel 138 der W. dem Reiche auferlegte Pflicht zu erinnern, Grundzüge für die Auseinandersetzung zwischen Landeskirchen und Ländern aufzustellen. Eventuell hat die Fraktion einen Initiativentwurf dem Reichstag vorzulegen.

Münster a. d. Saale. Der Ausbau des Südbügels zum Mittelkanal ist mit Rücksicht auf die große Erwerbslosigkeit und im Hinblick auf die wirtschaftliche Belebung, die mit dem Ausbau der Wasserstraßen verbunden ist, tunclichst zu fördern. In Verbindung damit muß auch der Stichtkanal nach Leopoldshall Laftache werden und die Inangriffnahme dieses Kulturwertes beschleunigt werden.

Bremenhaven. Die geltenden gesetzlichen Bestimmungen über die Ausübung des Wahlrechtes der Seeleute werden den bestehenden schwierigen Verhältnissen nicht gerecht. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, daß die gesetzlichen Bestimmungen über die Ausübung des Wahlrechtes der Seeleute so geändert werden, daß möglichst allen Seeleuten auf bequemste und unkontrollierte Weise die Abgabe der Stimme ermöglicht wird.

Hamburg. Die Reichstagsfraktion möge sich mit aller Kraft dafür einsetzen, daß aus dem heute geltenden Pachtschutzgezet ein Dauerpachtschutzgezet wird. Das Dauerpachtschutzgezet ist auszudehnen auf landwirtschaftliche Betriebe bis zu 5 Hektar.

Enger i. W. Angesichts der drückenden Finanznot der meisten Gemeinden wird gefordert, daß die freien Berufe zur Gewerbesteuer herangezogen werden.

Berlin und Kalkerslaunern. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, sich energisch für die Offenlegung der Steuerlisten einzusetzen.

Berlin. In letzter Zeit häufen sich die Gerichtsurteile gegen Sozialdemokraten und andere, freigeistige Frauen und Männer wegen Gotteslästerung wieder ganz bedeutend.

Im 10. Jahre der Republik glauben die Gegner freier Kultur ihre kulturreaktionären Ziele durchsetzen zu können. In weiten Kreisen der Bevölkerung hat diese Laftache Empörung hervorgerufen.

Wir erheben hiermit schärfsten Einspruch und verlangen von der Fraktion und der Parteipresse, daß, mehr wie bisher, gegen das Rückertum Stellung genommen wird.

Berlin. Der neue Strafrechtentwurf mit seinen verschärften und erweiterten Bestimmungen über Hoch- und Landesverrat hat bei den Parteimitgliedern große Besorgnis hervorgerufen, weil zu befürchten ist, daß sich die neuen Verschärfungen auf diesem Gebiete bei der reaktionären Einstellung der Justiz mehr gegen linksgerichtete als andere Elemente auswirken werden.

Es wird erwartet, daß die Partei ihren Einfluß geltend macht, um das Strafgezet von diesen reaktionären Bestimmungen reinzuhalten; keinesfalls darf das Strafgezet Gegenstand des Kuhhandels bei der Bildung einer Koalitionsregierung sein.

Meinigen. Von den Vertretungen im Parlament und in der Regierung wird erwartet, daß sie sich mit allen Mitteln dafür einsetzen, in das Impfgezet die Gewissenskaufel aufzunehmen. Wenn dies zurzeit nicht erreicht werden kann, dann sollen sie mit aller Energie dafür eintreten, daß wegen Vergebung gegen das Impfgezet nur eine einmalige Bestrafung erfolgen kann und niemand durch alle Jahre wiederkehrende Strafen zum Impfen gezwungen wird.

Salzweil-Gardelegen. Verschiedene Ausführungen des Reichsministers der Finanzen, Genossen Hüfnerding, lassen erkennen, daß der Etat ein Defizit von rund 600 Millionen zeigen und daß aus diesem Grunde die Beschließung weiterer Steuern notwendig werden wird. Es erscheint angebracht, auf die Mißstände bei der Veranlagung und Erhebung der Reichsteuern hinzuweisen, nach deren Beseitigung sicher eine gewaltige Reduzierung des Defizits eintreten wird. Es wird um Schritte der Beseitigung der Mißstände gebeten.

Berlin. Im Interesse der Freiheitsbewegung aller Hand- und Kopfarbeiter beschließt der Parteitag, dafür einzutreten, daß nicht nur Arbeiter und Promenaden, sondern alle zur Erholung geeigneten Ufer und im Interesse der Volksgesundheit Wälder unter besonderen Schutz gestellt werden.

Berlin. Die Genossen in führender Stellung, besonders die Genossen in den Reichs- und Länderregierungen, sind zu verpflichten, bei besonders wichtigen Entschlüssen zuvor die Fraktionen, Parteivorstand und Parteiauschuß zu hören.

Genf. Die von der Partei gestellten Minister hoben vor Entscheidungen von großer Tragweite (z. B. Panzerkreuzer, Ruhrschiffspruch) sich mit den Fraktionen zu verständigen. Sie dürfen auf keinen Fall in wichtigen Entscheidungen die Fraktionen vor vollendete Laftachen stellen. Ein derartiges Verhalten ist als parteischädigend zu bezeichnen.

Ludensweiler. Die Reichswehr ist ein stark verbrauchender aber nicht erzeugender Faktor, aus diesem Grunde ist die Verminderung der genehmigten Rüstungen der Reichswehr durchaus notwendig. Die dadurch freigewordenen Mittel sind für soziale Aufgaben zu verwenden.

Ludensweiler. Der Parteitag stellt im Jahre der Gemeindevahlen fest, daß zur Erlämpfung der politischen Demokratie eine freihetliche Verwaltungsreform Voraussetzung ist, hierzu ist u. a. als geeignetes Mittel die Umstellung der heutigen Hoheitsverwaltung der Länder zu einer Selbstverwaltung der Gemeinden überall da zu erstreben, wo die Gemeinden in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbständig als eigene oder Auftragsangelegenheit zu verwalten; eine schematische Uebertragung der Selbstverwaltungsangelegenheiten auf die Kreise ist zu vermeiden; eine einheitliche Rahmengesetzgebung des Reiches hat die gemeinsame Regelung der Gemeindeangelegenheiten (Finanzen, Personalfragen und Verordnungen) zu vereinfachen und zur Einfügung in den demokratischen Volksstaat zu bringen.

Worms. Gegen die vom Reichsfinanzminister beantragte Biersteuererhöhung werden die schmerzten Bedenken erhoben, es wird erwartet, daß der Parteitag gegen die geplante Biersteuererhöhung Stellung nimmt.

Die Frau in Politik und Wirtschaft.

Düsseldorf. Die „Genossin“ erscheint in Zukunft nicht mehr in der letzten Hälfte, sondern in der ersten Hälfte des Monats, damit die „Genossin“ dort, wo sie obligatorisch allen Genossinnen zugestellt wird, diesen sofort bei der Kassierung am Anfang des Monats ausgehändigt werden kann.

Berlin. Die im Zentralverband Deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen Konsumgenossenschaften sind die gegebene Wirtschaftsorganisation der arbeitenden Frau.

Es wird jeder Frau, die der SPD. angehört, zur Pflicht gemacht, sich der örtlichen Konsumgenossenschaft anzuschließen, um so mehr, als die Kommunisten versuchen, die Genossenschaften durch Masseneintritt (doppelte Mitgliedschaften usw.) in ihre Hände zu bekommen.

Berlin. Um das Ziel des Sozialismus — die Umwandlung der kapitalistischen Privatwirtschaft in die soziale Gemeinwirtschaft — zu erreichen, bedarf es ebenso wie der Mitarbeit des Mannes auch der der Frau, die in Deutschland zwar politisch gleichberechtigt, aber wirtschaftlich und sozial unfrei geblieben ist.

11 1/2 Millionen Frauen stehen heute im Erwerbsleben, davon sind 3,7 Millionen verheiratet. Insbesondere diese letzteren aus dem Erwerbsleben zu verdrängen, erscheint vielen als ein Mittel zur Behebung der Erwerbslosigkeit. Die Verdrängung der Frau aus dem Betrieb, ihr Ersatz durch den Mann ist heute ziffernmäßig wie arbeitsmäßig unmöglich und widerspricht auch dem von der Sozialdemokratie aufgestellten Grundgesetz des Rechts der Frau auf Erwerbsarbeit.

Deshalb anerkennt der Parteitag, entsprechend dem Beschluß der SPD. in Marseille 1925 und gestützt auf das Heidelberger Programm das gleiche Recht der Frau auf Erwerbsarbeit.

Arbeitersport und Sozialdemokraten.

Erker. In Orten, wo Arbeiterportvereine bestehen, die der Zentralkommission für Sport- und Körperpflege angeschlossen sind, dürfen Parteimitglieder nicht Mitglieder bürgerlicher oder wilder Sportvereine sein.

Hamburg. Bei der Erörterung der Ziffer 7 ist gleichfalls der Frage des Wertesports und der Zugehörigkeit der Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportbundes zur Sozialdemokratischen Partei die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Hamburg. Die Aufgaben der Körperkultur im Dienste des Sozialismus können nur im Arbeiterport gelöst werden. Daher ist es vornehmste Pflicht eines jeden sporttreibenden Parteimitgliedes, sich dem auf sozialistischem Boden stehenden Arbeiter-Turn- und Sportbund anzuschließen.

Jena. Parteimitglieder, die in bürgerlichen Sportvereinen Mitglieder sind, können nicht Funktionäre der Partei sein. Ausnahmen können von Fall zu Fall durch die Bezirksvorstände zugelassen werden.

Köln. Die Mitgliedschaft in bürgerlichen Sportverbänden ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Partei.

Sonstige Anträge.

Dresden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands prüft die Verwendbarkeit und Verwertungsmöglichkeit der Weltbüchsprache Esperanto für die Verbreitung und Stärkung des Sozialismus.

München. Der Parteitag empfiehlt:

- allen Mitgliedern, insbesondere den Funktionären, für die Verbreitung des Esperanto und seine Einführung in den Schulen zu wirken;
- dem Parteivorstand, zum 9. Weltkongreß proletarischer Esperantisten (in Leipzig August 1929) einen Delegierten zu entsenden;
- der „Internationale“ die Sprachschwierigkeiten durch Aufnahme des Esperanto zu den „offiziellen“ Sprachen beseitigen zu helfen;
- der „Internationale“ die sozialistisch gesinnten Esperantisten durch Herausgabe einer Monatschrift zu sammeln und ihre Kräfte für die Arbeit auf internationalem Gebiete zu vermerken.

Düsseldorf. Der nächste Parteitag findet in Düsseldorf statt.
Mainz. Der nächste Parteitag findet in Mainz statt.

Die Staatliche Porzellan-Manufaktur Berlin stellt im Februar 1929 in ihren Verkaufsräumen Wegelstraße 1 am Stadtbahnhof Tiergarten — werktäglich von 9 bis 18 Uhr — eine große Anzahl von weißen und bemalten Porzellanen zum Verkauf, die kleiner Fabrikationsfehler wegen mit Nachlaß abgegeben werden. Es befinden sich hierbei Figuren, Vasen und Blumensachen, Dosen und Schalen, Einzelsteller und Tassen, sowie komplette Tafel-, Kaffee- und Teeservice. Es wird hierdurch Liebhabern von Berliner Porzellan reichlich Gelegenheit geboten, schöne Stücke zu äußerst günstigen Preisen erwerben zu können.

Tischdecken

180/225, aus reinleinenen geklärten Damast

12:-

Extra weites Damenhemd

aus feinen Stoffen mit Handkloppelapizze und Handhohlsaum, handgestreift

4.95

Passendes Nachthemd

hierzu, in derselben Weise verarbeitet

6.95

Aus unserm reichsortierten Lager für Bettwäsche:

Ueberschlaglaken

aus vorzügl. Stoffen, mit handgezogenem Hohlsaum, 150/250

6.50

Linon-Bettgarnitur

1 Bezug, 1 glattes Kissen und 1 reich besticktes Kissen mit Hohlsaum zusammen

8.75

Leopold Gadiel

Das Haus für grosse Welten

KÖNIG-STR. 22-26

Für Kostümste Maskaraden und Karnevalsitzungen

Masken-Kostüme

in vielen originellen Typen und Charakteren zu

äußerst billigen Preisen, die kaum Leihgebühren übersteigen.

10:-

Sehr schönes Strickkleid

in wundervoller Qualität, unentbehrlich in kalten Tagen, auch in größten Welten.

22:-

Strickjacken u. Pullover

in allen erdenklichen Ausführungen zu billigsten Preisen.

Unsere Modell-Abteilung

enthält eine unermessliche Fülle herrlichster

Abendkleider

für Theater, für alle gesellschaftlichen Veranstaltungen und für die großen Bälle der Saison. Ueberall werden diese Meisterwerke den Eindruck hervorrufen, als ob sie den teuersten Luxus-Ateliers entstammen, während sie bei uns nur einen Bruchteil der dortigen Preise kosten.

Besichtigen Sie diese Kostbarkeiten!

Die riesenhafte Auswahl unseres Lagers für Winter-Mäntel

bietet Mäntel jeder Art, mit und ohne Pelzwerk, von einfachen bis zu den elegantesten, für jeden Geschmack und jede Figur, auch für sehr starke Damen, zu denkbar niedrig. Preisen

125:-

Hochvornehmer Pelzmantel

in vorzüglicher Ausstattung auf elegantem Futter, für jede Dame erachwinglich

125:-

In unserer Abteilung für Trauer-Kleidung

halten wir stets ein grosses Lager von Kleidern, Kostümen und Mänteln in riesiger Auswahl, besten Qualitäten zu billigen Preisen, auch für sehr starke Damen, vorrätig.

14:-

Geschmackvoll und gediegenes Kleid

aus reinwollenen Rippe, offen und geschlossen zu tragen, mit vielfarbig besticktem Kragen u. Manschetten, feiner Knöpfchenanfertigung u. weitgeschultertem Faltenrock, Gürtel und fechter Schnalle, in vielen Farben u. auch in den allergrössten Welten vorrätig

29:-

Einsegnungs- und Prüfungs-Kleider

in modernen Formen

15:-

bis zu den elegantesten Ausführungen.

Aus unserem Rieselager für Bademäntel, das auch für extra starke Figuren stots Passendes vorrätig hält:

Damen-Bademäntel u. gesegener Kissen **9.75**

Herrn-Bademäntel in gedeckten Farben **14:-**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Dienstag, den 12. Februar, abends 8 Uhr, im Hofiers Festsaal (Inhaber Wille), Webersstr. 17

Branchenversammlung sämtlicher Kollegen Schmiede aus den G. o. f. j., Mittel-, Fahrwerks-, Brauerei-, Jannungs-, Schrauben- und Nietenbetrieben sowie sämtliche der Schmiedebetriebe angehörenden Arbeiter.

Tagordnung: 1. Verbandsangelegenheiten, 2. Branchenanliegenheiten, 3. Beschlüsse.

Montag, den 11. Februar, abends 8 Uhr, im Restaurant 'Gastlicher Hof', Rosenfelder Straße 40/41

Branchenversammlung

Tagordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage der Berliner Metallindustrie, 2. Die Berliner Metallindustrie, 3. Die Berliner Metallindustrie, 4. Die Berliner Metallindustrie.

In der Zeit vom 7. April bis 4. Mai 1929 findet ein Kurs für Betriebsräte und Funktionäre aus der Metallindustrie statt.

Dieser Kurs muss befristet sein ein halbes Jahr und der Besichtigungszeitpunkt des Kurses und welche Tätigkeit er ausübt im Werk ebe und für den Deutschen Metallarbeiter-Verband ausübt.

Spielplan

unserer Kulturabteilung.

In der Woche vom 11. bis 17. Februar:

- 1. Faust, 2. Die Weber, 3. Die Weber, 4. Die Weber.

In der Woche vom 18. bis 24. Februar:

- 1. Die Weber, 2. Die Weber, 3. Die Weber, 4. Die Weber.

In der Woche vom 25. Februar bis 3. März:

- 1. Die Weber, 2. Die Weber, 3. Die Weber, 4. Die Weber.

In der Woche vom 4. bis 10. März:

- 1. Die Weber, 2. Die Weber, 3. Die Weber, 4. Die Weber.

Eintragungen wegen Verlust und Ueberlieferung der Abteilung sind insbesondere über schriftlich an die Kulturabteilung (Bureau, Linienstraße 33/35, Zimmer 30) zu richten.

Die Orchesterverwaltung.

Das Gebot der Stunde ist der Eintritt in den Erd- und Feuer-Bestattungsverein Groß-Berlin

10 polierte Schlafzimmer besonders billig! MÖBEL-INDUSTRIE CLAUS GRÜNER

Ischias L. J. UERGENS ALEXANDER PLATZ

5. Klasse 32. Preussisch-Österreichische Klassen-Exerzier.

2. Siebungstag 9. Februar 1929

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu 500000, 2 Gew. zu 500000, 2 zu 300000, 2 zu 200000, 2 zu 100000, 4 zu 75000, 6 zu 50000, 14 zu 25000, 82 zu 10000, 162 zu 5000, 422 zu 3000, 738 zu 2000, 1606 zu 1000, 4262 zu 500, 11194 zu 300 Mark.

KLEINE ANZEIGEN Jedes Wort 12 Pf.

Billig, schick und elegant Kurzberg ist dafür bekannt. Sie erhalten bei mir den gediegenen Maß-Anzug oder Paletot für M. 125.- und M. 138.-

DRIMA MÜBEL Teilzahlung 24 Monate

Blumenspenden jeder Art

Wäsche usw Bekleidungsstücke

Möbel

Verkäufe

Musikinstrumente

Verschiedenes

Radio

Nähmaschinen

Vermietungen

Zimmer

Mietgesuche

Unterricht

Vergnügungen

Wohnungen

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Stellengesuche

Wer Zahntechnik